Lernziel linksextreme Analphabeten? S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
Nr. 41 – 14. Oktober 2016
Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

Diese Woche





Nach der Ordensverleihung: Landrat Axel Lehmann, Stephan Grigat und Ehefrau Judith Grigat

Bild: Kreis Lippe

Ehrung für *PAZ*-Herausgeber

LO-Sprecher Stephan Grigat erhält Bundesverdienstmedaille

Der Bundespräsident hat Stephan Grigat, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und in dieser Eigenschaft Herausgeber der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*, in Anerkennung seiner um die Bundesrepublik Deutschland erworbenen besonderen Verdienste die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Axel Lehmann, Landrat des Kreises Lippe, überreichte die Auszeichnung im Rahmen einer Feierstunde. In seiner Laudatio würdigte er Grigats langjähriges Engagement für Ostpreußen und in der Landsmannschaft Ostpreußen: „Ihr Wirken für die Kreisgemeinschaft Goldap und die Landsmannschaft Ostpreußen war jederzeit gewinnbringend.“

Schon in jungen Jahren engagierte sich Grigat in der landsmannschaftlichen Arbeit. Seit 1992 steht er an der Spitze der Kreisgemeinschaft Goldap. Dies ist der Zusammenschluss der geflüchteten, vertriebenen und im Laufe der Jahre ausgesiedelten deutschen Bürger des Kreises Goldap in Ostpreußen und der noch heute dort lebenden Deutschen sowie deren Ehegatten und Nachkommen. Sie vertritt etwa 1300 zahlende Mitglieder mit rund 7500 Angehörigen. Als Kreisvertreter legt Grigat den Schwerpunkt seiner Arbeit auf die Betreuung der in der Heimat verbliebenen Deutschen und die Wahrung ihrer gesellschaftlichen und rechtlichen Anerkennung. Mehrmals im Jahr hält er sich vor allem im heute polnischen Teil Ostpreußens auf, um Gespräche mit den dortigen Behörden und Vertretern der deutschen Vereine zu führen.

> »Wirken war jederzeit gewinnbringend«

Seit rund 20 Jahren gehört Grigat dem Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen an, die ihn 2010 zu ihrem Sprecher wählte. In dieser Eigenschaft ist er zugleich Herausgeber der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*. Im gleichen Jahr wurde er Mitglied des Stiftungsrates der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung. Seit 2012 ist Grigat zudem Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen.

Auch außerhalb der landsmannschaftlichen Arbeit ist der in Detmold geborene und lebende Rechtsanwalt, Notar und Vater von zwei Söhnen auf vielfältige Weise ehrenamtlich und gesellschaftlich aktiv. So ist er seit 1989 Mitglied des Rates der Stadt Detmold, seit 1999 Kreistagsabgeordneter im Lippischen Kreistag, langjähriger Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion Detmold und seit 2014 stellvertretender Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion. Zudem gehörte er im Laufe der Jahre verschiedenen Parteigremien auf Kreis- und Kommunalebene an und hatte Vereinsämter inne. Seit 1989 sitzt Grigat in verschiedenen Gremien der Sparkasse Paderborn/Detmold und ist seit 2003 Mitglied des Verwaltungsrates sowie des Risikoausschusses. *PAZ*

Jan Heitmann:

Blamierte

Mit erfreulicher Deutlichkeit hat die Staatsanwaltschaft Mainz trotz des auf sie ausgeübten politischen Drucks ein Strafverfahren gegen den ZDF-Moderator Jan Böhmermann abgelehnt (siehe Seite 3). Damit ist der durch persönliche Strafanzeigen des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan erhobene Vorwurf der sogenannten Majestätsbeleidigung ebenso wie jener der einfachen Beleidigung vom Tisch. Mit der Einstellungsverfügung hat die Justiz nicht nur eine Lanze für die grundgesetzlich garantierte Meinungs- und Kunstfreiheit in Deutschland gebrochen, sondern auch ihre Unabhängigkeit von politischer und medialer Einflussnahme betont.

Für den selbstgefälligen Sultan vom Bosporus, in dessen Land man von solchen Errungenschaften der Demokratie nur noch träumen kann, ist die Einstellungsverfügung ein herber Schlag, ist er wegen seiner Strafanzeige jetzt doch endgültig der Lächerlichkeit preisgegeben. Auch für Bundeskanzlerin Angela Merkel als Urheberin des Strafverfahrens wegen Majestätsbeleidigung bedeutet die Entscheidung eine herbe Niederlage. Schließlich war sie es, die voreilig und fahrlässig getönt hatte, Böhmermanns zweifellos degoutantes „Schmähgedicht“ sei „bewusst verletzend“ und die mit ihrer einsamen Entscheidung, die Anklagebehörde nach einem Gesetz aus der Kaiserzeit dazu zu ermächtigen, das Verfahren überhaupt erst möglich gemacht hat. Merkel hat in dieser Sache gleich mehrfach ungeschickt und dumm agiert. Eigentlich kann sie froh sein, dass das Verfahren bald vergessen sein wird, hätte seine Weiterführung für sie doch die Gefahr neuer Peinlichkeiten geborgen.

Fazit: Böhmermann ist rehabilitiert, Erdogan und Merkel sind nach allen Regeln der Kunst blamiert.

Asylsucher im Visier

Bundesregierung gibt zunehmende Einflussnahme durch Islamisten zu

Auch die Bundesregierung kann die Tatsache nicht länger leugnen, dass Islamisten verstärkt Einfluss auf muslimische Asylsucher ausüben. Wie aus ihrer Antwort auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion der Linkspartei hervorgeht, „ist perspektivisch von einer Zunahme dieser Aktivitäten auszugehen“. Islamisten beziehungsweise islamistische Organisationen versuchten, unter diesen „Neuankömmlingen“ zu missionieren und Anhänger zu rekrutieren. Dabei biete sich eine Kontaktaufnahme unter dem Deckmantel humanitärer Hilfsangebote an. Die Verfassungsschutzbehörden müssten daher klären, inwieweit islamistische Organisationen oder Personen sich bei ihren Aktivitäten tatsächlich auf humanitäre Hilfe beschränken oder diese zur Verbreitung ihrer Ideologie nutzen. Ein besonderes Augenmerk müsse

Jugendliche sind besonders gefährdet

dabei auf unbegleitete Jugendliche unter den Zuwanderern gelegt werden, „da diese aufgrund ihrer Situation besonders anfällig für Versprechen von Islamisten sein dürften“.

Eine zentrale Koordinierung dieser Aktivitäten durch namhafte salafistische Organisationen habe dabei jedoch bislang nicht festgestellt werden können. Allerdings würden Einzelpersonen aus dem salafistischen Umfeld zunehmend die sozialen Netzwerke für ihre Zwecke nutzen. So habe beispielsweise ein bekannter deutscher Islam-Prediger bei „Facebook“ dazu aufgerufen, „Flüchtlingsunterkünfte ausfindig“ zu machen, „Teams zu bilden“ und die Unterkünfte zu besuchen. Hier träten die Salafisten in Kontakt mit den Bewohnern, indem sie Gegenstände wie beispielsweise Gebetsteppiche verteilten und Einladungen in einschlägig bekannte salafistische Moscheen aussprechen. Hier erfolge dann die weitere Indoktrinierung. *J.H.*

Aufmarsch im FDJ-Hemd

Knabe erstattet Anzeige gegen linke Demonstranten bei Einheitsfeier

Als Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundespräsident Joachim Gauck anlässlich der Feierlichkeiten zum Tag der deutschen Einheit in Dresden von Demonstranten ausgepfiffen, beschimpft und zum Rücktritt aufgefordert wurden, fand das sofort bundesweite Beachtung und die Empörungsmaschinerie lief auf Hochtouren. Auch die Staatsanwaltschaft beeilte sich, Ermittlungen wegen Beleidigung und Verstößen gegen das Versammlungsgesetz aufzunehmen. Schließlich handelte es sich ja um vermeintlich rechte Protestierer. Wenn aber bei derselben Veranstaltung Linksextremisten in Uniform zur Demonstration aufmarschieren, findet das bei den Staats- und Konzernmedien ebenso wenig Beachtung wie bei der Justiz.

Hubertus Knabe, der Direktor der Stasi-Gedenkstätte Berlin-Hohen-

Versammlungsrecht verbietet Uniformen

schönhausen, will das nicht hinnehmen, denn er ist der Meinung, dass die Staatsanwaltschaft bei Rechtsbrüchen immer aktiv werden müsse, egal aus welchem politischen Spektrum diese kommen. Deshalb hat er bei der Staatsanwaltschaft Dresden Strafanzeige gegen unbekannt wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz erstattet. Dabei bezieht er sich auf die Tatsache, dass bei der zentralen Einheitsfeier in der Elbmetropole eine größere Gruppe von Menschen im Blauhemd der ehemaligen DDR-Jugendorganisation FDJ aufmarschiert ist. Nach Paragraf 3 Absatz 1 des Versammlungsgesetzes ist es verboten, „öffentlich oder in einer Versammlung Uniformen, Uniformteile oder gleichartige Kleidungsstücke als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung zu tragen“. Das uniformierte Auftreten der linken Demonstranten stellt nach Knabes Überzeugung einen schwerwiegenden Verstoß gegen diese zentrale Bestimmung des Versammlungsrechts dar. *J.H.*

MELDUNGEN

CSU-Rebell gründet Verein

Stuttgart – Der mittlerweile aus der Partei ausgetretene CSU-Parteirebell David Bendels (31) und Gleichgesinnte haben in Stuttgart den „Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten“ gegründet. Ziel des Vereins, der sich als „konservativ-bürgerlich-liberaler Think Tank“ versteht, ist die Förderung der politischen Meinungsbildung und der Debattenkultur in Deutschland. Der überparteiliche Verein betont, es gehe ihm und seinen Mitgliedern nicht um Personen, Posten und Pfründe, sondern um Werte, Inhalte und die Zukunft Deutschlands. Basierend auf diesen Werten werde er es sich jedoch erlauben, „bei Wahlen Empfehlungen abzugeben, Fakten zum Durchbruch zu verhelfen und kritische Stimmen zu Wort kommen zu lassen“. Sein Engagement will der Verein nicht auf Parteien beschränken, sondern auch Bürgerinitiativen, Medien und Vereine oder Verbände im vorpolitischen Raum unterstützen und vor allem vernetzen. Von „radikalen Gruppierungen wie der NPD, der Linken oder in Teilen radikalen Gruppierungen wie den Grünen“ grenze sich der Verein laut Bendels „unmissverständlich ab“. Die Aktionen des Vereins werden nach dessen Angaben durch die Spenden von über 7000 Freunden und Förderern, die „Merkels linksideologische Politik“ ablehnen, finanziert. Der Vereinsvorsitzende Bendels war als Gründer der CSU-Basisgruppe „Konservativer Aufbruch“ bundesweit bekannt geworden. *J.H.*

Benesch-Dekrete weiter aktuell

Prag – Nach offizieller Prager Lesart handelt es sich bei den Benesch-Dekreten, welche die Enteignung deutschen Besitzes und die Straffreiheit von an Deutschen während der Vertreibung begangenen Verbrechen verfügten, nur um einen historischen Rechtsbestand, der nicht mehr zur Anwendung gelangt. Dies entspricht aber, wie ein aktueller Prozess zeigt, nicht der Wahrheit. Darin geht es um ein größeres Waldstück bei Ritschan in der Nähe von Prag, als dessen Eigentümer in den Grundbüchern bisher Fürst Franz Josef II. von und zu Liechtenstein eingetragen war und als dessen Erbe im Jahre 2013 die Stiftung Fürst Liechtenstein vom zuständigen Katasteramt registriert wurde. Der tschechische Staat hat nun gegen diesen Akt seiner eigenen Behörde geklagt, da Franz Josef sich 1930 bei der tschechoslowakischen Volkszählung als Mitglied der deutschen Volksgruppe bekannt haben soll und daher unter die Benesch-Dekrete gefallen sei. Tatsächlich hat Franz Josef gar nicht an der Volkszählung teilgenommen, was auch ein tschechoslowakisches Gericht 1947, also vor der Machtübernahme der Kommunisten, festgestellt hatte. 1951 hatte ein Gericht den Fürsten dann zwar trotz fehlender Belege für seine Qualifizierung als „Deutscher“ im Sinne der Dekrete enteignet, eine Eintragung dieses Willkürurteils in die Grundbücher fand im Fall Ritschan aber nicht statt. Die Stiftung Liechtenstein, die von sich aus grundsätzlich keine Restitutionsklagen gegen den tschechischen Staat vorbringt, hat bereits angekündigt, im Falle einer Aberkennung ihres Besitztitels ein internationales Gericht anzurufen. *T.W.W.*

Ohne offenen Ausgang

Warum das Untersuchungsergebnis des JIT zur Ursache des MH17-Absturzes vorhersehbar war

Wenn etwas von vorne herein feststand, als sich die Gemeinsame Ermittlungsgruppe (Joint Investigation Team, JIT) unter niederländischer Federführung in den Niederlanden zusammenfand, um den Abschuss der Boeing auf ihrem Malaysia-Airlines-Flug 17 mit der Flugnummer MH17 über der Ukraine vor zwei Jahren zu untersuchen, dann war es das Ergebnis.

Vom ersten Tag an wurde Russland als der Täter hingestellt. Die einen sahen einen unmittelbaren Zusammenhang mit persönlicher Verantwortung von Präsident Wladimir Putin. Die anderen sahen einen mittelbaren Bezug durch die Aufständischen der Donezker und Lugansker Republiken. Doch da es letzteren an der notwendigen Waffentechnik mangelte, fiel der Vorwurf doch wieder auf Russland zurück.

Weckte schon diese Voreingenommenheit nicht nur der Presse, sondern auch hochrangiger Politiker von den USA bis nach Australien Zweifel an einer sauberen Nachforschung, so wurden diese aufgrund einer Vereinbarung verstärkt, der zufolge die untersuchenden Staaten keinerlei Ergebnisse veröffentlichen werden, gegen die auch nur einer von ihnen Einwände erhebt. Das bedeutet – jetzt am Beispiel der Ukraine –, dass, falls sich herausstellen sollte, dass deren Militär Schuld an dem Abschuss ist, und Kiew ein Veto einlegt, diese Erkenntnis nicht bekannt gemacht würde. Daher ist das jetzige Ergebnis, demzufolge ostukrainische Separatisten die Malaysia-Airlines-Maschine mit einer russischen Buk-Rakete abgeschossen haben, nichts wert.

Die Untersuchungskommission ist durch ihr Konstrukt überflüssig, zumindest in der derzeitigen Zusammensetzung. Sie hat sich selbst den Boden der Glaubwürdigkeit entzogen. Was sie tut, ist Schimäre, was sie verlautbart, Propaganda. Aber das Misstrauen gegen das Gremium speist sich nicht nur aus jenem fatalen Veto-Recht.

So erheben zwar die USA von Beginn an schwere Vorwürfe gegen Russland, aber sie haben sich bis zum heutigen Tag nicht dazu verstehen mögen, Satelliten-Bilder zu zeigen, die den Sachverhalt belegen könnten. Was dagegen Syrien angeht, so zeigt das Pentagon gestochen scharfe Fotos von russischen Flugzeugen. Wieso gelingt die US-Satelliten-Aufklärung in Syrien, in der Ukraine aber nicht? Dabei sprechen die US-Behörden von Video-Aufnahmen, die ihnen zur Verfügung stünden, weisen sie aber nicht vor.

> Was an keiner der vielfältigen Fronten der Nachfolgeschlachten um den Flugzeugabsturz erörtert wird, ist die Frage nach dem Motiv



Ihm zufolge war eine russische Buk-Rakete schuld: Das JIT bei der Ergebnispräsentation Bild: pa

Oder Großbritannien. Dorthin wurden die Blackboxes der abgestürzten Boeing-Maschine zur Auswertung geschafft. Leider ist bis heute, also nach über zwei Jahren, nicht bekannt, was das Ergebnis ist. Dagegen hat die Untersuchung der Blackbox des in den Alpen verunglückten Germanwings-Fluges nur Stunden gedauert. Was hindert die britischen Fachleute, ihre Erkenntnisse mitzuteilen?

Oder aber die Aufzeichnungen des Funkverkehrs zwischen dem Flugplatzkontrollturm Kiew und dem Unglücksflugzeug. Diese Aufnahmen wurden vom ukrainischen Geheimdienst kassiert. Ebenso hält die Ukraine die Daten ihrer Flugüberwachung zurück, obwohl sie aufgefordert ist, sie vorzulegen.

Diese dreierlei technischen Quellen – Satelliten- und Radar-Aufnahmen, Blackboxes und der Funkverkehr – stellen die grundlegenden Beweismittel bei jedem Flugzeugunglück dar, auf die von den Behörden sofort und in erster Linie Zugriff genommen wird. Dass sie verschwinden, ist ohne Beispiel. Die Frage, auf welcher Grundlage das JIT sein Urteil gefällt hat, stellt sich umso drängender, als andererseits umfangreiches Material aus Russland keine Berücksichtigung durch das JIT gefunden hat.

Damit nicht genug: Die Ukraine, die objektiv gesehen eine der Kräfte ist, welche die Möglichkeit zum Abschuss der Boeing hatten, und die allein dadurch zum Kreis der Verdächtigen gehört, sitzt beim JIT mit am Richtertisch. Russland dagegen fand sich bereits vor Beginn der Untersuchungen auf der Anklagebank wieder. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, sagt dazu: „Das mag wie ein böser Witz klingen, aber man hat die Ukraine zum vollwertigen Mitglied der Gemeinsamen Ermittlungsgruppe (JIT) gemacht und ihr dadurch die Möglichkeit gegeben, zu fälschen und die Angelegenheit zu ihren Gunsten zu wenden.“

Was sich die durchwegs atlantisch orientierten Mitglieder des JIT im technisch-sachlichen Bereich zurechtgerückt haben, versuchen sie nun auf der politischen Ebene zu vollständigen. So hat nach der Veröffentlichung des JIT-Ergebnisses und der Reaktion aus Moskau darauf das niederländische Außenministerium den russischen Botschafter einbestellt. Der Kreml ließ diesen Affront ins Leere laufen. Ein Sprecher erklärte: „Das ist eine gute, positive Nachricht. Dialog ist immer gut.“ Der russische Botschafter werde die niederländische Regierung über die Position Russlands im Detail informieren.

Was an keiner der vielfältigen Fronten der Nachfolgeschlachten um den Flugzeugabsturz erörtert wird, ist die Frage nach dem Motiv. Hätten tatsächlich die Russen, wie das JIT behauptet, eine Buk-Batterie in die Ostukraine gekarrt, dort die Rakete auf das malaysische Flugzeug abgeschossen und sich wieder zurückgezogen – was wäre der Nutzen für Russland? Man hätte doch in Moskau vorhersehen können, dass die gesamte atlantische Welt eine solche Gelegenheit für einen Sturm der Empörung gegen den russischen Feind nutzen würde. Wieso also ein solches Risiko ohne erkennbaren Vorteil, dafür aber mit abzusehenden Schwierigkeiten und Nachteilen?

Ganz anders die Ukraine. Am Tag des Abschusses der Boeing befand sich auf ähnlichem Kurs Russlands Präsident auf dem Rückflug von Brasilien nach Moskau. Hier könnte sich für den ukrainischen Hass eine Gelegenheit geboten haben, der schlechthin nicht zu widerstehen war. Zudem hätte Kiew jederzeit auf eine Rückversicherung rechnen können. Denn für die USA und die EU wäre es nicht das erste Verbrechen, das sie der Ukraine durchgehen lassen. *Florian Stumfall*

So stark wie die Bombe auf Hiroshima

Nordkorea führte seinen fünften Atomtest mit der bisher größten Explosion durch

Wichtigstes Ziel Kim Jong-uns ist der Machterhalt seiner Kim-Dynastie. Das Schicksal der weiterhin darbenden 25 Millionen Untertanen ist wie bei allen Diktatoren ohne Belang. Zweifellos gibt es eine verdeckte Opposition in der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK). Nicht wenige ältere, höhere Offiziere dürften sich dem 32-Jährigen, der nie in den Streitkräften gedient hat, ungern beugen. Selbst in seiner Partei der Arbeit Koreas (PdAK) existieren Widerstände: Kim Jong-uns Ziel, auf dem Parteikongress im Mai seine jüngere Schwester Kim Yo-jong – auch sie wurde in der Schweiz erzogen, und arbeitet heute in der Propaganda-Abteilung der Partei – ins Politbüro zu bringen, scheiterte erneut. Mit gnadenloser Brutalität werden auch bisher linientreue Spitzenführer bei Verdacht fehlender Loyalität exekutiert. Aus jüngster Zeit seien nur der Leiter der Koreanischen Volksarmee (KVA) und der Vizepremier erwähnt. Die Zahl der seit der Machtübernahme Kim Jong-uns Ende 2011 getöteten staatstragenden Kräfte stieg damit auf 195.

Symptomatisch erscheint, dass seit einiger Zeit auch viele Personen aus privilegierten Kreisen flüchten. Letztes Jahr liefen zwei Diplomaten Pjöngjangs zum Westen über, dann ein Brigadegeneral des Spionagedienstes, im April mehrere hohe Parteifunktionäre und unlängst der Gesandte der Botschaft in London.

Die Wiedervereinigung der Halbinsel strebt Kim Jong-un weiterhin an, wobei er droht, Seoul in ein „Meer von Feuer“ zu verwandeln. Das nordkoreanische Volkslied „Unser Wunsch ist Wiedervereinigung“, das fast den Charakter einer Nationalhymne annahm, wurde vor Monaten in „eine militärische Macht“ umgewandelt. Zur Begründung verlautete, die Wiedervereinigung sei keine Sache des Bettelns, sie würde automatisch erreicht, wenn das Land eine Militärmacht mit Nuklearwaffen sei.

> Wenige Monate zuvor war den Nordkoreanern bereits der erstmalige Abschuss einer Rakete von einem U-Boot gelungen

Außenpolitisch strebt Pjöngjang einen Friedensvertrag mit Seoul und Washington an sowie den Abzug des US-Militärs aus Südkorea und die Anerkennung als Atommacht durch die USA. Letzteres wird angeblich niemals passieren – was einige Kreise zumindest auf weite Sicht bezweifeln. Anfang September führte die DVRK ihren fünften Atomtest mit der bisher größten Explosion durch. Die Detonationskraft war derjenigen der 1945 auf Hiroshima abgeworfenen US-Atombombe ähnlich. Im April hatten die Nordkoreaner erstmals eine Rakete von einem U-Boot abgeschossen. Der Tag, an dem die Waffen die USA direkt bedrohen, ist abzusehen. Überraschend ist dabei das Tempo der Entwicklung. Sollte eine Großmacht dabei geholfen haben, um einen Großteil der US-Streitkräfte in Korea und Japan zu binden? Bekannt ist, dass nach dem Zusammenbruch der UdSSR manche Nuklearwissenschaftler den Weg nach Pjöngjang fanden. Nach südkoreanischer Ansicht sollen die Atom-Unterseeboote auf chinesische Technologie zurückzuführen sein.

Die USA haben 28 500 Soldaten im Südteil Koreas stationiert. Ihre kürzlich erfolgten Manöver mit den dortigen Streitkräften beinhalteten erstmals die Zerstörung Nordkoreas. Im Kriegsfall wären die B-1-Tarnkappenbomber mit ihren Atombomben auf Guam in wenigen Stunden über dem Norden der Halbinsel. Rein technisch, durch Satelliten und die verschiedensten Abhörmöglichkeiten, hat Washington Nordkorea nahezu völlig unter Kontrolle. Atomtests sind bereits bei deren Vorarbeiten bekannt.

Zum Schutz seiner Verbündeten in Seoul und Tokio bauen die USA gegenwärtig ein modernes Verteidigungssystem gegen nordkoreanische Raketenangriffe unter dem Namen THAAD (Terminal High Altitude Area Defense). Es ist zugleich ein Weg, Südkorea und speziell Japan am Bau eigener Atomwaffen zu hindern, was in China sowie besonders in Nordkorea befürchtet wird. Peking sieht in THAAD eine Gefahr für die eigene Sicherheit, was zur Abkühlung des Verhältnisses mit den USA gerade in ihrer Koreapolitik geführt hat. Die US-Amerikaner wissen, dass sie – wenn überhaupt – nur über die chinesische Führung Einfluss auf Pjöngjang ausüben können.

Bezeichnend für Chinas Haltung gegenüber den Genossen in Nordkorea ist, dass die Präsidentin Südkoreas nach Peking eingeladen wurde, jedoch noch immer nicht Kim Jong-un. Dabei ist die DVRK fast vollständig vom großen Bruder im Norden abhängig. Anlässlich des neuen Atomtests erhob Peking „scharfen Widerstand“ und forderte erneut die nukleare Abrüstung des Landes. Erstmals fühlt es eine eigene Bedrohung, liegt das Versuchsgebiet Punggye-ri doch nur knapp 100 Kilometer von China entfernt.

Abzuwarten bleibt, ob Pekings Ankündigung, alle Öllieferungen zu stoppen und damit die Panzer und die Luftwaffe Nordkoreas zu lähmen, Taten folgen werden. Die Volksrepublik sieht sich Druck ausgesetzt, größeren Druck auf Pjöngjang auszuüben. Peking fürchtet indes, dieser könne Veränderungen oder sogar einen Kollaps des Kim-Regimes zur Folge haben, was man mit allen Mitteln zu vermeiden sucht. Denn das Reich der Mitte sieht in der DVRK einen Pufferstaat gegenüber den US-Amerikanern, deren Präsenz direkt an seiner Grenze es unbedingt vermeiden will. *F.-W. Schlomann*

Dramatischer Leistungsabfall

Ab sofort müssen Deutschlands Schulen mit hunderttausenden Kindern von Asylbewerbern zurechtkommen

Schwere Mängel bescheinigen Experten dem deutschen Bildungssystem. Jetzt gilt es noch dazu 300 000 Kinder von Asylbewerbern in den Schulen zu integrieren. Für eine vorwiegend links-grüne Lehrerschaft kein Problem, für Deutschlands Kinder und ihre Zukunftsaussichten dagegen schon.

Einfach kindisch diese Eltern! Die Hauptschullehrerin und Pädagogen-Funktionärin Simone Fleischmann (46) rollte die blauen Augen hinter den streichholzschachtelgroßen Brillengläsern. Die Präsidentin des „Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes“ (BLLV) sitzt in der TV-Sendung „Jetzt red i“, einem Talk-Format des bayerischen Rundfunks. Anlässlich der diesjährigen Einschulung der Erstklässler hat man sich des Themas „Hauptfach Integration – Bayerns Schulen und die Flüchtlinge“ angenommen. Der aufsehenerregende Anlass: Neben 111 000 ABC-Schützen vorwiegend deutscher Herkunft strömen im Schuljahr 2016/2017 allein im südlichsten Bundesland 58 000 Kinder aus Asylbewerberfamilien neu in die Klassen. Deutschlandweit sind es nach Schätzungen der Kultusministerkonferenz 325 000. Dem stehen rund 700 000 deutsche Schulanfänger gegenüber.

Der „Jetzt red I“-Moderator hat Simone Fleischmann gerade gefragt, was denn von hiesigen Eltern zu halten sei, die sich Sorgen um die Lernerfolge ihrer Kinder machen, wenn ein großer Teil der Klassenkameraden kein Deutsch spreche. Die Befürchtungen sind durchaus begründet. So warnte Heinz-Peter Meidinger vom Deutschen Philologenverband schon im letzten Jahr, dass ein Anteil von 30 Prozent an Nicht-Muttersprachlern in einer Klasse das Lernniveau heruntersetzen würde. Ab 50 Prozent sei der Leistungsabfall dann dramatisch.

Meidinger gehört allerdings zu den Pädagogen, die sich auch in Zeiten einer schrankenlosen Willkommenskultur ihren Realitätssinn bewahrt haben. Lehrer-Kollegin Simone Fleischmann hat ihn anscheinend durch missionarischen Eifer ersetzt. Nach kurzem augenrollenden Innehalten folgt ihre Antwort auf die Moderatoren-Frage: „Die Vielfalt macht es doch. Wir, Lehrerinnen und Lehrer, wollen diese Vielfalt annehmen, auch wenn wir im Bereich des Lehrernotstandes sind.“

Ob sich wohl eine Mutter oder ein Vater nach dieser Antwort weniger Sorgen machen? Egal! „Die Lehrer haben wieder Spaß“, jubelt das Wochenmagazin „Zeit“ in einem aktuellen Artikel über „Flüchtlinge im Schulalltag“. Den Umständen entsprechend laufe es überraschend gut. Besondere Situationen würden eben besondere Kräfte freisetzen. Außerdem treffen die Lehrer jetzt endlich auf Schüler, die sich jeden Tag auf die Schule freuen.

Kein Zweifel, die vorwiegend links-grün orientierte Lehrerschaft operiert im Flüchtlingsmodus. Dass Said und Djamila das deutsche Alphabet lernen, scheint tausendmal wichtiger, als dass Lukas und Ann-Kristin irgendwann einmal Bruchrechnen und Englisch beherrschen. Unterschlagen wird im „Zeit“-Artikel allerdings die Frage, wie es denn eigentlich sein kann, dass die Pädagogen ihren bisherigen jugendlichen Anvertrauten die Freude am Lernen so gründlich verdorben haben. Angebracht wäre auch die Überlegung, ob die „besonderen Kräfte“ der Lehrer nicht schon längst vonnöten gewesen wären. Eine Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema „Studierfähigkeit und Ausbildungsfähigkeit“ förderte gerade erschreckende Bildungsdefizite zutage: „Trotz gestiegener guter Schulabschlüsse steigt die Anzahl der jungen Menschen, die gleich zu Beginn einer Berufsqualifikation in Unternehmen oder Hörsälen mit fehlenden Grundlagenkompetenzen zu kämpfen haben“, schreiben die Bildungsexperten in dem 76 Seiten starken Schriftstück. Aufgezählt werden bestürzende Fakten: Jeder dritte Betrieb, der zur Industrie- und Handelskammer gehört, erteilt mittlerweile „nachholenden Schulunterricht“. Ebenso tun es viele Hochschulen. Trotzdem scheitern immer mehr Lehrlinge und Studenten. Besonders hoch ist die Abbrecherquote an den Universitäten in Mathematik und den Naturwissenschaften. Dort schmeißen fast 33 Prozent ihr Studium. Bei den Lehrlingen in den Betrieben sind es 25 Prozent. Vor wenigen Jahren lag der Abbrecheranteil noch bei 21,5 Prozent. Berit Heinz, Schulexpertin beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag, weist darauf hin, dass es vielen Schulabgängern nicht nur an den nötigen Grundlagen im Rechnen und Schreiben fehle, sondern auch an Sozialkompetenzen. Fehlende Leistungsbereitschaft, Disziplin und mangelnde Belastbarkeit hat sie ausgemacht.

Said und Djamila sind wichtiger als Lukas und Ann-Kristin

Da gibt es also wirklich viel zu tun bei Lukas, Ann-Kristin und ihren Klassenkameraden. Viele Lehrer scheinen in dieser Hinsicht allerdings mehr auf die richtige Gesinnung der jungen Menschen in ihrem Einflussbereich zu setzen. Interseiten wie „Lehrer-Online“, dem, laut Eigenwerbung, größten redaktionell betreuten Service- und Informationsportal rund um den Unterricht mit digitalen Medien, zeigen, wie unkritisch und einseitig links-grüne Glaubenssätze vermittelt werden. Zu „Willkommenkultur“, „rechtspopulistischen“ Parteien und der Energiepolitik darf es keine zwei Meinungen geben. Zur Demokratie anscheinend schon: Es waren Gymnasiasten aus Bremerhaven zwischen 16 und 18 Jahren, die als ehrenamtliche Helfer bei der Wahl zur Bremer Bürgerschaft so viele Stimmen manipulierten, dass der AfD zunächst ein Sitz verloren ging, bis der Schwindel schließlich aufflog.

Linksextreme Analphabeten – wird dieser Menschentypus das Lernziel für unsere 700 000 Erstklässler des Schuljahres 2016/2017 sein? *Frank Horns*



Die Vielfalt annehmen? Erstklässler einer Grundschule in Nürnberg Bild: Timm Schamberger/dapd

MELDUNGEN

Truppe muss auf Drohnen warten

Berlin – Die bei der Auftragsvergabe unterlegene US-Firma General Atomics hat mit einer Klage den Abschluss des Vertrages über die Lieferung von israelischen Kampfdrohnen des Typs „Heron TP“ verhindert. Das Verfahren könne mehrere Monate dauern, erklärte das Bundesverteidigungsministerium. Eigentlich sollten die unbemannten Fluggeräte ab 2019 geliefert werden und die Zeit bis zu der für 2025 geplanten Anschaffung einer serienreifen europäischen Drohne überbrücken. Von November an wird die Bundeswehr mehrere unbewaffnete Aufklärungsdrohnen für den Einsatz in Mali in Israel leasen. Die Marine plant unterdessen die Ausrüstung ihrer Schiffe mit chinesischen Kleindrohnen vom Typ „Phantom 4“. *J.H.*

Niederlage für Erdogan

Mainz – Die Staatsanwaltschaft hat das Ermittlungsverfahren gegen den ZDF-Moderator Jan Böhmermann wegen des Vorwurfs der Beleidigung des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan eingestellt. Nach Überzeugung des Gerichts ließ sich „der Tatnachweis eines Beleidigungsdeliktes insbesondere hinsichtlich des erforderlichen Vorsatzes nicht mit dem für eine strafgerichtliche Verurteilung erforderlichen Maß an Gewissheit führen“. Mit Blick auf die in Böhmermanns „Schmähgedicht“ bewusst vorgenommenen, „in der Tat ‚unsinnig‘ und absurd wirkenden Übertreibungen“ sei nicht zu belegen, dass der Beschuldigte einen „ernstlichen Angriff auf den personalen oder sozialen Achtungs- und Geltungsanspruch des türkischen Staatspräsidenten billigend in Kauf genommen“ habe. Am Landgericht Hamburg ist jetzt noch ein zivilrechtliches Verfahren anhängig, mit dem Erdogan die Wiederholung des kompletten Gedichts verbieten lassen will. *J.H.*

»Liberale« Vorzeigemuslima

Gleich fünf Schüler der Lamya Kaddor gingen in den Dschihad

Die Gründungsvorsitzende des Liberal-Islamischen Bundes (LIB), Lamya Kaddor, hat sich aus Sicherheitsgründen mit sofortiger Wirkung vom Schuldienst beurlauben lassen. Die syrischstämmige, in Ahlen geborene Islamwissenschaftlerin hatte vor zwei Wochen ihr Buch „Die Zerreißprobe. Wie die Angst vor dem Fremden unsere Demokratie bedroht“ vorgestellt.

Sie habe Hunderte Hasszuschriften erhalten, die vor allem kritisierten, weil sie in ihrem Buch geschrieben hatte, dass auch die „alteingesessenen Deutschen eine Bringschuld haben, wenn es um die Integration geht, nämlich Integrationswillige auf Augenhöhe zu respektieren“. In ihrem Buch entwickelt sie für diese alteingesessenen Deutschen den Begriff „Deutschomanen“, der wohl eine Retourkutsche auf den von ihr fälschlicherweise als negativ vorbelasteten Begriff des „Muselmanen“ sein soll. „Muselman“ kommt jedoch aus dem Persischen, wo „musliman“ einfach Moslem heißt. Auch im Französischen heißt „muselman“ einfach Moslem, ohne jeglichen pejorativen Charakter, wie Kaddor es mit dem „Deutschomanen“ beabsichtigt, der bewusst herabwürdigend und beleidigend sein soll. Kaddor hat diesen von ihr zum Buhmann erklärten „Deutschomanen“ den Kampf angesagt. Als selbsternannte liberale Muslima tingelt sie durch Diskussionssendungen wie Vortrags- und Dialog-Foren, wo sie mit ausgesuchten Koranzitaten und ihren privaten Islaminterpretationen die Wohltaten dieses von ihrem ägyptischen Fachkollegen Samad Abdel Hamad als faschistoid bezeichneten Herrschaftskonzepts preist und vor „Deutschomanen“ sowie Kreuzrittern warnt.

Die Verteidigerin des Islam bekämpft »Deutschomanen«

Schon während ihrer Studienzeit in Münster hatte die sehr von sich überzeugte Egomanin im Zusammenhang mit Geldunterschlagung und Intrigen von sich Reden gemacht. Als Studentin in Münster gehörte sie zu den ersten Kritikern ihres Lehrers, Sven (Mohammed) Kalisch, als dieser nach intensiven jahrzehntelangen Forschungen im Jahre 2010 zu dem Schluss kam, dass Mohammed keine historische Figur, sondern eher eine aus einer späteren Epoche zurückprojizierte legendäre Gestalt gewesen sei, welche die relativ neue Religion Islam gebraucht habe, um sich eine Identität zu geben. Kalisch verlor daraufhin seine Befähigung zur Ausbildung muslimischer Religionslehrer und erhielt Morddrohungen. Kaddor fühlte sich als Siegerin.

Vielleicht wollte Kaddor mit den angeblichen Todesdrohungen von „Deutschomanen“ auch davon ablenken, dass sie in den vergangenen Monaten vor allem als Pädagogin sehr stark in die Kritik geraten war, weil fünf ihrer Schüler aus Dinslaken in den syrischen Dschihad ausgereist sind, wo einige schon als Islammärtyrer gestorben sind. Welchen Islam Kaddor diesen Schülern vermittelt hat, dass diese glaubten, sich als Dschihadisten für die Sache Allahs opfern zu müssen, bleibt dahingestellt. Sicher nicht einen modernen, toleranten Islam, den sie in den Diskussionssendungen gerne predigt. Trotz dieses offensichtlichen Versagens in ihrem Beruf wurde Kaddor auch mit Preisen und Dekorationen überhäuft. So gehört Kaddor zu den Sprecherinnen für das muslimische „Forum am Freitag“ des ZDF. Für diese und andere Aktivitäten erhielt sie 2011 von der Bundesregierung die Integrationsmedaille. *Bodo Bost*

Bekenntnis soll entscheiden

Nach DB und NDB nun eine Allgemeine Deutsche Burschenschaft

Im geschichtsträchtigen Jena wurde Anfang dieses Monats die „Allgemeine Deutsche Burschenschaft“ (ADB) gegründet. In dem bis heute existierenden Gasthaus „Grüne Tanne“ hat die Urburschenschaft ihre Wurzeln, dort kam es 1815 zur ersten Verbandsgründung. Über Jahrzehnte war die Deutsche Burschenschaft ein relevanter gesellschaftlicher Faktor in der Bundesrepublik, teilweise gehörten ihr mehr als 200 Einzelbünde mit 30 000 Mitgliedern an. Doch im Zuge immer erbitterter werdenden politischen Debatten kam es in den vergangenen Jahren zu mehreren Spaltungen.

23 vor allem in Süd- und Westdeutschland beheimatete ehemalige Mitglieder der Deutschen Burschenschaft (DB) Bünde haben nun die ADB gegründet. „Wir wollen weg vom rechten Image“, erklärte Michael Schmidt, der Sprecher des neuen Verbands, der sich „im freiheitlichen Dialog extremistischen Strömungen entgegenstellen“ wolle. Schmidt bemühte sich während eines Pressegesprächs in Jena um Abgrenzung zur Deutschen Burschenschaft. Der gehören immerhin noch rund 70 Mitgliedsvereinigungen an, darunter auch mehr als 30 aus Österreich. Um deren Mitgliedschaft gab es innerhalb der DB seit Jahren Debatten, gelten die Bünde dort doch als besonders konservativ. Schmidt betonte jedoch, dass die ADB auch reformwilligen Bünden aus Österreich offen stehe, zur Mitgliedschaft während des Gründungsaktes konnte sich allerdings noch keine Verbindung aus der Alpenrepublik durchringen.

Neben DB und ADB existiert seit Jahren schon die Neue Deutsche Burschenschaft (NDB), die in den vergangenen Jahren zunehmend an Bedeutung verloren hat. Die in der NDB versammelten Bünde haben sich dazu entschlossen, ihre Verbindungen auch für Frauen und Nicht-Deutsche zu öffnen.

Streit, wer deutscher Burschenschafter sein kann

Über die Frage „Wie deutsch muss ein Burschenschafter sein“ kam es vor Jahren zur großen Krise der Deutschen Burschenschaft. Gemäß der radikaleren Position sollte ein Bewerber zwingend zwei deutsche Elternteile haben, in Ausnahmefällen solle das andere Elternteil wenigstens europäischer Herkunft sein. Das liberale Lager hat dagegen vehement auf die Einführung des „Passprinzips“ gedrungen, was im Gegenzug bedeutet hätte, dass Österreicher nicht Mitglied einer bundesdeutschen Verbindung sein könnten. Der neue Verband hat nun den gordischen Knoten durchschlagen. Der deutsche Pass alleine sei kein zwingendes Kriterium, die Abstammung allerdings auch nicht. Vielmehr sei ein festes Bekenntnis zur deutschen Nation und Geschichte das Hauptkriterium.

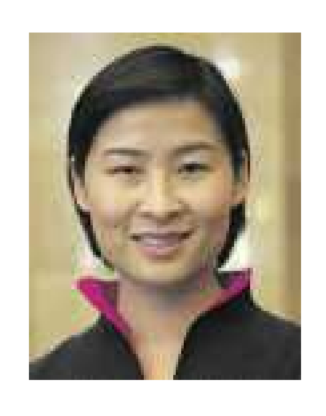
Wer allerdings dachte, der neue „liberale“ Verband würde größeres öffentliches Wohlwollen erfahren als die DB, der wurde gleich am Gründungswochenende eines Besseren belehrt. In Jena kam es zu mehreren Übergriffen von Linksextremisten auf Burschenschafter. Mehrere Personen wurden mit Faustschlägen traktiert, ein körperbehindertes Verbindungsmitglied wurde sogar so schwer verletzt, dass es in ein Krankenhaus eingeliefert wurde. Zudem wurden Busse von Teilnehmern beschädigt. „Wer sich über den Verlust von Anstand und Sitte im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten in Dresden aufregt, der sollte darüber hinaus auch den allgemeinen Werteverfall in unserem Land nachdenken und darüber, wer diese gesellschaftliche Entwicklung seit Jahrzehnten befördert“, kritisierte die ADB in einer Pressemitteilung. *Peter Entinger*

Zeitzeugen



Yang Liwei – Aus rund 1500 Kandidaten ausgewählt, führte der ehemalige Kampfpilot und heutige Luftwaffengeneral im Oktober 2003 den ersten bemannten Raumflug Chinas durch. Seine Landung nach 14 Erdumkreisungen verlief wahrscheinlich recht unsanft, denn Fotos von damals zeigen den Taikonauten mit verletzter Unterlippe.

Lin Biao – In seiner Eigenschaft als Marschall der Volksbefreiungsarmee, Verteidigungsminister und Stellvertreter Maos protegierte der zweite Mann im Staate das bemannte Raumfahrtprogramm Chinas nach Kräften. Allerdings hieß es 1971 plötzlich und unerwartet, er habe einen Putsch geplant. Lin starb beim Absturz seines Flugzeugs über der Wüste Gobi – angeblich auf der Flucht in die UdSSR. Das warf die chinesische Raumfahrt um viele Jahre zurück.



Liu Yang – Dass auch weiblicher Nachwuchs seine Eltern mit Stolz erfüllen kann, bewies die Arbeitertochter aus Zhengzhou: Studium an der Luftfahrtschule in Changchun, 1680 Flugstunden, bravouröse Landung einer Maschine mit Triebwerksausfall, Beförderung zum Major der Volksbefreiungsarmee – und dann im Juni 2012 erste Chinesin im All, die zudem noch die komplizierte manuelle Ankopplung des Raumschiffes „Shenzhou 9“ an die Orbitalstation „Tiangong 1“ meisterte.

Ouyang Ziyuan – Schon 2008 wies der Pekinger Professor für Geo- und Kosmochemie darauf hin, dass auf dem Mond nicht nur große Metallvorkommen existieren, sondern auch Helium-3 in abbauwürdigen Mengen vorliegt. Er fungiert jetzt als Chefwissenschaftler des chinesischen Monderkundungsprogramms CLEP und macht zudem Werbung für bemannte Marsflüge.



Qian Xuesen – Der Absolvent des renommierten US-amerikanischen Massachusetts Institute of Technology (MIT) avancierte nach seiner Rückkehr ins Reich der Mitte zum „Vater des chinesischen Raumfahrtprogramms“. Außerdem beteiligte er sich an der Entwicklung von Maos erster Atombombe. Xuesen gilt heute trotz seiner Mitverantwortung für das katastrophale Scheitern des Großen Sprungs als eine Art Nationalheld.

»Himmelspalast« am Himmel

Die Chinesen haben seit vergangenem Monat die Raumstation »Tiangong 2« im All

Die Volksrepublik China zählt seit 1970 zu den Raumfahrtnationen und schoss 2003 erstmals einen Menschen ins All. Mit dem Mitte vergangenen Monats erfolgten Start der Orbitalstation „Tiangong 2“ setzt das Reich der Mitte sein ambitioniertes Weltraumprogramm fort.

Der fast neun Tonnen schwere „Himmelspalast“, der am 15. September von der Rampe 921 des Weltraumbahnhofs Jiuquan in der Wüste Gobi abhob und durch eine Trägerrakete des Typs „Langer Marsch 2F/T2“ auf 400 Kilometer Höhe gehievt wurde, soll China als weiteres Sprungbrett zur Eroberung des Kosmos dienen. Vorgesehen ist zunächst der Besuch durch das Raumschiff „Shenzhou 11“ mit drei Taikonauten an Bord, wie man die chinesischen Raumfahrer nennt. Diese Mission dürfte noch im Oktober beginnen und 30 Tage dauern. Anschließend steht für Anfang 2017 das Auftanken der Station durch den ferngesteuerten Frachter „Tianzhou 1“ an, wonach dann „Shenzhou 12“ ankoppeln könnte.

Mit den geplanten drei Unternehmungen will Pekings Raumfahrtbehörde „China National Space Administration“ (CNSA) Erfahrungen sammeln, die sie für den Bau einer deutlich größeren, rund 60 Tonnen schweren und ständig bemannten Station im Erdorbit benötigt. Jene soll bis 2022 fertiggestellt sein. Wenn die Internationale Raumstation (ISS) wie momentan vorgesehen ab 2024 außer Dienst geht, wären die Chinesen die einzigen mit der Fähigkeit zur permanenten Präsenz im Kosmos.

> Peking will auch im Weltraum stärker mitmischen

Dass das Reich der Mitte derzeit so energisch ins Weltall drängt, resultiert aus dem starken politischen Willen der Führung der Kommunistischen Partei. Für die Riege um den Staats- und Parteichef Xi Jinping ist das Raumfahrtprogramm ein ganz entscheidendes Symbol des wachsenden internationalen Gewichtes Chinas sowie der erfolgreichen technologischen Aufholjagd gegenüber dem Westen und Russland. Besonders die Russische Föderation stünde schon blamiert da, wenn es die CNSA schaffen sollte, ihr Mondprogramm zu realisieren, das für 2024 bis 2030 eine bemannte Landung auf dem Erdtrabanten vorsieht, denn die Russen konnten bisher noch keinen Menschen zum Mond schicken – obwohl sie es streckenweise sehr intensiv versucht hatten.

Allerdings lassen sich die Chinesen gleichermaßen von praktischen Erwägungen leiten. So spekulieren sie darauf, dass es mittelfristig gelingen wird, Kernfusionsreaktoren für die Deuterium-Tritium-Reaktion zu entwickeln, für die man das extrem seltene Helium-3 als Brennstoff braucht, das auf dem Mond in tausendfach höherer Konzentration als auf der Erde vorkommt. Drei Tonnen des Materials wären nötig, um die Energieversorgung Chinas für ein Jahr sicherzustellen.

Ansonsten dient auch das Weltraumprogramm Pekings naheliegenderweise gleichsam militärischen Zwecken. Davon zeugen die intensive personelle und organisatorische Verzahnung zwischen Militär und zivilem Raumfahrtsektor sowie die bisher sieben Versuche mit dem Raumgleiter „WU-14“, beziehungsweise „Dongfeng-ZF“, dessen Erstflug am 9. Januar 2014 erfolgte. Der mit zehnfacher Schallgeschwindigkeit operierende Flugkörper, der vom Kosmodrom Taiyuan der Volksbefreiungsarmee in der Provinz Shanxi gestartet wird, ist nämlich hervorragend dazu geeignet, die Raketenabwehr von gegnerischen Flugzeugträgerverbänden zu durchbrechen. Insofern könnte er zu einer ernsthaften Bedrohung für die Pazifikflotte der US Navy avancieren.

Wolfgang Kaufmann

Die Wurzeln liegen im Dritten Reich

Am Anfang des chinesischen Raumfahrtprogramms stand der Nachbau und Einsatz der sowjetischen Rakete R-2 – nunmehr genannt „Dongfeng 1“. Diese wiederum war wie ihr Vorgängermodell R-1 eine weitgehend unveränderte Kopie der deutschen V2 (Aggregat 4), die am 3. Oktober 1942 als erstes von Menschenhand geschaffene Objekt die Grenze des Weltraums erreichte. An die Konstruktionspläne der R-2 gelangte das Reich der Mitte dabei aufgrund des bilateralen Lizenzabkommens vom 6. Dezember 1957.

Die Chinesen nutzten aber auch das Know-how der US-Amerikaner, die zum Ende des Zweiten Weltkriegs um die 100 V2 erbeutet und zudem zahlreiche deutsche Raketeningenieure in Dienst genommen hatten. Verantwortlich für diese Form des „Technologietransfers“ zeichnete Qian Xuesen, der 1945 an den Verhören des Leiters des V2-Programms, Wernher von Braun, beteiligt gewesen war und als wissenschaftlicher Berater der US Air Force im Range eines Obersten fungierte, bevor er 1955 nach China emigrierte. Insofern begann Pekings Weg ins All also in jedem Falle mit dem Rückgriff auf technische Entwicklungen aus der Zeit des Nationalsozialismus.

> Wissenstransfer aus der SU und den USA

Die Kooperation mit der UdSSR endete im Verlaufe des von Mao Tse-tung initiierten Großen Sprunges nach vorn (1958–1961), der in die größte Hungerkatastrophe in der Geschichte der Menschheit mündete. Für die Moskauer Führung galt der chinesische Parteichef nun als Nationalist, Abenteurer wie Abweichling und sie kündigte deshalb die Zusammenarbeit auf den Gebieten Atomwaffenbau und Raketentechnik auf.

Als Reaktion hierauf gründete Xuesen mit Hilfe des Militärs die 5. Forschungsanstalt des Verteidigungsministeriums in Peking, aus der später die China Academy of Launch Vehicle Technology (CALT) entstand, die heute sämtliche Trägerraketen des Reiches der Mitte entwickelt. Dem folgte 1965 der Vorschlag, ein eigenständiges nationales Raumfahrtprogramm zu starten.

W.K.



Bild: Getty Images

Die Rampe 921 des Weltraumbahnhofs Jiuquan in der Wüste Gobi am 15. September: Start der Orbitalstation „Tiangong 2“

China will auf den Mond

Jungfernflug der Schwerlast-Trägerrakete CZ 5 im November

Obwohl die Chinesen bereits 1232 im Krieg gegen die Mongolei Feststoff-Raketen verschossen hatten, gelang es ihnen mit „Dong Fang Hong“ (Der Osten ist rot) erst im April 1970 und damit nach den Russen, US-Amerikanern, Franzosen und Japanern einen eigenen Erdsatelliten zu starten. Pläne, Menschen in den Kosmos zu schicken, existierten schon damals. Allerdings wurden die entsprechenden Projekte 714 und 921 später aus innenpolitischen Gründen storniert.

1992 kam es dann aber zur Wiederaufnahme des Programms. Und diesmal endete das Ganze tatsächlich mit einem Erfolg: Am 15. Oktober 2003 brachte das Raumschiff „Shenzhou 5“, das starke Ähnlichkeit mit der russischen „Sojus“-Kapsel aufwies, den ersten Chinesen ins All. Dem folgten vier weitere bemannte Flüge, bei denen insgesamt zehn „Taikonauten“ zum Einsatz gelangten, darunter zwei Frauen. Während der letzten beiden Missionen wurde jeweils die Raumstation „Tiangong 1“ angesteuert, die seit dem 29. September 2011 um die Erde kreist und deren Nachfolger die jetzt gestartete „Tiangong 2“ ist.

> Der erste Mensch auf dem Mars könnte ein Chinese sein

Schon seit Längerem verfolgt China ein eigenes Mondprogramm. Etwa 20 Universitäten sind involviert und es unterliegt strenger Geheimhaltung. In dessen Verlauf landete am 14. Dezember 2013 die unbemannte Sonde „Chang'e 3“ auf der Oberfläche des Erdtrabanten und setzte dort das 140 Kilogramm schwere Erkundungsfahrzeug „Yutu“ (Jadehase) ab.

Noch ehrgeizigere Projekte der Chinesen wie die Mondlandung von Menschen und der Bau einer großen, aus Modulen zusammengesetzten Raumstation erfordern jedoch die Verfügbarkeit der Schwerlast-Trägerraketen „Chang Zheng“ (CZ, Langer Marsch) 5 und 9. Erstere soll bis zu 25 Tonnen in die Erdumlaufbahn transportieren können – ihr Jungfernflug ist bereits für kommenden Monat geplant. Dahingegen dürfte sich die Entwicklung der CZ 9 mit 130 Tonnen Nutzlast wohl bis 2028 hinziehen. Wenn diese gelingt, könnte Peking möglicherweise noch vor den anderen Raumfahrtnationen Menschen zum Mars schicken.

W.K.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Schwere Zeiten für Rot-Rot

Brandenburg: Risse im Fundament einer der letzten SPD-Bastionen



Mit Plakaten gegen die geplante Kreisreform: Landräte, Oberbürgermeister und Mitarbeiter der kreisfreien Städte am 13. Juli dieses Jahres vor dem Brandenburger Landtag in Potsdam

Bild: pa

Aus Sicht der SPD gilt die Mark Brandenburg seit 1990 als sichere Bank, als eine der letzten verbliebenen Hochburgen der Sozialdemokratie in Deutschland. Eine Reihe von Gründen spricht jedoch dafür, dass diese Ära in den kommenden Jahren zu Ende geht.

Noch sind die meisten Brandenburger mit der Arbeit der Landesregierung in erstaunlich hohem Maß zufrieden. So förderte eine Umfrage von Ende September Zustimmungswerte zutage, von denen die Berliner SPD-Genossen nur träumen können: 57 Prozent der befragten Brandenburger gaben demnach an, mit der Arbeit der rot-roten Regierung in Potsdam zufrieden zu sein.

Sehr fraglich erscheint es indes, ob Werte auf diesem Niveau bis Herbst 2019 Bestand haben werden, wenn die Brandenburger einen neuen Landtag wählen. Auf SPD und Linkspartei droht in den kommenden drei Jahren ein ganzer Mix von Problemen zuzukommen, der für verstärkte Unzufriedenheit und politische Wechselstimmung sorgen kann. Neben dem Dauerbrennern Großflughafen BER könnte vor allem die „Altanschließer“-Problematik noch für starken Unmut bei den Wählern sorgen.

Dabei geht es um eine hohe Zahl von Grundstückseigentümern, die in den 1990er Jahren oder noch zu DDR-Zeiten an die Kanalisation angeschlossen worden sind und laut einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts später zu Unrecht abkassiert wurden. Verschärfend hinzu kommt noch eine unterschiedliche Behandlung der Altanschließer-Fälle: Anerkannt wird ein Anspruch auf Rückzahlung nur, wenn gegen die Bescheide Widerspruch eingelegt worden ist. Insgesamt soll es dabei um rund 200 Millionen Euro gehen, die von den Kommunen oder Wasserverbänden übernommen werden müssen, die seinerzeit die Beiträge erhoben haben. Keine Rückzahlung sollen dagegen alle die erhalten, die ohne Widerspruch gezahlt haben. Hierbei geht es nochmals um rund 400 Millionen Euro.

Forsa: AfD ist bereits zweitstärkste Kraft in der Mark

Ein Gutachter hat dem Land Brandenburg in der Angelegenheit bescheinigt, es sei nicht in der Pflicht. Viele Betroffene haben allerdings noch in Erinnerung, dass es in der Amtszeit von Manfred Stolpe und seines damaligen Umweltministers Matthias Platzeck durchaus im Sinne der Landesregierung war, dass vielerorts Großkläranlagen aus dem Boden gestampft wurden, die sich im Nachhinein als überdimensioniert herausgestellt haben und die Gebühren unnütz in die Höhe trieben.

Nicht zuletzt auf Druck der Linkspartei hat die rot-rote Koalition inzwischen ein Abwasser-Hilfspaket über 250 Millionen Euro für die Kommunen angekündigt, die sich mit den Projekten übernommen haben.

Der Streit um die Abwasserkosten ist nicht der einzige wunde Punkt für die amtierende Landesregierung. Politische Brisanz steckt ebenso in den aktuellen Plänen der rot-roten Koalition für eine Kreisreform. Nach den Plänen der Landesregierung soll Brandenburg künftig in nur noch neun Landkreise plus Potsdam neu gegliedert werden. Gegen das Vorhaben machen landesweit inzwischen Kommunalpolitiker mobil. So haben die CDU-Oberbürgermeister von Cottbus und Brandenburg/Havel angekündigt, eine Volksinitiative gegen die Reform unterstützen zu wollen.

„Die 20000 Unterschriften kriegen wir locker bis Weihnachten zusammen“, gab sich Brandenburgs Oberbürgermeisterin Dietlind Tiemann (CDU) im RBB siegessicher. Holger Kelch (CDU), der Oberbürgermeister von Cottbus, drohte zudem an, sich an das Landesverfassungsgericht zu wenden. Kritikpunkte sind unter anderem ein geplanter „Superlandkreis“ in der Lausitz, der Cottbus, die Kreise Spree-Neiße, Oberspreewald-Lausitz und Elbe-Elster zusammenfassen soll. Nicht nur die damit drohenden längeren Wege zu Behörden im ländlichen Raum haben inzwischen Kritiker auf den Plan gerufen. Befürchtet wird auch, dass der Süden der Mark abgekoppelt und noch stärker in eine Randposition gedrängt wird. Gehofft hatten Kommunalpolitiker nämlich, dass alle neu entstehenden Kreise nach einem Sektorialmodell zu Berlin-Anrainern werden und damit von der wirtschaftlichen Dynamik des Speckgürtels profitieren. Insbesondere die Linkspartei muss befürchten, dass sie die Pläne zur Kreisreform Wählerstimmen kostet.

Schon jetzt zeigt sich nämlich, dass die gelegentlichen Versuche des Juniorpartners, sich innerhalb der Regierungskoalition gegen die SPD zu profilieren, nicht für mehr Zustimmung bei den Bürgern gesorgt haben. Nach einer Forsa-Umfrage von Ende September ist stattdessen die brandenburgische AfD um Landeschef Alexander Gauland mit 20 Prozent der Stimmen erstmals zweitstärkste Kraft im Land und würde CDU und Linkspartei hinter sich lassen. CDU und Linkspartei sind demnach auf jeweils nur noch 17 Prozent zurückgefallen, die SPD kommt immerhin noch auf 30 Prozent.

Im Bundesvergleich erscheint der Wert passabel, gemessen an früheren Wahlergebnissen der SPD in Brandenburg ist er allerdings ein ernüchternder Befund. Sollte sich dieser Trend in den kommenden Jahren fortsetzen, dann drohen auch der märkischen SPD künftig Berliner Verhältnisse. Das Verbleiben an der Macht würde dann nur noch über ein Dreierbündnis zu realisieren sein. *Norman Hanert*

Nicht wegschauen

Von Theo Maass

Irmela Mensah-Schramm stand in Berlin Tiergarten vor Gericht. Der Vorwurf lautete auf Sachbeschädigung. Die 70-Jährige erhielt eine Verwarnung. Die Geldstrafe in Höhe von 1800 Euro wurde für ein Jahr zur Bewährung ausgesetzt. Diese Meldung wäre unter „normalen“ Umständen nicht der Rede wert, wenn Frau Mensah-Schramm nicht für sich in Anspruch nehmen würde, dass ihr Tun wegen ihrer politischen Gesinnung straffrei zu bleiben habe. Die politische Linke hat sie zur Ikone der Ethik erhoben. Die Dame die von den meisten Medien liebevoll und verständnisvoll als „Polit-Putze“ bezeichnet wird, zieht mittlerweile seit etwa 30 Jahren durch Deutschland und betreibt politisch motivierte Sachbeschädigung – gegen „rechts“.

Mensah-Schramm gibt vor, rechtsextreme Hasspropaganda zu entfernen. Wenn dies nicht möglich ist, weil ein Aufkleber nicht abzuschaben geht, dann ist sie auch zur Sachbeschädigung bereit und gibt das auch ganz unumwunden zu. Oftmals ist sie bei ihrem Tun aufgegriffen worden, aber erstaunlicherweise hat der Rechtsstaat sie bis zum heutigen Tage nicht zur Verantwortung gezogen. Die Dame legt selbst fest, was rechtsextreme Hasspropaganda ist und was nicht. Am 24. Mai kam nun eine Wende. In Berlin-Zehlendorf übersprühte sie kraft eigener Wassersuppe die zuvor sichtbare Botschaft „Merkel muss weg“. Dort ist nun stattdessen zu lesen: „Merke! Hass weg!“ „Besorgte Bürger“, so die Rentnerin, hätten sie angezeigt. Die Polizisten, welche die Anzeige aufnahmen, hätten sie zudem vorwurfsvoll gefragt: „Würden Sie denn die Merkel wählen?“ Mensah-Schramm ist der Meinung, dass die Nachricht: „Merkel muss weg“ ein Aufruf zu politisch motivierter Gewalt sei. In der Reihe derjenigen, die „Merkel muss weg“ skandierten, würden auch Leute „marschieren“, die Merkel am Galgen zeigen oder die „Volksverräter“ brüllten. „Das ist vielleicht nicht verboten, aber auf jeden Fall ein Verstoß gegen die Menschenwürde.“

Irmela Mensah-Schramm erhielt in der Vergangenheit einige öffentliche Preise meist linker Einrichtungen für ihr Tun. Sie glaubte anscheinend, dass Staat, Justiz und Mehrheitsgesellschaft ihre Tätigkeit gutheißen würden. Dabei ist es eher umgekehrt. Linke Journalisten haben eine Kultur des „Wegschauens“ kultiviert. Staatsanwälte und Richter hatten vermutlich Furcht vor einer negativen Berichterstattung. Das verleitete die Seniorin, die sich bereits 1981 in der damals linksradikalen Berliner Alternativen Liste engagierte, dazu, halsstarrig darauf zu bestehen, auch künftig entsprechende Straftaten zu begehen. Es fehlt bei Irmela Mensah-Schramm einfach das Unrechtsbewusstsein. In jedem Fall tun „besorgte Bürger“ gut daran, die Polizei zu holen, wenn die Dame wieder Sachbeschädigungen begeht, und nicht „wegzuschauen“.

Raser nicht zu stoppen?

Problem illegale Autorennen: Bundesrat will härtere Strafen

Erneut ist es in Berlin zu einem schweren Unfall als Folge eines vermutlichen illegalen Autorennens gekommen. Laut Polizei sind bei dem Unfall drei Menschen verletzt worden, einer davon schwer. Zeugen berichteten, zwei BMW hätten sich zuvor auf der Reinickendorfer Residenzstraße ein Rennen geliefert.

Bereits in den vergangenen Monaten ist es in Berlin immer wieder zu solchen Rennen gekommen. Bundesweit für Aufsehen sorgte ein Fall, der nun vor dem Landgericht Moabit verhandelt wird. Angeklagt sind zwei 27 und 24 Jahre alte Männer, die über Berlin hinaus als Kudamm-Raser bekannt geworden sind.

Sie sollen Anfang Februar ein illegales Rennen veranstaltet haben, bei dem ein unbeteiligter 69-Jähriger starb. Laut Ermittlungen hatte einer der Angeklagten mit mindestens Tempo 160 das Fahrzeug des Senioren gerammt. Mit der Anklage wegen Mordes betritt die Staatsanwaltschaft Neuland. Bislang endeten ähnliche Verfahren meist mit einem Schuldspruch wegen fahrlässiger Tötung oder Totschlags. Im September hat der Bundesrat eine Gesetzesinitiative gestartet, wonach Autorennen künftig nicht mehr als Ordnungswidrigkeit gewertet werden, sondern als Straftat.

Senat ist skeptisch, dass die Maßnahme viel bringen wird

Als Strafmaß sieht der Entwurf sowohl für die Veranstalter der Rennen als auch für deren Teilnehmer bis zu zwei Jahre Haft vor. Sollten bei dem Rennen Unbeteiligte in Gefahr gebracht werden, dann können künftig Haftstrafen von bis zu fünf Jahren verhängt werden. Wird beim Rennen jemand verletzt oder gar getötet, könnte sich das Strafmaß auf bis zu zehn Jahre erhöhen.

Bislang werden illegale Autorennen lediglich mit einer Geldbuße von maximal 400 Euro sowie mit einem einmonatigen Fahrverbot geahndet. Nach dem Vorstoß des Bundesrats muss sich der Bundestag mit der Gesetzesinitiative befassen. Abzuwarten bleibt, als wie effektiv sich höhere Strafen erweisen. Wie aus einer Antwort der Innenverwaltung auf eine Anfrage der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus hervorgeht, sind die Rennen häufig nur schwer zu ahnden. Denn illegale Autorennen seien „dadurch gekennzeichnet, dass sie entweder konspirativ und sehr kurzfristig an Orten und zu Zeiten verabredet werden, an denen eine polizeiliche Feststellung unwahrscheinlich ist, oder dass sie nach spontanem und zufälligem Zusammentreffen Gleichgesinnter im Begegnungsverkehr durchgeführt werden“. *N.H.*

Streit unter Genossen

Ex-»Pirat« sorgt für Turbulenzen bei Berlins Sozialdemokraten

Kaum in die Berliner SPD eingetreten, sorgt der Ex-„Pirat“ Christopher Lauer für Streit unter den Sozialdemokraten. Anlass des Schlagabtauschs war ein Kommentar, den Lauer über den Internetdienst Twitter zu einem Polizeieinsatz abgegeben hatte.

Ein Polizist hatte in Reinickendorf auf einen mit einem Messer bewaffneten Angreifer geschossen und ihn dabei am Bein verletzt. Lauer hatte daraufhin mitgeteilt: „Langsam entsteht bei mir der Eindruck, die Polizei schießt jetzt so lange jede Woche auf einen Mann mit Messer, bis der Taser da ist.“ Diese Anspielung auf Pläne, die Berliner Polizei mit Elektroschockwaffen (englisch Taser) auszustatten, löste heftige Reaktionen aus.

Die Gewerkschaft der Polizei bezeichnete Lauer unter anderem als „Politclown“. Scharfe Kritik kam ebenfalls vom sozialdemokratischen Abgeordneten Tom Schreiber, der bedauerte, dass Lauer in die SPD aufgenommen wurde: „Lauer schadet der SPD. Es schadet dem Ansehen der Partei, wenn ein Mitglied so einen Quatsch erzählt. Die Polizei ist nicht schießwütig“, so der SPD-Politiker gegenüber dem „Tagesspiegel“. Eine polarisierende Wirkung hatte das SPD-Neumitglied Lauer auch in der Abteilung 11 der Berliner SPD (SPD Mauerpark), die das ehemalige Mitglied der Piraten-Partei aufgenommen hatte.

SPD-Politiker zu Lauer: »Vollpfosten«, »schadet der Partei«

Mario Reimann, Vorstandsmitglied und Seniorenbeisitzer, nannte Lauer einen „Vollpfosten“, den man „nicht ernst nehmen“ müsse. Eine weitere Bemerkung Reimanns („Schade, dass sein Mitpirat auf ihn nicht gestanden hat“) spielte auf den Fall des „Piraten“-Abgeordneten Gerwald Claus-Brunner an, der im September einen Mann tötete, in den er sich verliebt hatte. In der SPD sah man sich daraufhin veranlasst, eine Erklärung abzugeben: „Die von unserem Vorstandsmitglied getätigte Bemerkung ist in Wortwahl, Inhalt und Stil weder Auffassung der SPD Mauerpark noch des Vorstandes. Wir distanzieren uns davon vollumfänglich.“

Lauer selbst erklärte, dass sich Reimann bei ihm entschuldigt habe, bekanntgegeben wurde ebenso der Rücktritt Reimanns als Vorstandsmitglied der SPD Mauerpark. Bereits in der Vergangenheit hatte Lauers oftmals überzogen wirkende Rhetorik für Anstoß gesorgt. Laut „Spiegel“ soll Lauer 2012 per Twitter kommentiert haben, er würde sich eher ,'ne Kugel durch den Kopf jagen“, als Mitglied der SPD zu werden. *N.H.*

MELDUNGEN

Druck Ankaras auf Kasachstan

Astana – In Kasachstan wurde ein Gesetz beschlossen, das aus dem Ausland finanzierte Nichtregierungsorganisationen verpflichtet, die Quellen ihrer Einkünfte offenzulegen. Nach Hinweisen der türkischen Regierung untersucht man zudem das Wirken der im Lande etablierten türkisch-kasachischen Schulen. Diese werden nach Ansicht Ankaras von der Gülen-Bewegung kontrolliert. Eine Schließung der Schulen, wie sie die türkische Seite fordert, wird es in Kasachstan aber vorerst nicht geben. In ähnlicher Weise reagierte auch das Nachbarland Kirgisien auf entsprechenden Druck der Erdogan-Regierung. *T.W.W.*

Burkaverbot in Bulgarien

Sofia – Das bulgarische Parlament hat ein Gesetz beschlossen, welches das Tragen von religiös motivierter gesichtsverdeckender Kleidung verbietet. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafen von zunächst umgerechnet 100, im Wiederholungsfalle von jeweils 750 Euro geahndet. Der ursprüngliche Gesetzesvorschlag der nationalkonservativen Partei Patriotische Front sah darüber hinaus sogar Haftstrafen und den Einbehalt von Sozialhilfe als Strafen vor. Tatsächlich werden nämlich auch nichtmuslimische Zigeunerinnen von türkischen Geschäftsleuten dafür bezahlt, eine Vollverschleierung zu tragen, um die bulgarische Bevölkerung an den Anblick solcher Kleidungsstücke zu gewöhnen. Nach Angaben der Regierung hat sich der Islamismus im Lande in letzter Zeit spürbar verbreitet, sodass Gegenmaßnahmen zwingend notwendig seien. Kritik am neuen Gesetz kommt vonseiten der Partei der türkischen Minderheit und von Amnesty International, die hierin eine Form von „Intoleranz“ sehen. *T.W.W.*

Eine Ohrfeige für Viktor Orbán?

Streit über die Interpretation und die Konsequenzen des ungarischen Referendums zur EU-Asylpolitik

EU-Parlamentspräsident Martin Schulz jubelt und mit ihm alle Brüsseler Zentralisten: Das ungarische Referendum zur Verteilung von Asylsuchern auf die EU-Mitgliedsstaaten hat das Quorum von 50 Prozent verfehlt. Gleich ihm haben viele Medien von einem Scheitern der Volksabstimmung in Ungarn gesprochen. Doch ist eine Teilnahme von nur 45 Prozent tatsächlich eine Ohrfeige für den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán?

„Dank des ungarischen Volkes wurde Schaden von Europa abgewendet, den die Regierung bewusst in Kauf genommen hatte“, interpretierte der EU-Parlamentspräsident das Ergebnis des ungarischen Referendums. Bei der allgemeinen Analyse des Ergebnisses fällt meist unter den Tisch, dass diejenigen, die ihre Stimme abgegeben haben, zu rund 98 Prozent gegen die Verteilung gestimmt haben. In absoluten Zahlen sprachen sich bei dem Referendum von den rund zehn Millionen Magyaren über drei Millionen in Sinne des Ministerpräsidenten Orbán aus – das sind mehr, als seinerzeit für den Beitritt des Landes zur EU votiert hatten. Daraus eine Niederlage für Orbán zu konstruieren, erscheint sehr gewagt. Österreichs Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres, Sebastian Kurz, von der Österreichischen Volkspartei meinte dazu: „Man sollte nicht den Fehler machen, es so zu interpretieren, dass man sagt, die Ungarn wollen mehr Migranten aufnehmen. Das, glaube ich, wäre eine etwas falsche Interpretation.“

Das Ziel der EU, die Asylsucher in den Mitgliedsländern zu verteilen, sei „völlig unrealistisch“, so Kurz. In einem Interview mit einer großen deutschen Sonntagszeitung machte er folgende Rechnung auf: „Sollten wir – und davon ist auszugehen – die Flüchtlinge weiter wie bisher auf die einzelnen Länder verteilen, brauchten wir 30 Jahre für 160 000 Menschen. Hinzu kommt, dass die Debatte über die Verteilung von Flüchtlingen nach Quoten den Zusammenhalt der gesamten Europäischen Union gefährden kann.“ In der Tat ist es so, dass nicht, wie von Schulz behauptet, das Ungarn-Referendum – egal mit welchen Ausgang – die EU gefährdet, sondern das Beharren auf der Verteilungsquote.

> »Man sollte nicht den Fehler machen, es so zu interpretieren, dass man sagt, die Ungarn wollen mehr Migranten aufnehmen«



Bild: action press

Sie nahmen ihr demokratisches Recht zur Abstimmung wahr: Teilnehmerinnen des Referendums

Das Thema führt zu einer auffallenden Annäherung Österreichs an Ungarn, wenn auch nicht mehr im dynastischen Sinn. In Wien hat sich auch der sozialdemokratische Bundeskanzler Christian Kern der Richtung angeschlossen, die sein Außenminister vorgegeben hat. Er bekennt: „Wir wissen, dass wir die Verteilung der Flüchtlinge jetzt nicht durchsetzen können“, und verwies dabei auf die Visegrádstaaten Polen, Tschechei, Slowakei und Ungarn, die beim Asylproblem gemeinsam eine sehr ablehnende Haltung einnehmen.

Der österreichische Sozialdemokrat sieht im verfehlten Quorum der Ungarn kein Problem und erwartet auch keine Folgen davon. „Der Ausgang des Referendums in Ungarn“, so Kern, „wird die Spielaufstellung nicht ändern.“ Das bedeutet, weder die EU noch Ungarn werden ihre Politik ändern. Schon vor dem Referendum und daher ohne Wissen um dessen Ergebnis hatte der ungarische Ministerpräsident angekündigt, dass die Volksbefragung rechtliche Konsequenzen nach sich ziehen würde. Das ungarische Rechtssystem werde sich künftig an dem Prinzip orientieren, dass nur das ungarische Parlament (und nicht die EU) bestimme, „mit wem die Ungarn zusammenleben wollen und mit wem nicht“.

> »Der Ausgang des Referendums in Ungarn wird die Spielaufstellung nicht ändern«

Orbán hat mit den Eurokraten längst genug Ärger gehabt, um zu wissen, dass er durch diese Entscheidung einen Grundsatzkonflikt mit Brüssel riskiert, vielleicht legt er es sogar darauf an. Die EU nimmt die Zuständigkeit für das Asylrecht für sich in Anspruch. Orbán nun macht sich die Hilflosigkeit der EU zunutze, die daran erkennbar wird, dass sie sich außerstande zeigt, die bewussten 160 000 Immigranten unterzubringen. Eine Zuständigkeit zu beanspruchen, zum Vollzug aber nicht fähig zu sein – das schwächt die politische Position Brüssels, und Orbán wäre nicht der, der er ist, wenn er sich diese Gelegenheit entgehen ließe.

Dabei weiß er ganz genau, dass er nicht allein ist, sondern eine Vorreiterrolle spielt. Neben den Visegrádstaaten ist es eben auch Österreich, das seine Position festigt, und außerdem tun das alle politischen Kräfte in den EU-Mitgliedsstaaten bis nach Frankreich, die der momentanen, der „Merkel'schen“ Zuwanderungspolitik den Kampf angesagt haben. Wie schwach Brüssel und Berlin dastehen, sieht man daran, dass das Prinzip der quotenweisen Verteilung nicht vollzogen wird, allmählich in Vergessenheit gerät und auf künftige Zuwanderer überhaupt keine Anwendung mehr findet.

Im Jahr 2018 finden in Ungarn Parlamentswahlen statt. Orbán weiß, dass er in einzelnen Politikbereichen im Verzug ist, umso mehr verlegt er sich auf die Themen, bei denen er die Mehrheit der Ungarn hinter sich weiß, und das sind eben Themen im Zusammenhang mit EU und Asylsuchern. Er weiß um den durchgehenden Wunsch seiner Landsleute, wieder mehr Souveränität gegenüber Brüssel zu erlangen. Das Volk der Magyaren befindet sich ethnisch in einem Insel-Dasein und fühlt sich stets herausgefordert, seine nationale Eigenheit zu verteidigen. Die Gleichmacherei der EU passt dazu überhaupt nicht. Unter diesem Aspekt darf sich Orbán auf einen historischen Auftrag berufen. *Florian Stumfall*

Abgelehnter Frieden

Warum der Vertrag mit der Farc bei den Kolumbianern durchfiel

Dass bei dem Referendum in Kolumbien die Bevölkerung mit 50,2 zu 49,8 Prozent den Friedensvertrag zwischen der Farc (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia, Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) und der Regierung abgelehnt hat, war für viele schockierend und völlig unerwartet. Allerdings hatten Meinungsumfragen bis zuletzt einen Sieg des Nein-Lagers erwarten lassen. Zwar hat landesweit überall in den schwer zugänglichen Randgebieten, die am meisten unter dem Bürgerkrieg gelitten haben, sowie auch in der Hauptstadt Bogotá das Ja-Lager gewonnen, im Choco am Pazifik, einem der Zentren des Kampfes, sogar mit über 80 Prozent. In den meisten größeren Städten und den dichter besiedelten Gegenden im Zentrum Kolumbiens dagegen, die weniger unter den Gewalttaten zu leiden hatten, lag das Nein-Lager vorne.

Wie kam es dazu? Während die Menschen in den Hauptkonfliktzonen schon seit Monaten die Erleichterungen des weitgehend eingehaltenen Waffenstillstands hautnah spüren konnten, wurde die Stadtbevölkerung mit dreisten Lügenkampagnen der Nein-Fraktion bombardiert. Es wurde beispielsweise behauptet, die Guerilleros gingen völlig straflos aus, und für die Bezahlung ihres Unterhalts würden die Renten gekürzt.

Trotzdem hatte niemand mit einem Sieg der Nein-Kampagne gerechnet, nicht einmal ihre eigenen Verfechter. Da war Kolumbien wie Großbritannien. Ihr Hauptanführer, der Expräsident Alvaro Uribe, hat bisher nicht das Wort ergriffen, und seine Partei hat sich an der nach dem Referendum von Präsident Juan Manuel Santos einberufenen Gesprächsrunde nicht beteiligt. Anscheinend haben selbst die Sieger im Moment ihres Sieges noch keine klare Vorstellung, wie es jetzt weitergehen soll.

> Selbst den Siegern ist unklar, wie es jetzt weitergehen soll

Die Angst, dass der seit über einem halben Jahrhundert andauernde bewaffnete Kampf, der zu mehr als 220 000 Toten, Zehntausenden Vermissten und mehr als sechs Millionen Vertriebenen geführt hat, weitergeht, ist berechtigt. Schon in den 1980er Jahren hatte sich eine Guerillabewegung Bewegung 19. April zu einem Waffenstillstand mit der Regierung entschlossen, nur um wenige Zeit später als Partei vom politischen Tagesgeschäft verschlungen und aufgelöst zu werden.

Die Anhänger des Expräsidenten Uribe erheben den Vorwurf, es seien zu große Zugeständnisse gemacht worden und beschwören für das Land die Gefahr eines „castro-chavistischen Regimes“ nach dem Vorbild von Kuba und Venezuela herauf. Auch trauen viele Menschen weder den Rebellen noch der Regierung. Die Rebellen verfügen über beste Kontakte zur organisierten Kriminalität. Die Farc hat sich bisher mit Drogenhandel, Schutzgelderpressungen und Entführungen finanziert. Für viele ehemalige Guerilleros ist die Versuchung groß, sich in Zukunft ungestraft als Gangster durchzuschlagen. Man fürchtet, dass Ex-Guerilleros vom Land in die vom Kampf bislang verschonten Städte ziehen und dort die Kriminalität in die Höhe treiben. Dazu kommt, dass die zweitstärkste Guerillaorganisation ELN, die nicht an den Verhandlungen beteiligt war, den Standpunkt vertritt, dass der Regierung zu wenige Zugeständnisse abgerungen worden und die strukturellen Ursachen der sozialen Ungerechtigkeit unangetastet geblieben seien. *Bodo Bost*

(Siehe „Zur Person“ auf Seite 24 über Kolumbiens Friedensnobelpreisträger Juan Manuel Santos)

Sánchez zurückgetreten

Neue Chance für Tolerierung der Regierung Rajoy in Spanien

Der Gegenspieler des spanischen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy, Pedro Sánchez, ist nicht mehr Vorsitzender der Partido Socialista Obrero Español (PSOE), der größten Oppositionspartei Spaniens. Seit mehr als neun Monaten befindet sich das krisengeschüttelte Land in einem politischen Stillstand. Rajoy regiert seitdem ohne parlamentarische Mehrheit. Zweimal wurde gewählt, zweimal mit dem gleichen Ergebnis. Rajoys bürgerliche Volkspartei stellt zwar die größte Fraktion im Parlament, kommt aber mit den ihr nahestehenden rechtsliberalen „Bürgerlichen“ nicht auf eine erforderliche Mehrheit.

Dies haben auch die Sozialisten nicht geschafft, was auch daran lag, dass Sánchez ein Bündnis mit den Linkspopulisten „Wir können“ stets ausgeschlossen hatte. Sánchez musste nun zurückgetreten, nachdem die Mehrheit des Parteivorstands ihm die Unterstützung entzogen hatte. Die Kritik am gestürzten Vorsitzenden hat ihren Ursprung vor allem darin, dass es Sánchez nicht gelungen war, bessere Wahlergebnisse zu erzielen und eine eigene linke Mehrheit auf die Beine zu stellen. Kritisiert wurde aber auch, dass er jede „Koalition der Vernunft“ mit den Konservativen abgelehnt hatte.

Ob der Rücktritt die Blockade beenden wird, ist ungewiss. Bisher konnten sich die Mitglieder nur dazu durchringen, einen Interimsvorstand unter Leitung des Regierungschefs der Region Asturien, Javier Fernández, zu wählen, der einen Parteitag einberufen soll, der über die weitere Vorgehensweise entscheidet. Noch sei bezüglich einer Tolerierung einer Regierung Rajoys gar nichts entschieden, betonten selbst Sánchez-Gegner im Parteivorstand.

> Sozialisten einigten sich bislang nur auf Interimsvorstand

Die Lähmung des politischen Systems nimmt unterdessen bedrohliche Ausmaße an. Die von Brüssel unter Androhung von Sanktionen angemahnten Reformen und Sparmaßnahmen kann das Königreich ohne eine funktionsfähige Regierung nicht auf den Weg bringen. Dabei müssen der EU-Kommission bis zum 15. Oktober konkrete Pläne vorgelegt werden. Von der viertgrößten Volkswirtschaft der Eurozone droht eine neue Eurokrise auszugehen. Der angesehene Verfassungsrechtsprofessor Jorge de Esteban beklagte jüngst gegenüber der Deutschen Presse-Agentur eine „Herrschaft der Dummen“. Wenn sich die Parteien bis zum 31. Oktober nicht auf die Wahl eines Regierungschefs einigen, muss König Felipe VI. für den ersten Weihnachtstag erneut Neuwahlen ansetzen.

Unterdessen hat die politische Lähmung weitere Auswirkungen auf den Zusammenhalt des Königreiches. Bereits bei den Regionalwahlen vergangenen Herbst hatten die Separatisten in Katalonien klar gewonnen und den Wahlsieg als „Mandat zur Unabhängigkeit“ bezeichnet. Die katalanischen Separationsanhänger haben seitdem noch weiteren Zulauf erhalten. Im Juni nächsten Jahres werde die Region im Nordosten des Landes schon alle Vorkehrungen getroffen haben, „um mit allen Garantien unabhängig werden zu können“, sagte der 130. Präsident der Generalitat de Catalunya, Carles Puigdemont, in einer Rede vor dem katalanischen Parlament in Barcelona.

Eine Abspaltung der Region würde die Restspanien mit einem Schlag zum Armenhaus Europas machen, fürchten Beobachter. Denn in der eine eigene Sprache besitzenden Region Katalonien wird immerhin rund ein Fünftel des spanischen Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet. *Peter Entinger*

Subventionsgrab Windkraftanlagen

Wie in der Energiepolitik Ideologie und Partikularinteressen an die Stelle des Gemeinwohls treten

Noch befürworten 68 Prozent der Bürger die Windparks. Das sähe wohl anders aus, wenn sie mit den Tatsachen vertraut wären.

Innerhalb von 25 Jahren wurden in Deutschland 25 980 Windräder an Land sowie auf der Nord- und der Ostsee errichtet, die 13,3 Prozent der gesamten Strommenge produzieren. Mit 41 650 Megawatt wurde hier bis Ende 2015 die europaweit größte Windleistung installiert (32 Prozent). Durch die Förderung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist die Windenergie ein lukratives Geschäft sowohl für die produzierende Industrie als auch für die Betreiber. Finanziert werden die staatlich subventionierten Wind- und Solaranlagen von den Verbrauchern durch Steuern und steigende Strompreise. Wegen des übertriebenen Baus neuer Windenergieanlagen (WEA) wird die EEG-Einspeisevergütung für Windstrom ab 2017 um 7,5 Prozent gekürzt. Damit soll die Energieproduktion wieder in den „Zielkorridor“ von rund 2500 Megawatt zurückgeführt und der damit gekoppelte Preisanstieg für die Stromkunden abgebremst werden.

Nur rund ein Viertel der Windparks wird mit Bürgerbeteiligung vor Ort realisiert. Oft werden sie von rücksichtslosen ortsfremden Investoren mit massivem Lobbydruck gegen die Bevölkerung durchgesetzt, ungeachtet der Proteste gegen die fortschreitende Verschandelung der Landschaft, den massenhaften Vogelschlag, Wertverlust von Immobilien und Schaden für den Tourismus. Häufig stehen die Windräder in Landschafts- oder gar Naturschutzgebieten. Die Erträge bleiben jedoch mitunter hinter den Prognosen zurück, was in einigen Fällen auf gefälschte Gutachten zurückzuführen war. Überhaupt öffnet kaum ein Wirtschaftssektor Betrug und Korruption derart Tür und Tor wie die Windenergie. Aus seiner Erfahrung als Vertreter mehrerer Kläger gegen WEA erklärte der Verfassungsrechtler Michael Elicker, „dass die meisten erfolgreichen Abwehrkämpfe gegen entsprechende Großprojekte auch eine strafrechtliche Komponente hatten“. Unter dem Titel „Der Kampf um die Windräder“ wurde Anfang August in einer Dokumentation der TV-Sendung „Report Mainz“ über aufgedeckte Fälle von Subventionsbetrug, Untreue und Selbstbedienung der Windenergie-Lobby berichtet. Davon unbenommen besetzt die Windkraft weiterhin einen Spitzenplatz auf der politischen Agenda.

> Kaum ein anderer Wirtschaftssektor öffnet Betrug und Korruption derart Tür und Tor

Die Politik kann sich von dem Geschäftsmodell Windenergie wegen des damit verbundenen kommerziellen und betriebswirtschaftlichen Nutzens nicht trennen. Dabei wird die Frage nach dem wesentlichen, gesamtwirtschaftlichen Nutzen ausgeblendet. Noch befürworten 68 Prozent der Bürger die Windparks – was wohl anders aussähe, wären sie mit den Tatsachen vertraut.

Windenergie kann nicht bedarfsgerecht erzeugt werden. Bei Flaute wird kein Windstrom produziert, bei Sturm geht der überschüssige Strom wegen fehlender Speicher verloren. In Deutschland werden durchschnittlich nur 16 Prozent der installierten Leistung auch tatsächlich in das Stromnetz eingespeist. Auch für den nicht erzeugten „grünen Strom“ kommen die Verbraucher auf. 2014 kassierten die Stromproduzenten für die Abschaltung der Windräder Entschädigungen von rund 100 Millionen Euro. Der sprunghaft gestiegene Betrag ist auf den Ausbau der regenerativen Energien zurückzuführen, die Vorrang bei der Einspeisung ins Stromnetz haben.



Schießen wie Pilze aus dem Boden: Windkraftanlagen in Deutschland — Bild: Colourbox

In China, wo inzwischen 106 Gigawatt am Netz sind, wurde der Ausbau der Windkraft in den windreichen Gegenden gestoppt, da das Stromnetz durch die WEA zunehmend destabilisiert wird.

Unbeachtet von den überregionalen Medien wächst hierzulande in den betroffenen Regionen der Widerstand gegen die Installation neuer Windparks. In Schleswig-Holstein schlossen sich 200 Bürgerinitiativen zum Landesverband „Windwahn“ zusammen. Auf dessen Internetseite werden die Ergebnisse wissenschaftlicher Studien veröffentlicht, die belegen, dass es aus einer Vielzahl von Gründen überhaupt keine Kohlendioxid-Einsparung durch WEA gibt. Eine Komponente der sogenannten Kohlendioxid-Lüge betrifft den Handel mit Kohlendioxid-Zertifikaten. Bereits 2009 machte „Spiegel online“ darauf aufmerksam, dass die Preise für die europa- und weltweit gehandelten Kohlendioxid-Zertifikate durch den Einsatz von Windkraftanlagen fallen. Infolgedessen wird in Osteuropa mehr Strom aus alten Kraftwerken billig produziert und mehr Kohlendioxid freigesetzt.

Ende Februar 2016 reichte der „Regional-Verband Taunus-Windkraft mit Vernunft e.V.“ stellvertretend für drei Bürger Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht ein. Beanstandet wurde eine fehlende Regelung für einen wirksamen Gesundheitsschutz gegenüber den von den WEA ausgehenden Schallemissionen und den daraus resultierenden Wechselwirkungen seitens der Bundesregierung. Die Kläger und ihre Familien wohnen jeweils in rund 500 Metern Entfernung von Windparks und leiden unter massiven gesundheitlichen Problemen. Als Ursache vermuten sie den von den Wind-rädern erzeugten, nicht hörbaren niederfrequenten Infraschall von einem bis 20 Hertz. Ihre Klage wurde mit Beschluss vom 7. Juni 2016 ohne Begründung abgewiesen. *D. Jestrzemski*

MELDUNGEN

Chinas Währung im IWF-Korb

Washington – Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat den chinesischen Renminbi offiziell in seinen Währungskorb aufgenommen – zusätzlich zu Dollar, Euro, Yen und Pfund. Damit erkennt er die weltwirtschaftliche Bedeutung des chinesischen Geldsystems an. An der Besetzung von Posten im US-dominierten IWF ändert die Entscheidung nichts, wohl aber an der Stellung des Euro, der 6,5 Punkte bei der Gestaltung des Korbes einbüßt und künftig nur noch weniger als ein Drittel der Reserven ausmacht. Der US-Dollar bleibt hingegen fast ungeschoren. Ursache hierfür ist nicht zuletzt der Niedergang der europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik. *T.W.W.*

Schröder leitet Nord Stream 2

Zug – Altbundeskanzler Gerhard Schröder hat den Vorsitz des Verwaltungsrates des Energieunternehmens Nord Stream 2 übernommen. Das Unternehmen, das die Erdgaspipeline von Russland nach Deutschland erweitern will, gehört zu 100 Prozent dem staatlichen russischen Energiekonzern Gazprom. Schröder leitet bereits seit zehn Jahren den Aktionärsausschuss des ersten Nord-Stream-Konsortiums. Diesen Posten soll er auch weiterhin bekleiden. *J.H.*



Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung: **2.038.110.213.844 €**

Vorwoche: 2.038.032.903.178

Verschuldung pro Kopf: **24.801 €**

Vorwoche: 24.800 €

(Dienstag, 11. Oktober 2016, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Ende der Globalisierung?

Die Folgen der Hanjin-Shipping-Insolvenz treffen nicht nur Korea

Für manche Wirtschaftsfachleute wurde am 31. August die „Rückabwicklung der Globalisierung“ eingeläutet. An diesem Tage meldete die südkoreanische Reederei Hanjin Shipping – immerhin die siebtgrößte der Welt – Insolvenz an. Grund hierfür waren die 4,8 Milliarden Euro Schulden des Unternehmens, die aus einem gescheiterten Umstrukturierungsprogramm, jahrelang niedrigen Frachtpreisen und ineffizienten Schiffen resultierten; die in China gebauten Schweröltoren der Flotte verbrauchten einfach zu viel Treibstoff. Außerdem rührte die Regierung in Seoul ganz bewusst keinen Finger zur Rettung von Hanjin, um eine Konsolidierung der unter Überkapazitäten leidenden Schifffahrtsbranche Südkoreas zu ermöglichen.

Infolge der plötzlichen Pleite hingen dann 89 der 141 Frachter der Reederei mit rund 500 000 Containern an Bord auf den Weltmeeren oder in diversen Häfen fest, weil die Liege- und Umschlaggebühren unbezahlt blieben oder die Schiffe gar nicht erst einlaufen durften. Dadurch verzögerte sich der Versand von Gütern im Werte von zwölf Milliarden Euro. Besonders betroffen hiervon waren der weltweit größte Smartphone-Hersteller Samsung, das vor allem Fernseher, Kühlschränke und Waschmaschinen produzierende Tochterunternehmen der LG Group LG Electronics sowie das Reifenunternehmen Hankook, das auch BMW beliefert und gerade sein Wintersortiment auf die Reise geschickt hatte.

So dümpelte beispielsweise die 366 Meter lange „Hanjin Harmony“ drei Wochen lang in der Biskaya und dann noch einmal vor Helgoland herum, bevor sie endlich Ende September in den Hamburger Hafen einlaufen und ihre 13 750 Container löschen konnte, auf die Handel und Wirtschaft hierzulande schon ungeduldig warteten. Alles wäre noch viel schlimmer gekommen, wenn das für das Insolvenzverfahren zuständige Seouler Bezirksgericht der Pleite-Reederei keine kurzfristig anberaumte Galgenfrist bis zum 25. November gewährt hätte. Damit reagierte es auf den Umstand, dass die Muttergesellschaft Hanjin Group endlich einen Hilfsfonds auflegte, in den bisher 83 Millionen Euro flossen. Hiervon stammen 32 Millionen aus dem immensen Privatvermögen von Cho Yangho, seines Zeichens Chef des Konzerns, zu dem unter anderem auch noch Korean Air gehört.

> Es droht eine weltweite Explosion der Frachtpreise

Ende November entscheidet sich, ob die Reederei weiterbestehen kann oder abgewickelt werden muss. Für letzteres spricht, dass das Gericht bereits verlauten ließ, die Aufstellung eines funktionierenden Sanierungsplans werde „realistischerweise unmöglich“, wenn der letzt-endlich verbleibende Fehlbetrag 800 Millionen Euro übersteige. In diesem Falle dürfte so manches Vorweihnachtsgeschäft bei uns wegen Lieferproblemen platzen – denn Hanjin wickelt derzeit noch um die sieben Prozent des Warenverkehrs zwischen Deutschland und Ostasien ab. Zudem könnten die Frachtpreise weltweit explodieren. Dabei ist der Anstieg jetzt schon dramatisch genug. Im September betrug er teilweise um die 50 Prozent. Und das wäre dann wirklich mehr als nur ein Sandkorn im Getriebe der Globalisierung. *Wolfgang Kaufmann*

Erbenzank bei Dr. Oetker

Familienfremder derzeit Favorit für Chefposten

Streit im Pudding-Reich“ oder „Stress beim Pizzabäcker“ lauten die Schlagzeilen, die nicht etwa in der bundesdeutschen Klatschpresse standen, sondern auf den Wirtschaftsseiten angesehener Publikationen. Das Familienunternehmen Dr. Oetker, unter anderem bekannt für die Herstellung von Süßspeisen und Tiefkühlprodukten, steckt in einer schweren Krise. Die insgesamt acht Kinder des 2007 verstorbenen Firmen-Patriarchs Rudolf-August Oetker balgen erbittert um die Macht im Unternehmen. In seinem Nachlass hatte „der Alte“ nämlich verfügt, dass die Anteile des Konzerns gleichmäßig auf seine Nachkommen verteilt werden müssen.

Dabei geht es dem Unternehmen richtig gut. Kein Markenanbieter in Deutschland ist so bekannt. Noch immer verkauft Oetker seine Backmischung, dazu hat man sich den Tiefkühltorten-Hersteller Coppenrath und Wiese einverleibt.

Rudolf-August führte das Unternehmen mit harter Hand und war auch privat äußerst aktiv. Acht Kinder aus drei Ehen wurden zwischen 1940 und 1979 geboren, es ist mittlerweile auch ein echter Generationenkonflikt.

Ende 2016 muss Richard Oetker die Konzernleitung laut Vorgaben des Vaters mit 65 Jahren aufgeben. Sonderlich traurig ist darüber niemand, vor allem der Chef nicht. Bereits 2010, als er das Ruder an der Spitze übernahm, war sich die Familie nicht einig. Aber Richard, der Öffentlichkeit bekannt als Entführungsopfer aus dem Jahr 1979, galt aufgrund seiner Lebensgeschichte und seines bedächtigen Auftretens als Kompromisskandidat. Seine Lebensaufgabe sah er aber eher als Repräsentant der Opfer-Hilfe-Organisation „Weißer Ring“. Nennenswerte Impulse für das Unternehmen gingen von ihm nicht aus. Vorschläge für die Neubesetzung des Vorstands muss ein von Oetker senior eingerichteter Beirat erbringen, dem außenstehende Personen wie etwa Lufthansa-Chef Carsten Spohr angehören. Doch dessen Empfehlungen sind für die Mitglieder des „Familien-Rates“ am Ende nicht bindend. Und so beobachten sich die verschiedenen „Stämme“ mit Argwohn und voller herzlicher Abneigung.

> Richard Oetker gibt noch dieses Jahr die Konzernleitung ab

Um Zeit zu gewinnen, entschloss man sich kürzlich zu einem Minimalkonsens. Richard Oetker wird zwar satzungsgemäß zum Jahresende den Vorstandsvorsitz abgegeben, soll aber zumindest vorläufig die wichtige Lebensmittelsparte weiterführen. Damit hätte er automatisch einen beratenden Sitz im Vorstand. Der Beirat soll nun bis 2017 neue Vorschläge liefern.

Mittlerweile sieht es so aus, als sei Finanzchef Albert Christmann der Favorit. Er gehört nicht zur Familie, erwarb sich aber einen Namen, als er als Vorstandsvorsitzender das Imperium der Radeberger-Brauerei in den Oetker-Konzern einbrachte. Allerdings hat Christmann auch eine Kartellstrafe gegen Radeberger zu verantworten, er soll an illegalen Preisabsprachen beteiligt werden sein.

„Bei guter Leistung kann es auch ein Oetker sein“, heißt es im Unternehmen zur Nachfolgedebatte. Doch die „Alten“ trauen den „Jungen“ wie Alfred und Carl Friedrich den Topjob nicht zu.

Die Belegschaft gibt sich unterdessen gelassen. Zu gut sind die Zahlen des Konzerns. „Kein Mitarbeiter hat jetzt wegen dieser Frage schlaflose Nächte“, sagt Gabriele Böhm von der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG). *Peter Entinger*

Protektionismus

Von Eberhard Hamer

Es war kein Zufall, dass die US-Justiz gerade dann zum Feldzug gegen das Volkswagenwerk aufrief, als VW seine Werbung mit dem spritsparenden Dieselmotor begann und die gesamte US-Spritschleuder-Automobilindustrie damit in Gefahr brachte.

Nun hat sich die US-Justiz die Deutsche Bank vorgenommen, die – ebenso wie alle US-Großbanken – ungeprüfte amerikanische Immobilienpfandbriefe vor allem in Europa weiterverkauft hat. Grundlage der Verfolgung ist das Urteil eines US-amerikanischen Gerichts, dass „alle Geschäfte, die in Dollar in der Welt abgewickelt werden, automatisch amerikanischem Recht unterliegen“, also die US-Justiz berechtigen, Konkurrenten von US-Unternehmen zu verfolgen. So wird die Justiz zum Protektionisten.

US-Banken wurden als Urtäter mit den gleichen Vorwürfen mit bis zu 2,5 Milliarden Dollar Strafe belegt. Von der Deutschen Bank verlangten die US-Behörden als Nachtäter zunächst sogar 14 Milliarden, dann immer noch 5,5 Milliarden Dollar. So bekommen wir schon jetzt vorgeführt, wie die amerikanische Justiz und Verwaltung gegen Konkurrenten vorgehen werden, wenn sie erst durch TTIP vertraglich ihre Herrschaft über Europa zementiert haben.

Kein Vertrag

Von Wolfgang Thüne

Am 5. Oktober verkündeten die Vereinten Nationen in New York voller Stolz, dass mit Deutschland der Pariser Klimavertrag die entscheidende Schwelle übersprungen habe und am 4. November wirksam werde. Er sei von 72 Ländern, die für 57 Prozent der Kohlenstoffdioxid-Emissionen verantwortlich sind, ratifiziert worden. Damit werde er völkerrechtlich gültig. Mögen sich jedoch alle UN-Mitgliedsstaaten einig sein, den weiteren Anstieg der Welt-Mitteltemperatur auf unter zwei Grad Celsius zu halten – ein Vertrag ist der Klimavertrag nicht. Er ist eine einseitige Absichtserklärung, ein Wunsch.

Zu einem gültigen Vertrag gehören mindestens zwei Parteien, die sich mit gemeinsamer Willenserklärung auf ein Ziel geeinigt haben. Zudem ist die Schriftform zwingend. Wer könnte der zweite Vertragspartner sein? Dies kann nur das Wetter sein, denn dieses bestimmt nach UN-Meinung das „Klima“. Dies bedeutet, dass erst die UN ihr Zwei-Grad-Ziel mit den „Wettergöttern“ diskutieren, sich auf das Ziel einigen und es dann gemeinsam zu Papier bringen müssten.

Als Mittelsmann zwischen den beiden Vertragsparteien könnte der „Engel Aloysius“ fungieren, der völlig untätig im Münchner Hofbräuhaus herumsitzt. Es wäre für ihn eine epochale Aufgabe. Der Mensch könnte die Herrschaft über das Wetter erringen. Engel Aloysius könnte von ganz „oben“ die frohe Botschaft an die Menschheit überbringen: „Macht euch das Wetter untertan!“ Der 4. November 2016 könnte dann den Beginn des „Anthropozän“ einleiten.

Skandalöses Schweigen

Von Hermann Paul Winter

Was haben sich die öffentlich-rechtlichen Medien in ihren Hauptsendezeiten empört, als kürzlich in Berlin ein Wahlkampfbus der CDU von linken Tätern in Brand gesetzt wurde. Ganz anders im Falle der AfD, die seit ihrer Gründung einer beispiellosen Welle von Gewalt ausgesetzt ist. Der Brandanschlag auf das Fahrzeug der AfD-Vorsitzenden Frauke Petry war ein weiterer Höhepunkt einer seit nunmehr drei Jahren andauernden Serie von Straftaten gegen die Partei.

Bereits im August 2013 – also gleich nach Gründung der AfD – wurde der damalige Vorsitzende Bernd Lucke auf einer Wahlkampfveranstaltung im Bremer Bürgerpark von einem Linksextremisten mit einem Messer angegriffen. Schwere Körperverletzungen, Bedrohungen, Sachbeschädigungen – die gravierenden Attacken gegen den freien politischen Wettbewerb spiegeln die Defizite in Sachen Demokratie in Deutschland wider.

> Der Erfolg der AfD hat eine beispiellose Gewaltwelle ausgelöst

Seit Mitte 2015 verbucht die AfD einen deutlichen Anstieg der Straftaten und die Zunahme an Brutalität. Die Partei nennt mehr als 800 angezeigte Angriffe. Im Wahljahr 2016 wurden fast täglich Übergriffe gemeldet. Ende April veröffentlichten Linksextremisten sogar im Internet Adresslisten der Teilnehmer von AfD-Parteitagen. Wenige Tage danach erhielten zahlreiche Adressaten Morddrohungen der Art „Braunes Nazischwein, deine Tage sind gezählt“. Das Landeskriminalamt Baden-Württemberg warnte daraufhin alle von der Veröffentlichung Betroffenen vor Straftaten gegen ihre Person.

Im Kontext der Taten tauchen auf linksextremen Internetseiten häufig Gewaltaufrufe und Hasstiraden der sogenannten Antifa auf. Dass diese Seiten bis heute nicht gesperrt sind, verdeutlicht die Selbstgerechtigkeit des in solchen Fällen ansonsten eifrigen Bundesministers der Justiz. Nicht nur Grüne Jugend, Linksjugend und Jusos sympathisieren offen mit den Extremisten. Dass gewaltbereite linksextreme Gruppen, die in die Angriffe auf die AfD involviert sind, Zugriff auf staatliche Fördermittel haben, pfeifen die Spatzen von den Dächern. Hierauf gibt es klare Hinweise.

Eine Schande, dass es zu diesen Exzessen bis heute keinerlei mahnende Worte des in anderen Fällen dauerbestürzten Bundespräsidenten und der regelmäßig tief betroffenen Kanzlerin gibt! Es wäre deren Pflicht, der Beschädigung der Verfassung – des Rechts auf freie politische Betätigung – entgegenzutreten und das Erfordernis politischer Vielfalt in einer Demokratie hervorzuheben. Das skandalöse Schweigen der Politik und ihrer medialen Gefolgschaft muss mit Blick auf die Dimension der Straftaten als heimliche Zustimmung gewertet werden.



Ein Beispiel von gegen AfD-Politiker gerichteten Attacken: Katrin Ebner-Steiner, Vorsitzende des AfD-Kreisverbandes Deggendorf und Mitglied im AfD-Landesvorstand Bayern, zeigt auf die mit Farbe und Teer beschmutzte Fassade ihres Hauses in Metten

Bild: pa

Frei gedacht



Erinnerungen an Deutschland

Von Eva Herman

Es ist schon merkwürdig: Gehen wir durch irgendein Land dieser Erde, so finden sich auf zahllosen öffentlichen Plätzen und in den bekannten Museen beeindruckende Denkmäler, Schriften und Bilder ehemaliger großer Persönlichkeiten. Die jeweiligen Bürger ehren ihren einstigen Landsmann um seine kulturellen, sozialen oder politischen Verdienste, sie sind stolz auf ihn und wollen es auch sein. In Büchern, in der Geschichte, in Kulturveranstaltungen werden diese Vorzeigepersonen immer wieder präsentiert, ihre Jahres- beziehungsweise Geburtstage werden nicht selten zu prunkvollen öffentlichen Feiern gestaltet. Ebenso trifft der, der häufig auf Reisen ist, nicht selten anerkannte Menschen, die sich mit der Geschichte, der Kultur und der Tradition ihrer Heimat identifizieren, die diese ehren und pflegen. So geht es nahezu überall auf der Welt zu.

In einem Land aber erscheint alles anders: in Deutschland. Obwohl es massenhaft verdienstvolle Persönlichkeiten der Vergangenheit aus Kunst, Musik, Literatur und Politik gibt, findet heute nur noch selten eine glanzvolle Ehrung derselben statt. Was um die Heimat geht in Wort und Bild, um die Heimat Deutschland, wird – im Gegenteil – nicht selten sogar herabgewürdigt als „Nazi-Gedankengut“, selbst wenn es lange vor dieser unrühmlichen Geschichtsepoche entstanden war. Wer einst Gutes, Aufbauendes, Schönes und Wertvolles erschaffen oder erfunden hat, über den geht es heutzutage nur noch vereinzelt. Doch etwas anderes geschieht, etwas Seltsames, Unerklärliches: Es sind die üblen Dinge, die bösen Sachen, genau jene Dinge, über die man eigentlich lieber den Mantel des Schweigens decken würde, die stets und ständig, ja, immer und immer wieder, zum Vorschein kommen sollen. In Hörfunk, Fernsehen, Büchern, bei Veranstaltungen, geht es meist nur noch um das dunkelste Kapitel des Landes, vor allem auch um die eigenartigen Zerrbilder der politischen Folgen daraus, wie wir gleich noch sehen werden. Wohlgemerkt, hier sollen keine Taten schöngeredet und keine Schuld abgewiesen werden. Und es ist nur richtig, dass man die Geschichte seines Landes im Auge behält, um stets und immer daraus zu lernen, im Guten wie im Schlechten. Doch sind es nur zähe Entwicklungen in allen anderen Ländern der Welt, wenn es um die Zugeständnisse historischer Missetaten geht, denken wir nur an Hunderte Millionen ermordeter indigener Urbewohner des einstigen Nord- und Südamerika, Australiens, Asiens und so weiter durch europäische „Herrenmenschen“; oder nehmen wir die Kriege des westlichen Kriegsbündnisses in Jugoslawien, dem Irak, Libyen, Afghanistan, Syrien, Somalia und so weiter, die ebenso Millionen Todesopfer forderten. Diese werden in unseren Mainstreammedien jedoch sogar noch als notwendig erklärt, ungeachtet der Not und des täglichen Elends, das in unsere Wohnstuben flimmert, ungeachtet auch immer neuer Toter, die es täglich zu beklagen gibt.

Nein, mit diesem Deutschland steht es schlecht, es läuft etwas gewaltig schief. Keine Ehrungen mehr für deutsche Verdienste nahezu jeder Art, auch im handwerklichen Bereich sowie in der deutschen Ingenieurskunst werden gerne nur noch Fehlleistungen berichtet. Stattdessen findet sich immer öfter, ganz sichtbar und öffentlich, eine Art Eigenhass, der nur noch betroffen machen kann. Eine offensichtliche Charakterwäsche hat uns Deutsche in den letzten Jahrzehnten geprägt, die inzwischen einer Todessehnsucht gleichkommt. Selbst in hohen politischen Einrichtungen findet der Zersetzungsprozess statt. So war es die derzeit amtierende deutsche Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth selbst, die vor der Parteizentrale der Grünen in Berlin, dort also, wo üblicherweise die Deutschlandflagge wehen sollte, eine Regenbogenfahne aufhängen ließ mit dem markanten Spruch: „Deutschland, Halts Maul“! Ebenso marschierte dieselbe Politikerin bei öffentlichen Antifa-Veranstaltungen hinter riesigen Bannern mit der Inschrift „Deutschland, verrecke!“ und „Deutschland, Du mieses Stück Scheiße“ her. Kaum jemand in den Massenmedien nahm Anstoß daran.

Ist die Ausländerfeindlichkeit, also die Feindlichkeit vieler Ausländer gegen Deutsche, da nicht nur noch eine logische Entwicklung? Wie soll ein Volk geliebt werden, das sich selbst immer mehr zu hassen scheint? Die größte Feindseligkeit geht in diesem Land ganz offenbar vom eigenen Volk sowie der dazu angepassten Bevölkerung (das kann man sehr wohl unterscheiden) aus. Wie lässt sich diese Verwirrung aber erklären?

Ein Versuch: Jeder Mensch auf dieser Welt hat zwei Elternteile, Vater und Mutter. So ist nun einmal die Schöpfung angelegt, auch wenn man diesen Vorgang durch eine reine Zeugungsdiskussion zu verwischen versucht. Man verfügt somit auch über vier Großeltern und acht Urgroßeltern und so weiter. Da man im Durchschnitt sogar von mehr als einem Kind pro Elternpaar ausgehen kann, kommt hier eine große Gruppe von Vorfahren zusammen, mit denen man verwandt ist. Die Wahrscheinlichkeit liegt bei 100 Prozent, dass sich unter diesen Vorfahren auch einstmals Schwerkriminelle befunden haben, man muss meist nicht einmal weit zurückforschen. Es stellt sich nun die Frage, ob ich genau diesem Verbrecher unter meinen Vorfahren nun einen ganz besonderen Platz in meiner persönlichen Historie einräumen will. Ich könnte zum Beispiel Fotos von diesen Kriminellen in meiner Wohnung aufhängen oder mir kleine Skulpturen anfertigen, die ich dann überall gut sichtbar als Denkmal für meine Familie aufstelle. Tut man das in der Praxis wirklich? Natürlich nicht, besonders dann nicht, wenn man in derselben Familie gleichzeitig über wunderbare Ausnahmepersönlichkeiten verfügt wie Dichter, Denker, Künstler, Handwerker oder auch Widerstandskämpfer, die sich gegen totalitaristische Systeme erhoben und vielleicht sogar ihr Leben dabei verloren haben.

In jedem Land dieser Welt suchen die Menschen akribisch nach solchen Vorfahren, den Freiheitskämpfern ihrer Heimat, die sich für die Gerechtigkeit stark machten, und sie präsentieren sie voller Stolz. Und selbstverständlich sucht man die dunklen Gestalten der Vorzeit zu vergessen.

Wie gern lese ich die großen Meister, die Deutschland in seiner langen bewegten Geschichte hervorbrachte. Hochentwickelt ist sie, die deutsche Sprache, gerade wegen der Schopenhauers, der Eichendorffs, Morgensterns und Heines. Doch wie oft wird überhaupt noch über diese großen Genies, zu denen auch Goethe und Schiller gehören, berichtet? So gut wie nichts erfährt man noch über die deutschen Dichter und Denker, weder in Schule und Politik noch in den öffentlichen Medien. Stattdessen zeigt man uns permanent Reportagen über die dunkle NS-Zeit. Die Deutschen werden durch diese Propaganda permanent als kriegswütiges Volk dargestellt, obwohl die Statistik zeigt, dass gegenüber anderen europäischen Staaten Deutschland bei der Anzahl der Angriffskriege eher keinen Spitzenplatz belegt. Da lohnt sich der Vergleich durch ein Studium der Geschichtsdaten durchaus. Ich weiß nicht, wie es mit der Geschichte der Deutschen weitergehen wird. Doch angesichts der täglich wachsenden Überfremdung, gegen die ebenso kein Wort geäußert werden darf, wird es mir leider immer mulmiger.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Zwei Jäger des weißen Goldes

Mal Kunst, mal Kommerz – Ausstellung würdigt die Porzellanfabrikanten Philip Rosenthal senior und junior

Mit „Rosenthal – Ein Mythos. Zwei Männer schreiben Geschichte" erzählt das „Porzellanikon" genannte Staatliche Museum für Porzellan an den Standorten Selb und Hohenberg eine Erfolgsstory von Vater und Sohn.

Anlass der Ausstellung sind zwei Jubiläen: Philipp Rosenthal senior (1855–1937) gründete vor 125 Jahren seine Porzellanfabrik in Selb. Und vor 100 Jahren, am 23. Oktober 1916, wurde sein Sohn Philip Rosenthal junior geboren. Der 2001 gestorbene Fabrikant und SPD-Politiker wusste: „Erfolg kommt von: etwas Sein, etwas Schein und sehr viel Schwein."

Zum Auftakt werden Vater und Sohn anhand von Objekten und Dokumenten vorgestellt. Der in Werl geborene Rosenthal senior wanderte mit 17 Jahren in die USA aus. Er arbeitete dort bei einer Porzellanimportfirma, die ihn 1880 zum Einkaufen bemalten Porzellans nach Deutschland schickte. Zurück in der Heimat, hatte er die Idee, selbst eine Porzellanmalerei einzurichten. Seine eigene Porzellanfabrik gründete er 1891. Das später zur Aktiengesellschaft umgewandelte Unternehmen entwickelte sich glänzend. Allerdings verdüsterten der Aufstieg der Nationalsozialisten kombiniert mit Familienzwistigkeiten die letzten Lebensjahre des Seniors.

Aufgrund seiner jüdischen Abstammung sah sich der Katholik gezwungen, den Vorsitz im Firmenvorstand niederzulegen. Um trotzdem die Fäden in der Hand zu behalten, versuchte er, den von seiner zweiten Frau mit in die Ehe gebrachten Stiefsohn Udo als seinen Statthalter im Vorstand zu installieren. Das missfiel sowohl den beiden Töchtern aus erster Ehe und deren Söhnen als auch den anderen Vorstandsmitgliedern. Zusammen betrieben sie 1936 die Entmündigung des Seniors. Aber auch die Familie Rosenthal hatte das Nachsehen: Aufgrund der „Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens" musste sie ihr Aktienpaket unter Wert verkaufen.

Mit seiner zweiten Ehefrau Maria hatte Rosenthal senior den 1916 geborenen Sohn Philip. Der lebte seit 1934 in England. Er studierte in Oxford Philosophie, Politik und Volkswirtschaft. Nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs meldete er sich zur französischen Fremdenlegion, überlegte es sich jedoch bald anders und traf nach mehreren erfolglosen Fluchtversuchen erst 1942 wieder in England ein. Dort arbeitete er für die Auslandspropaganda als Texter und Sprecher. Auf Bitten seiner Mutter kam er 1947 zurück nach Deutschland, um die Wiedererlangung des väterlichen Vermögens zu betreiben. Er und seine Mutter bekamen eine Millionen Mark sowie elf Prozent der Rosenthal-Aktien zugesprochen. Zudem erhielt der Junior einen Sitz im Unternehmensvorstand.

Zunächst amtierte er als Werbeleiter, seit 1952 war er Verantwortlicher für die Produktgestaltung, zwei Jahre später auch für den Vertrieb. Rosenthal junior war eine schillernde Persönlichkeit. Der Kunstliebhaber hatte mit zwei seiner vier Ehefrauen insgesamt fünf Kinder. Er war SPD-Abgeordneter im Bundestag. Und als Schwimmer, Kanufahrer, Wanderer und Bergsteiger machte er durch Extremtouren Schlagzeilen.

Eine mit Porzellan, Fotos und Dokumenten ausgestattete Zeitleiste sowie auf zwei langen Tischen präsentierte Serviceteile stellen uns die Firma Rosenthal vor. Erster Verkaufsschlager waren Aschenbecher mit der Aufschrift „Ruheplätzchen für brennende Zigarren".



Lebensechte Kunst: Porzellanfigur „Javanischer Tanz"

Bilder (2) Porzellanikon, Rosenthal-Archiv Selb

Seit inzwischen 100 Jahren wird das polygonale Service „Maria" mit Kantenrelief in Form einer Früchtegirlande produziert, das Rosenthal senior nach seiner zweiten Frau benannte. Des Juniors Erfolgsservice war die seit 1954 hergestellte Form „2000", die mit annähernd 200 verschiedenen Dekoren versehen wurde. Er erweiterte die Produktpalette um Glas und Besteck zum „Dreiklang auf dem Tisch". Auch Möbel nahm er ins Programm auf. Seit 2009 ist die Rosenthal GmbH ein eigenständiges Unternehmen im italienischen Haushaltswarenkonzern Sambonet Paderno.

Philip Rosenthal senior

Vater und Sohn lag das Kunstporzellan besonders am Herzen. Der vom Senior 1910 gegründeten Kunstabteilung ist der Ausstellungsteil in Hohenberg gewidmet. Zu sehen sind dekorierte Gefäße und Skulpturen, die bis Ende der 1930er Jahre geschaffen wurden. Unter der Leitung des dänischen Künstlers Julius-Vilhelm Guldbrandsen entstanden Faune, Nymphen und andere mythologische Figuren. Constantin Holzer-Defanti und Lore Friedrich-Gronau taten sich mit dem Entwurf von Bühnen- und Tanzfiguren hervor. Tierdarstellungen steuerten Theodor Kärner und Fritz Heidenreich bei. Mit Erlaubnis von Walt Disney wurde auch Micky Maus ins Sortiment aufgenommen, wie die um 1932 ausgeformte kleine Figur dokumentiert.

Für Rosenthal junior arbeiteten weltberühmte Künstler wie Salvador Dalì, Ernst Fuchs, Friedensreich Hundertwasser und Henry Moore, deren Schöpfungen in Selb ausgestellt sind. Mit ihren Reliefs und Skulpturen aus Porzellan, mit Dekoren und ganzen Servicen hoben sie das Sortiment der Firma auf ein einmalig hohes Qualitätsniveau. Den Kontakt zu den Künstlern stellten Rosenthals Beauftragte für Kunst und Kultur her. Dieses Amt hatte zunächst Arnold Bode inne, Erfinder der Kasseler documenta. Er wurde von Eugen Gomringer abgelöst, einem Vertreter der Konkreten Poesie.

Sein Motto „Leben mit Kunst" hat Rosenthal junior auch auf architektonischer Ebene verwirklicht. Die 1967 in Betrieb genommene Geschirrfabrik am Rothbühl konstruierte der erste Direktor des Bauhauses, Walter Gropius. Die Fassade der Hauptverwaltung ist seit 1973 nach einem Entwurf Otto Pienes mit einem Regenbogen bemalt. Friedensreich Hundertwasser gestaltete 1982 Fassade, Dach und Parkplatz der Porzellanfabrik Selb neu. Im Restaurant und Hotel Rosenthal Casino haben 21 Designer und Künstler wie Otmar Alt, Paul Wunderlich oder Eduardo Paolozzi die Gestaltung der öffentlichen Bereiche und Gästezimmer übernommen. *Veit-Mario Thiede*

Bis 13. November im Porzellanikon in Hohenberg an der Eger, Schirndinger Straße 48, und in Selb, Werner-Schürer-Platz 1. Geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 17 Uhr. Telefon in Hohenberg (9233) 772211, in Selb (9287) 918000, Internet: www.porzellanikon.org. Kombiticket Hohenberg und Selb: 6,50 Euro.

MELDUNGEN

Gospel-Musical auf Berlinerisch

Berlin – Am 16. Oktober hat im Stage Theater des Westens das Nonnen-Musical „Sister Act" Premiere, das durch die Verfilmung mit Hollywoodstar Whoopi Goldberg berühmt wurde. In die Rolle der Mutter Oberin schlüpft diesmal Schauspielerin Daniela Ziegler. Infos und Karten auf www.musicals.de oder telefonisch unter 01805-4444. *tws*

Die Porträts eines Schlesiers

Darmstadt – In der Ausstellung „Begegnungen", die im Darmstädter Museum Künstlerkolonie bis zum 5. Februar 2017 läuft, sind Meisterwerke der Porträtkunst des vor 50 Jahren gestorbenen schlesischen Malers Ludwig Meidner zu sehen. Die Werke aus seiner expressionistischen Hochphase zeigen bisher unbekannte Bildnisse von Leo Baeck, Karl Liebknecht und Joachim Ringelnatz. www.mathildenhoehe.eu *tws*

Freier Jazz in der Mozartstadt

Salzburg – Ein musikalisches Kontrastprogramm zu Mozart liefert vom 19. bis 23. Oktober „Jazz & The City Salzburg", zu dem viele bekannte Jazzgrößen und -Ensembles eingeladen sind. Neben den berühmtesten Bauten wie dem Mozarteum, dem Carabinieri Saal, den Kavernen oder dem Stieglkeller sind auch Salzburgs barocke Kirchen in das Festival miteinbezogen. Der Eintritt zu allen Veranstaltungen ist frei. Beim letzten Mal nutzten 25 000 Jazzfreude das gesponserte Angebot. Programm im Internet: www.salzburgjazz.com *tws*

Wir, die Geschworenen

Publikum stimmt in der ARD beim Gerichtsdrama »Terror« ab

Der Mann auf der Anklagebank schildert seinen Konflikt unaufgeregt, scheinbar kühl bis ans Herz hinan. Dabei geht es um Menschenleben, 164 genau. Und es geht um eine Entscheidung über Leben und Tod: Soll er, der Kampfpilot, eine von Entführern gekaperte Passagiermaschine abschießen, um zu verhindern, dass diese in ein vollbesetztes Stadion stürzt und Hunderte in den Tod reißt? Der Angeklagte hat geschossen – gegen den Befehl seiner Vorgesetzten, nur seinem Gewissen verpflichtet. Nun muss er sich vor der großen Strafkammer des Schwurgerichtes Berlin verantworten.

In Zeiten von Terrorismus und allgegenwärtiger Bedrohung machte das Theaterstück „Terror" von Ferdinand von Schirach Furore. Es wurde weltweit aufgeführt, allein in Deutschland an 39 Theatern. Nun folgt die Fernsehversion („Terror – Ihr Urteil", Das Erste, Montag, 17. Oktober, 20.15 Uhr), die zeitgleich auch in Österreich und der Schweiz gezeigt wird.

Das Besondere an diesem Fernseh-Experiment: Über Verurteilung oder Freispruch entscheiden die Zuschauer online (www.daserste.de/hartaberfair) oder telefonisch (Schuldig: 0137/102200-1. Unschuldig: 0137/102200-2). Für jedes Ergebnis wurde eine andere Schlussversion gedreht. Nach der Ausstrahlung wird bei Frank Plasberg in „Hart aber fair" diskutiert.

Schirach macht es den Schöffen vor den Bildschirmen nicht leicht: Ist dieser junge Mann, der von seinen Vorgesetzen offensichtlich im Stich gelassen wird, nur seinem Gewissen verpflichtet? Oder einem Befehl? Oder dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes?



Held oder Mörder: Eurofighter-Pilot Lars Koch (Florian David Fritz) verteidigt sich vor Gericht

Bild: ARD Degeto/Moovie GmbH/Julia Terjung

Die Staatsanwältin (Martina Gedeck) wirft dem Angeklagten (Florian David Fitz) vor, die Menschen in der Maschine zu Objekten gemacht zu haben. Menschenleben dürften nie gegeneinander aufgerechnet werden. „Wenn sie ihn freisprechen, erklären sie unsere Verfassung für wertlos." Dagegen der Verteidiger (Lars Eidinger): „Kein Prinzip der Welt ist wichtiger als eine Gewissensentscheidung." Das Bundesverfassungsgericht habe vor der terroristischen Bedrohung kapituliert. „Es schützt unsere Feinde. Wir sind im Krieg. Und Kriege gibt es nicht ohne Opfer." Sein Schlussplädoyer: „Der Angeklagte handelte aus einem übergesetzlichen Notstand heraus. Er schoss nicht aus persönlichen Gründen, er wählte das kleinere Übel."

Theater fürs Fernsehen zu inszenieren, ist immer ein Risiko. Produzent Oliver Berben suchte bei der Besetzung deshalb nach „Theatertieren", die den juristischen Schlagabtausch mit Leben füllen. Besonders gut gelingt dies Jördis Triebel als Witwe eines getöteten Passagiers und Martina Gedeck als Staatsanwältin.

Bei den Theater-Aufführungen stimmten die Zuschauer in der Mehrzahl für Freispruch. So oder so: Der Konflikt, der an eine griechische Tragödie erinnert und die aktuelle Bedrohung beleuchtet, ist hochaktuell. *Anne Martin*

Gutes Pflaster für Satiriker

Politik liefert die Zutaten – Das Leipziger Kabarettfest »Lachmesse«

Leipzig gilt als Deutschlands Kabarett-Hauptstadt. Dabei setzt Leipzigs Kleinkunst-Szene auf Vielfalt, schließlich gibt es hier die höchste Kabarettdichte in Deutschland. Mit Bühnen auf einer ehemaligen Tankstelle genauso wie mitten im Zoo, mit Programmen, auf denen neben Humor und Satire das ganze Jahr über auch Luftakrobatik, Magie, Musik und Comedy stehen.

Hochkarätiges Konzentrat ist die „Lachmesse" im Herbst, bei der das politische Kabarett im Mittelpunkt steht. Auch in diesem Jahr versprechen über 150 Künstler aus neun Nationen an 14 Spielorten bei insgesamt 89 Vorstellungen vom 16. bis 23. Oktober jede Menge humorvoll-kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen und politischen Themen. Aus dem Fernsehen bekannte Namen wie Matthias Deutschmann („Mitternachtsspitzen") oder Christian Ehring („heute-show) sprechen für sich. Politikverdrossenheit? Für Satiriker kein Thema. Allein Leipzig erwartet an den acht Festival-Tagen 20 000 Besucher.

Mit dabei ist auch die Magdeburger „Zwickmühle", die zur Bankenkrise satirisch reimt: „Die kaufen wir uns: Die Wirtschaft jongliert, die Bank wird saniert. / Der Reiche kassiert, der Arme erfriert. / Die Regierung taktiert, der Wandel stagniert. / Das Geld wird hofiert, das Denken kastriert. / Ein Feindbild kreiert, bis der Hass dann marschiert ..."

Das Magdeburger Kabarett feiert dieses Jahr 20. Geburtstag und ist damit noch recht jung. Die Leipziger „academixer" wurden dieses Jahr 50. Die „Leipziger Pfeffermühle" ist sogar schon 62, die „Leipziger Funzel" mit ihren Vorgängern 41. Leipzigs Kabarett-Szene blühte schon zu DDR-Zeiten mit zwei Berufs- und – so heißt es – 65 Amateurkabaretts. Eine ständige Gratwanderung, bei der sich die politische Satire hinter doppelbödigen Pointen oder zwischen den Zeilen verstecken musste und bei welcher der eine oder andere abstürzte.



Der Kabarettpreis „Leipziger Löwenzahn" geht dieses Jahr an Matthias Tretter Bild: Lachmesse

So erhielt etwa das „Leipziger Brettl" 1983 Spielverbot. Seit 1995 ist es wieder mit festem Spielbetrieb in Leipzig verankert und seit 2007 sogar in Leipzigs Westen dort, wo das Kabarett einst 1979 gegründet wurde.

Am traditionsreichsten ist Leipzigs „Krystallpalast". Bereits 1882 eröffnet, war er zu Beginn des letzten Jahrhunderts und in den Goldenen 20ern eines der renommiertesten und innovativsten Varietés in Europa, wo Otto Reutter seine erste Gage verdiente und Weltstars wie der Jongleur Enrico Rastelli und Josephine Baker auftraten.

1943 zerstört, wurde der „Krystallpalast" 1997 neu eröffnet, wenn auch nicht mit mehreren Räumlichkeiten für bis zu 15 000 Gäste wie zu seiner Glanzzeit. Der heutige „Krystallpalast" in der Magazingasse fasst maximal 200 Zuschauer. Dicht platziert vor kleiner Bühne, kann man den einstigen Ruhm nur noch erahnen. *Helga Schnehagen*

Programm und Karten unter: www.lachmesse.de

Spätmittelalterlicher Comic

Der Wandteppich von Bayeux erzählt die Eroberung Englands durch Wilhelm den Eroberer

Vor 950 Jahren schlug Wilhelm der Eroberer Harald II. in der Schlacht bei Hastings. Der noch im selben Jahrhundert gefertigte Wandteppich von Bayeux erzählt auf fast 70 Metern Länge die Geschichte dieses ersten militärischen Erfolgs der französischen Normannen bei der Eroberung Englands und vieles mehr.

Andächtig verharren die Besucher des Centre Guillaume le Conquérant (Zentrum Wilhelm des Eroberers) in Bayeux in der Normandie vor dem berühmten Bildteppich von Bayeux. Sie unterhalten sich im Flüsterton und schenken dem nunmehr 950 Jahre alten Kunstwerk bewundernde Blicke. Man kann eine Stecknadel zu Boden fallen hören. Als eine Gruppe zehnjähriger Schüler des nahe gelegenen Lyzeums den Saal betritt, verändert sich die Szene schlagartig. Eine frische Brise durchweht den musealen Ort. „Regarde, Denis, une bande dessinée (Schau, Denis, ein Comic)“, ruft einer aus der Runde seinen Kameraden zu und weist begeistert auf die teilweise drastischen Darstellungen der Schlacht von Hastings, die im Jahre 1066 zwischen dem Normannenherzog Wilhelm (französisch Guillaume) und seinem Vetter, dem englischen König Harald, ausgetragen wurde. Der Lehrer der Jungen zeigt sich leicht irritiert. Eine „bande dessinée“ – ein Comic – welch respektlose Bezeichnung für dieses monumentale, ehemals 70 Meter lange Bildwerk, das in fast zehn Jahre langer mühevoller Arbeit von Ordensfrauen auf Leinen gestickt wurde. Doch die Schüler sind Feuer und Flamme. Manche versuchen sich sogar in der Übersetzung der lateinischen Texte unter den Darstellungen. Darüber freut sich der Lehrer. Er nimmt sich vor, die Geschichte des Teppichs, der 2007 von der Unesco zum Weltkulturerbe ernannt wurde, in der nächsten Geschichtsstunde gründlich durchzunehmen.

Der Konflikt zwischen dem Herzog der Normandie und seinem angelsächsischen Vetter Harald Godwinson entbrannte, als Letzterer nach dem Tod Edward des Bekenners laut Wilhelm „unrechtmäßig“ den englischen Thron bestieg. Wilhelm beschloss, die Krone Englands durch Waffengewalt an sich zu reißen. Unterstützt wurde er in seinem Vorhaben von Fürsten und Rittern des gesamten Festlandes. Und auch Papst Alexander II. segnete den Feldzug ab, der am 14. Oktober im Jahre des Heils 1066 mit der Vernichtung des angelsächsischen Heeres und dem Tod Haralds bei Hastings in der englischen Grafschaft East Sussex endete. Wenige Monate später, am Weihnachtstag desselben Jahres, wurde Wilhelm nach altenglischem Ritus in der Westminsterabtei zu London zum König der Engländer gekrönt. Was diesseits des Ärmelkanals als Triumph gefeiert wurde, ging als „Doomsday“ – das Jüngste Gericht – in die englischen Geschichtsbücher ein.

Der Teppich von Bayeux wurde nur wenige Jahre nach der folgenschweren Schlacht von Hastings von Bischof Odo von Bayeux, einem Halbbruder Wilhelms, in Auftrag gegeben. Odo war historischen Quellen zufolge maßgeblich an der Planung und am Erfolg der Eroberung Englands beteiligt gewesen.

Was die Ausführung des Teppichs anbelangt, wirft sich die Frage auf, wer hier im wahrsten Sinne „die Fäden in der Hand hielt.“ Während auf französischer Seite behauptet wird, die Arbeit sei von den Nonnen des Klosters von Bayeux ausgeführt worden, bestehen andere Zeitgenossen darauf, die wahrheitsgetreue Nachbildung der Schlacht sei im Kloster St. Augustine in Canterbury geschaffen worden. Wahrscheinlich handelte es sich um eine „Koproduktion“ normannischer, sprich französischer, Auftraggeber und angelsächsischer Produzenten. Auch seinerzeit spielte sicherlich die Aufteilung der Kosten für dieses ambitionierte Vorhaben eine nicht unwesentliche Rolle.

> Ein zentrales Motiv ist die Schlacht bei Hastings am 14. Oktober 1066

Inzwischen sind die lebhaften Jugendlichen aus dem Museum verschwunden, und der Besucher kann sich dem Ablauf der Schlacht in vollen Zügen hingeben. In dem in mystisches Halbdunkel getauchten Saal entfaltet sich die volle Schönheit dieses 68,38 Meter langen und fünf Meter hohen mit leuchtenden Naturfarben bestickten Teppichs. Ungewohnte spätmittelalterliche Klänge, dominiert von Flöte, Schalmei und Maultrommel, begleiten den Betrachter von einer Etappe der Schlacht zur nächsten.

Während die ersten Bilder die Vorgeschichte des Konfliktes darstellen, die Krönung Haralds durch die Hand Erzbischof Stigands, geht es in den nachfolgenden Sequenzen bereits um die Vorbereitung der Kriegshandlungen. „Ubi Harold dux Anglorum et sui milites equitant ad Bosham (Wo Harold, der Herzog der Angeln, und seine Soldaten nach Bosham reiten)“ wird gefolgt von Haralds Überfahrt unter geblähten Segeln auf das Festland. Auf der Gegenseite tritt Wilhelm auf den Plan, der gerade vom Tod Edwards und der Inthronisation Haralds erfahren hat. Insgesamt zwölf Schiffe hat Wilhelm für seinen Feldzug ausrüsten lassen. In die Kriegshandlungen steigt der Betrachter ein, als Engländer und Normannen/Franzosen übereinander herfallen. Wilhelms Mannen werden von Odo, seinen Bischofsstab wie eine Waffe in der Hand haltend, angefeuert, mutig in die Schlacht zu ziehen. Blutige Verluste auf beiden Seiten werden in epischer Breite dargestellt. Als auf einer der letzten Darstellungen König Harald getötet wird und das angelsächsische Heer seinen Anführer verliert, wenden die Engländer sich zur Flucht. „Hic Harold rex interdectus est (Hier ist König Harold getötet worden)“ und „Et fuga verterunt Angli (und die Engländer haben sich zur Flucht gewandt)“, steht lakonisch unter den Darstellungen.

Und hier endet der berühmte Teppich von Bayeux, der aus bislang ungeklärten Gründen um 1,62 Meter gekürzt wurde. Etwas ganz Wesentliches fehlt auf diesem Artefakt: die Krönung Wilhelms des Eroberers und die Übergabe der Insignien seiner Macht in Westminster. Wie konnte das geschehen? Experten schreiben diesen barbarischen Akt der „Beschneidung“ eines herausragenden Kulturgutes den fanatisierten Akteuren der Französischen Revolution zu. Mit Sicherheit, so folgern sie, sei die prunkvolle Krönung Wilhelms auf dem entfernten Teil dargestellt gewesen. Und die passte ganz und gar nicht in eine Epoche, in der man mit Hilfe der Guillotine aus „einem Aristokraten zwei“ zu machen pflegte. Trotz akribischer Suchaktionen ist es bis dato nicht gelungen, das restliche Textilstück ausfindig zu machen. „Das ist sehr, sehr schade“, wie eine Mitarbeiterin des „Centre Guillaume le Conquérant“ resigniert feststellt. *Uta Buhr*


Bild: Bayeux Museum

Seit 1982 in dem eigens dafür errichteten Centre Guillaume le Conquérant ausgestellt: Der Teppich von Bayeux

Botschafter ohne Auftrag

Der Aristokrat, Jurist, Politiker und Publizist Hubertus Prinz zu Löwenstein war ein scharfer Kritiker des »Joho«-Regimes an der Saar

Der am 14. Oktober 1906 im Schloss Schönwörth bei Kufstein in Tirol zur Welt gekommene und am 28. November 1984 in Bonn gestorbene hoch gebildete Aristokrat, Jurist, Politiker und Publizist Hubertus Prinz zu Löwenstein hat seiner 1972 erschienenen Autobiographie den Titel „Botschafter ohne Auftrag“ gegeben. Das passt sehr gut als Überschrift zu seinem Lebensbericht. Denn zum einen war Löwenstein schon zu Zeiten der NS-Diktatur immer wieder als ein Botschafter eines anderen, demokratisch gesonnenen Deutschland in der Welt unterwegs. Dasselbe gilt für die Zeit nach 1945, wo er sogar in den USA auch über die umstrittene Saarfrage aufklärte und für ein in Freiheit wiedervereinigtes Deutschland eintrat. Zum anderen passt auch das „ohne Auftrag“: Von Jugend an bewies Löwenstein ein außerordentlich unabhängiges und selbständiges, richtiges politisches Urteil und Wirken. Früh erkannte er das durch den Nationalsozialismus heraufziehende Unheil und sagte schon vor 1933 voraus, dass Adolf Hitler Krieg bedeuten werde.

Löwensteins Vater war Maximilian Graf von Löwenstein-Scharffeneck (1871–1952), ein bayerischer Rittmeister außer Diensten, seine Mutter die Tochter des britischen Unterstaatssekretärs Baron Pirbright. Löwenstein studierte ab 1924 Jura in München, Hamburg, Genf und Berlin. In der deutschen Hauptstadt absolvierte er 1928 das Referendarexamen. 1929 heiratete er Helga Schuylenburg (1910–2004). Eine Italienreise regte ihn dazu an, sich in seiner Dissertation kritisch mit dem dortigen Faschismus zu befassen. 1931 promovierte er bei dem Hamburger Völkerrechtler Albrecht Mendelssohn-Bartholdy mit seiner Arbeit „Umrisse und Idee des faschistischen Staates und ihre Verwirklichung“. Löwenstein war ein entschiedener Verteidiger der Weimarer Republik. Wie er berichtet, hatte er Reichsaußenminister Gustav Stresemann, über den er 1952 eine Biographie schrieb, noch persönlich bei dessen letzten Auftritt am 9. September 1929 in Genf erlebt. Den frühen Tod Stresemanns im selben Jahr nennt Löwenstein „eines der verhängnisvollsten Ereignisse unserer Zeit“. Bereits 1930 hatte Löwenstein in einem Leitartikel der „Vossischen Zeitung“ vor den Nationalsozialisten gewarnt. Bald schrieb er auch im „Berliner Tageblatt“. Löwenstein trat dem katholischen Zentrum und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold bei.

> Sowohl ein deutscher Patriot als auch ein glühender Europäer und Weltbürger

Dort lernte er auch Volkmar von Zühlsdorff (1912–2006) kennen, mit dem er später die „Deutsche Akademie der Künste und Wissenschaften im Exil“ und den Freien Deutschen Autorenverband (FDA) gründete. Als 2001 die Gedenktafel für Löwenstein in der Berliner Neuen Kantstraße 10 enthüllt wurde – dort hatte er von 1931 bis zu seiner Emigration am 30. April 1933 gewohnt – hielt von Zühlsdorff die Ansprache. „Hubertus Prinz zu Löwenstein kam aus dem hohen Adel, aber im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, der Kampftruppe gegen Hitler, war er mit jedem einfachen Arbeiter kameradschaftlich auf Du und Du“, sagte Zühlsdorff. Löwenstein habe sein deutsches Vaterland geliebt, sei aber auch „glühender Europäer und Weltbürger“ gewesen. Goebbels habe ihn mit „infamen, geifernden Beschimpfungen“ überhäuft. Im April 1933 wurden die Löwensteins von einem Polizeihauptmann Ranfft vor ihrer bevorstehenden Verhaftung gewarnt. „Am 30. April 1933“, erklärte Zühlsdorff, „gelang es Prinz Löwenstein und der Prinzessin, die österreichische Grenze zu überschreiten. Die Gestapo versuchte sofort, sie aus Tirol nach Deutschland zuruck zu verschleppen. Sie mussten sich mit der Waffe in der Hand wehren.“

Der Rechtsanwalt und Journalist Rudolf Olden schlug Löwenstein im Londoner Exil vor, man solle gemeinsam ins Saargebiet gehen, „wo die letzte Schlacht um die Demokratie auf deutschem Boden begonnen“ habe. 1935 stand dort die Volksabstimmung bevor. Das Saargebiet stand noch unter Völkerbundregime. Löwenstein schreibt: „In einem ‚Saaraufruf‘ rief die gesamte deutsche Emigration zur Stimmabgabe für den Status quo auf. Aber Aussicht bestand nur, wenn der Status quo eindeutig auf die Zeit beschränkt wurde, während der die Nazis an der Macht sind.“ Beim Volksentscheid stimmten jedoch 90,8 Prozent der Saarbevölkerung für die Rückkehr zum Deutschen Reich, nur 8,8 Prozent für den Status quo sowie 0,4 Prozent für einen Anschluss an Frankreich. Löwenstein, den die Nationalsozialisten ausgebürgert hatten, konnte mit tschechoslowakischem Pass ins US-amerikanische Exil gehen. In den USA lehrte er als Gastprofessor, war unermüdlich publizistisch tätig, reiste auch noch nach Italien oder berichtete aus Spanien.

1946 kehrte Löwenstein nach Deutschland zurück. 1947 erhielt er einen Lehrauftrag an der Universität Heidelberg. 1950/51 beteiligte er sich maßgeblich an den Aktionen zur Freigabe Helgolands durch die Briten. Ebenso setzte er sich nachdrücklich für die Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik ein, in scharfer Opposition zum Regime des Johannes Hoffmann an der Saar. Von 1951 bis 1953 war Löwenstein Leiter der süddeutschen Redaktion der Wochenzeitung „Die Zeit“. In der Ausgabe vom 31. Mai 1951 schrieb er im Beitrag „Das Saargebiet wird zum Prüfstein Europas“ über Hoffmann: „Damals, 1934/35, sprach er aus, was wir alle meinten: ‚Für Deutschland, gegen Hitler!‘ Heute hat Hoffmann unsere und seine eigene Sache verraten, weil er sich kaufen ließ.“ Den gefürchteten Saar-Innenminister Edgar Hector nannte er den „bösen Geist des Saarlandes ... trotz seiner großen zur Schau getragenen Frömmigkeit“. Hector ließ darob Löwenstein verhaften, als dieser am 15. Juli 1951 im saarländischen St. Wendel war. Das konnte das Engagement Löwensteins für die Rückgliederung der Saar jedoch nicht stoppen.

1953 erhielt er von der FDP das Angebot einer Bundestagskandidatur. Löwenstein dazu: „In manchem wäre mir die CDU/CSU wesensverwandter gewesen, aber ich lehnte die Saarpolitik Adenauers ab.“ Auch als Bundestagsabgeordneter setzte er sich unter anderem in vielen Anfragen und Interventionen weiter kenntnisreich und erfolgreich für die Rückkehr des Saarlandes ein. Vor allem wegen Differenzen in verteidigungspolitischen Fragen verließ er 1957 die FDP und schloss sich zunächst der Deutschen Partei (DP) an. Nach deren Auflösung trat er in die CDU ein. „Aber“, erklärte der unabhängige Kopf dazu noch in seinen spannenden Memoiren, „Parteipolitik hat mich nie wirklich beeinflusst“. *Michael Leh*


Bild: Bundesarchiv, B 145 Bild-F034373-0001 / Engelbert Reineke / CC-BY-SA 3.0

Hubertus Prinz zu Löwenstein

Gescheiterter Rettungsversuch

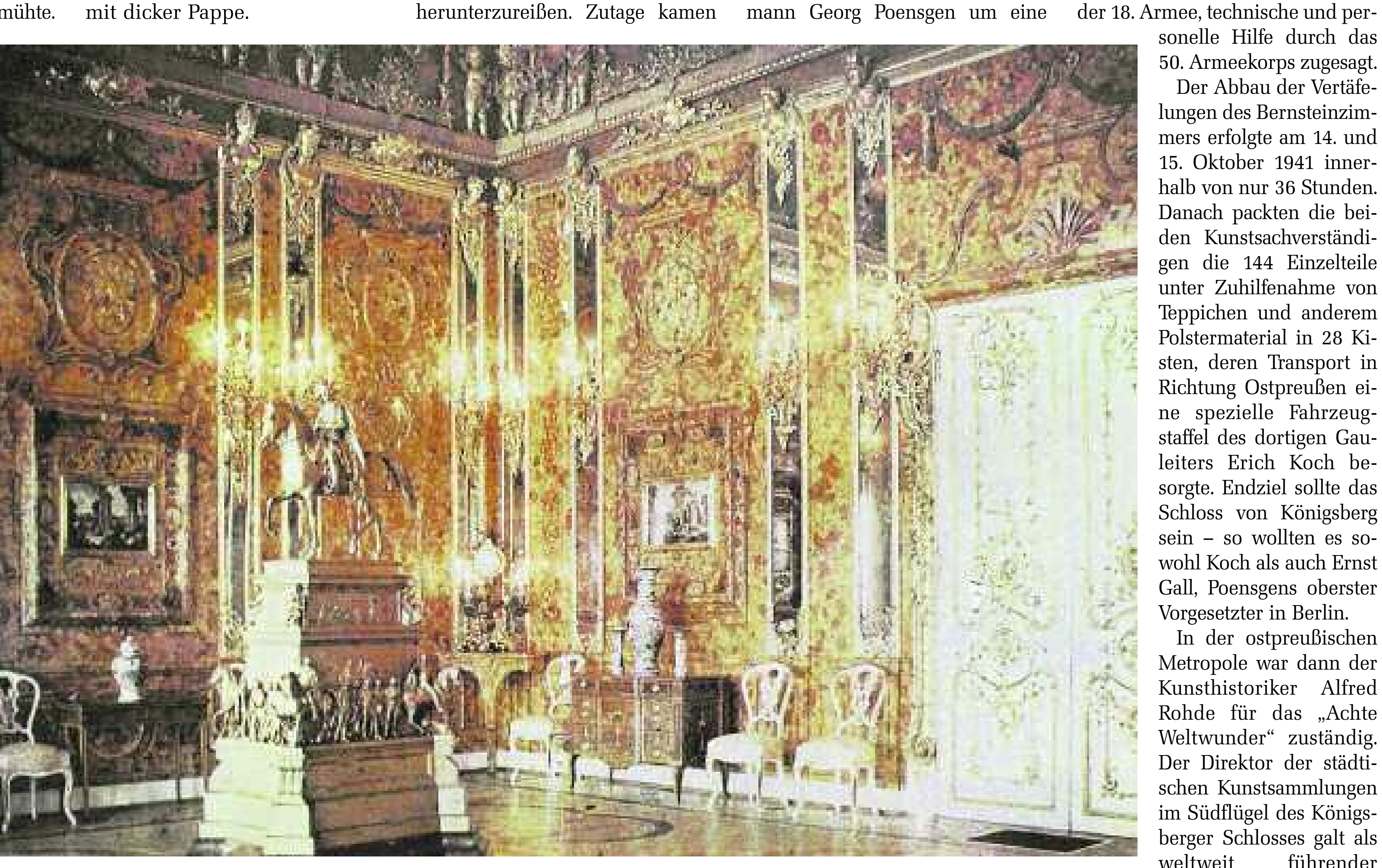
Im Zuge der Belagerung Leningrads wurde vor 75 Jahren das Bernsteinzimmer von Puschkin nach Königsberg verbracht

Nachdem im Zuge der Belagerung Leningrads vor 75 Jahren das weltberühmte Bernsteinzimmer von Puschkin nach Königsberg verbracht worden war, verlor sich Anfang 1945 die Spur des Meisterwerkes preußischer Handwerkskunst, dessen Wert heute bei 100 Millionen Euro liegen dürfte.

Ende 1716 weilte der russische Zar Peter der Große in Preußen, wo sich Friedrich Wilhelm I. sehr um die Gunst seines Gastes bemühte. Schließlich benötigte er dessen Unterstützung bei der Verdrängung der Schweden aus Vorpommern. Deshalb schenkte der Soldatenkönig Peter am 5. Dezember 1716 während des gemeinsamen Aufenthaltes in Havelberg das Bernsteinzimmer. Dieses 30000 Taler teure „pretieuse Getäffel ... eines Cabinets“ aus ostpreußischem Bernstein hatte dem „Herrscher aller Reussen“ nämlich ausnehmend gut gefallen – und der revanchierte sich später auch für die Gabe, indem er 55 „Lange Kerls“ nach Berlin entsandte.

In Russland angekommen, wurden die Bernsteinpaneele nach einigen Zwischenstationen ab 1755 in einen 100 Quadratmeter großen Saal des Katharinenpalastes von Zarskoje Selo (ab 1937 Puschkin) vor den Toren St. Petersburgs eingebaut. Dort, in der Sommerresidenz der russischen Herrscher, blieben sie fast zwei Jahrhunderte, wobei durch die Ofenheizung des Raumes und Temperaturschwankungen diverse Schäden auftraten. Daher waren für 1941 umfassende Restaurierungsarbeiten am sogenannten Achten Weltwunder geplant.

Der Ausbruch des „Großen Vaterländischen Krieges“ verhinderte eine Realisierung dieses Planes. Die Prioritäten wurden nun anders gesetzt. Eine Evakuierung des Kunstwerkes vor der vorrückenden Wehrmacht kam nicht in Frage, weil sich die sowjetischen Museumsmitarbeiterinnen außerstande sahen, die Bernsteintäfelungen fachgerecht zu demontieren – sie verkleideten stattdessen sämtliche Wände des Zimmers zum Schutz vor Granatsplittern mit dicker Pappe.



In den 30er Jahren noch im Katharinenpalast von Puschkin (Zarskoje Selo): Das Bernsteinzimmer Bild: pa

In diesem Zustand gelangte das Bernsteinzimmer am 16. September 1941 wieder in deutsche Hand. Im Zuge des Vormarsches der Heeresgruppe Nord auf Leningrad wurde Puschkin von der 1. Panzerdivision der Wehrmacht und einer SS-Polizei-Division besetzt. Anschließend nutzten die Stäbe der 16. Armee, des XXVIII. Armeekorps sowie des XXXXI. Panzerkorps und der 96. beziehungsweise 121. Infanteriedivision das Katharinenpalais als Quartier. Dabei kam es zu Akten von Disziplinlosigkeit vonseiten einzelner Soldaten, wie der Augenzeuge Hans Hundsdörfer, ein Gefreiter aus Göppingen, später zu Protokoll gab: „Ich sah zwei Landser, wie sie sich mühten, aus Neugierde die Verkleidung herunterzureißen. Zutage kamen wunderbar leuchtende Bernsteinschnitzereien, als Rahmen eines Mosaikbildes. Als die beiden ihre Seitengewehre zückten, um sich ‚Erinnerungsstücke‘ herauszubrechen, schritt ich ein. Anderntags sah das Bernsteinzimmer schon einigermaßen wüst aus. Viel Pappe war abgerissen, Schnitzereien abgeschlagen, Bernsteinspäne bedeckten den Fußboden.“

Angesichts dessen entsprach das Oberkommando der 18. Armee, die ebenfalls vor Leningrad stand, am 29. September 1941 der Bitte der beiden promovierten Kunstschutzoffiziere Rittmeister Ernstotto Graf zu Solms-Laubach und Hauptmann Georg Poensgen um eine „Sicherstellung“ des Bernsteinzimmers, das „zur Zeit in vorderster Linie durch unachtsames Verhalten der Truppe gefährdet ist“. Solms-Laubach und Poensgen, im Zivilleben Kunsthistoriker und Museumsdirektor in Frankfurt am Main beziehungsweise Assistent bei der Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten in Preußen, erhielten die offizielle Genehmigung zur Bergung der Wandverkleidungen. Zugleich wurde ihnen von Generaloberst Georg von Küchler, dem Oberbefehlshaber der 18. Armee, technische und personelle Hilfe durch das 50. Armeekorps zugesagt.

> Anfang 1945 verlor sich die Spur des Meisterwerkes preußischer Handwerkskunst

Der Abbau der Vertäfelungen des Bernsteinzimmers erfolgte am 14. und 15. Oktober 1941 innerhalb von nur 36 Stunden. Danach packten die beiden Kunstsachverständigen die 144 Einzelteile unter Zuhilfenahme von Teppichen und anderem Polstermaterial in 28 Kisten, deren Transport in Richtung Ostpreußen eine spezielle Fahrzeugstaffel des dortigen Gauleiters Erich Koch besorgte. Endziel sollte das Schloss von Königsberg sein – so wollten es sowohl Koch als auch Ernst Gall, Poensgens oberster Vorgesetzter in Berlin.

In der ostpreußischen Metropole war dann der Kunsthistoriker Alfred Rohde für das „Achte Weltwunder“ zuständig. Der Direktor der städtischen Kunstsammlungen im Südflügel des Königsberger Schlosses galt als weltweit führender Bernsteinfachmann. Er verzeichnete den Neuzugang am 5. Dezember 1941 in der Inventarliste des Schlosses summarisch unter der Nr. 200. Dem folgten genauere Untersuchungen der Paneele, über deren Ergebnis Rohde 1942 in einem Aufsatz in „Pantheon. Monatsschrift für Freunde und Sammler der Kunst“ berichtete mit der Hinzufügung, nun sei das Bernsteinzimmer in seine ureigentliche Heimat zurückgekehrt, weil das Material, aus dem es bestehe, ja aus Ostpreußen stamme. Außerdem veranlasste der neue Hüter des Kunstwerkes dessen teilweise Wiederaufstellung im speziell dazu ausgebauten Raum 37 im dritten Stock des Südflügels des Schlosses. Dort war es zwei Jahre lang für die Öffentlichkeit zugänglich.

Die Angaben über das weitere Schicksal der Wandtäfelungen sind widersprüchlich. Einigermaßen gewiss scheint zu sein, dass diese im Sommer 1944 entweder in ein Gewölbe im Schloss oder den Hochbunker am Botanischen Garten von Königsberg gebracht wurden, sodass bei den verheerenden britischen Luftangriffen vom August 1944 nur die vor Ort verbliebenen Sockelverkleidungen Schaden nahmen. Eine kurz zuvor von Gall angeordnete Evakuierung nach Schloss Wilhelmshöhe bei Kassel kam hingegen nicht zustande, weil der Gauleiter Koch verheerende Auswirkungen auf die Moral der Ostpreußen befürchtete.

Wohin das Bernsteinzimmer anschließend gelangte, dazu gibt es mittlerweile mehrere 100 Theorien. Auf jeden Fall hätte Rohde noch bis Anfang April 1945 Zeit gehabt, die Paneele über den Hafen von Pillau aus Königsberg herauszubringen, denn erst dann war der sowjetische Belagerungsring komplett undurchdringlich – und tatsächlich begann er nicht vor Mitte Januar 1945 mit dem Packen, wie aus Meldungen an das Städtische Kulturamt hervorgeht. Deshalb ist die Verbringung nach Sachsen, die im November 1944 avisiert wurde, eher unwahrscheinlich. Vielleicht liegt das Bernsteinzimmer ja tatsächlich in einem Wrack auf dem Grunde der Ostsee oder unter den Trümmern des Königsberger Schlosses.

Wolfgang Kaufmann

Spaltung des Deutschordensstaates

Vor 550 Jahren beendete der Zweite Thorner Frieden den Dreizehnjährigen Krieg – Nachhaltiger Erfolg für Polen

Ähnlich wie Preußen war es auch bei seinem Vorgänger, dem Deutschordensstaat, nicht die Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen Volksstamm, was den Kitt des Gemeinwesens bildete, sondern eine (Staats-)Idee, im Falle des Deutschordensstaates ein Ziel und Zweck: die Verbreitung des Christentums. Für dieses hehre Ziel konnte der Deutsche Orden im gesamten römisch-deutschen Reich Idealisten für den Führungsnachwuchs rekrutieren. Wer sich im Reich in einer der Ordensniederlassungen bewährte, wurde in den Osten zum Aufbau des Deutschordensstaates geschickt. Es waren weniger Herkunft und Abstammung, als die im Orden erbrachten Leistungen, die eine Karriere im Deutschordensstaat bestimmten. Dieses Leistungsprinzip und der Idealismus der Ordensritter verschafften dem Deutschordensstaat einem sehr leistungsfähigen und -bereiten Staatsapparat.

Im Spätmittelalter, als der Deutschordensstaat seine größte Ausdehnung erreichte, geriet dieses Rekrutierungsprinzip des Führungsnachwuchses in eine Krise. Das lag zum einen an der polnisch-litauischen Union. Bis zu dieser Union hatte der Deutschordensstaat mit Litauen einen großen heidnischen Nachbarn gehabt, den es zu bekehren galt. Unter dem Einfluss des polnischen Adels willigte der heidnische Großfürst von Litauen Jogaila 1385 ein, zum Christentum zu konvertieren und die polnische Königstochter Hedwig zu heiraten. Die Folge war eine polnische-litauische Personalunion unter christlicher Führung, die sich zu einer Realunion verfestigte. Durch den Verlust seines großen heidnischen Nachbarn Litauen war der Deutschordensstaat im Grunde seines Sinnes und Zweckes beraubt, das Christentum in neue Gebiete zu tragen.

Doch nicht nur von außen wurde der Deutschordensstaat destabilisiert. Anfänglich hatten unterworfene Prußen das Gros seiner Bevölkerung ausgemacht. Dazu stießen dann zunehmend Siedler, die wie die ritterliche Führungsschicht aus dem Reich kam. Mit der Zeit entstand jedoch eine eingesessene Bevölkerung, welche die entsandten Ordensritter aus dem Reich zunehmend als Fremdherrscher betrachtete. Diesen Konflikt zwischen Eingesessenen und aus dem Reich zugewandertem politischen Führungspersonal verschärfte noch der zu jener Zeit im ganzen Abendland festzustellenden Trend zur Bildung ständischer Gesellschaftsordnungen und zur Forderung der Stände nach politischer Partizipation.

> Der Deutschordensstaat musste auf den Westteil seines Territoriums verzichten

Einen zusätzlichen Streitpunkt stellte die Verteilung der finanziellen Lasten des 1411 geschlossenen Ersten Friedens von Thorn dar. Nach der verlorenen Tannenbergschlacht des Vorjahres hatte sich der Deutschordensstaat in jenem Friedensvertrag zur Zahlung von 100000 Schock böhmischer Groschen verpflichten müssen. Das bedeutete, dass der Kriegsverlierer 22,2 Tonnen Silber aufbringen musste. In finanzieller Hinsicht ähnelte dieser Erste Thorner Frieden dem Versailler Vertrag. Zahlungsrückstände erlaubten dem Gegner Interventionen, und die vom Sieger verlangten Zahlungen in Verbindung mit den Kriegskosten machten den Deutschordensstaat wie später das Deutsche Reich von einem reichen Land zu einem destabilisierten Gemeinwesen, bei dem die Frage der Kriegs- und Friedenslastenverteilung unter der Bevölkerung für Streit und Hader im Inneren sorgte.

1440 schlossen sich 53 Adlige sowie Danzig, Elbing Thorn und 16 andere Städte zum „Bund vor Gewalt und Unrecht“ zusammen. In Vorwegnahme des Mottos der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung „No taxation without representation“ (Keine Besteuerung ohne Repräsentanz) forderten sie als Gegenleistung für die den Ständen und Städten auferlegten Steuern zur Finanzierung der Kriegskontributionen ein Mitspracherecht bei der Regierung.

Der Streit eskalierte. Während sich der Hochmeister Konrad von Erlichshausen bis 1449 um einen Ausgleich bemühte, versuchte dessen Neffe und Nachfolger Ludwig von Erlichshausen, den Bund mit Hilfe der geistlichen und der weltlichen Universalgewalt zu bekämpfen. Er war insoweit erfolgreich, als der Kaiser am 1. Dezember 1453 die Auflösung des Bundes befahl.

Der Bund löste sich jedoch nicht auf. Vielmehr kündigte er dem Orden am 4. Februar des Folgejahres den Gehorsam auf und wandte sich mit der Bitte um Unterstützung an den polnischen König. Diese gewährte der Monarch, und im selben Jahr begann der auch „Preußischer Städtekrieg“ genannte Dreizehnjährige Krieg zwischen dem Bund und Polen auf der einen sowie dem Deutschen Orden auf der anderen Seite. Der durch den Ersten Thorner Frieden und den ihm vorausgegangenen Krieg bereits angeschlagene Ordensstaat war diesem erneuten Waffengang finanziell nicht gewachsen. Er musste schließlich dem Zweiten Thorner Frieden vom 19. Oktober 1466 zustimmen, der noch um einiges härter war als der vorangegangene erste. Der Westteil Preußens, in etwa das spätere Westpreußen mit dem Ermland, wurde nicht Bestandteil des polnischen Staates, aber dem polnischen König unterstellt. In der Folgezeit war der polnische König bemüht, dieses sogenannte königliche Preußen oder Preußen königlichen Anteils unter Missachtung der diesem gewährten Autonomie in sein polnisches Königreich zu integrieren. Der Ostteil des Deutschordensstaates blieb dem Orden erhalten. Allerdings war der Hochmeister verpflichtet, dem polnischen König den Treueeid und Heeresfolge zu leisten.

> Der Hochmeister musste dem polnischen König den Treueeid und Heeresfolge leisten

Die Folgen des Zweiten Thorner Friedens waren nachhaltig. Zum einen handelte es sich um einem ersten Schritt auf dem Weg zur Abtretung der Souveränität an Polen, die dann von Albrecht von Brandenburg-Ansbach 1525 vollständig vollzogen wurde als Preis dafür, dass der polnische König die Umwandlung des katholischen Deutschordensstaates in ein protestantisches Herzogtum mit ihm als Herzog anerkannte.

Die Rückgewinnung der Unabhängigkeit von Polen gelang dann erst dem Großen Kurfürsten im Zweiten Nordischen Krieg in den Verträgen von Wehlau und Oliva. In Wehlau erkannte 1657 Polen und in Wehlau 1660 die internationale Gemeinschaft die Souveränität des Herzogtums an. Die Rücknahme der Spaltung des Gebietes des Deutschordensstaates in einen West- und einen Ostteil dauerte noch länger, nämlich bis zur sogenannten ersten Teilung Polens von 1772 in der Ära Friedrichs des Großen. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Spaltung mit der Errichtung des polnischen Korridors erneuert, nur dass das Ermland diesmal beim nichtpolnischen Ostteil verblieb.

Manuel Ruoff

In die braune Ecke

Zu: Wende geradeaus (Nr. 38)

Die Presse und diverse Politikwissenschaftler sind überwältigt von der „historischen Größe“ der Kanzlerin, denn diese habe zum Thema „Flüchtlingskrise“ eigene Fehler eingestanden. Es verdiene nach Meinung der Medien Hochachtung. So weit so gut. Doch sollte man genau zuhören, denn was hat die Kanzlerin dem Wahlvolk nun wirklich gesagt? Sie habe ihre Politik nur nicht richtig erklärt, meint sie, darum dieser Unmut auf den Straßen. Die Erkenntnis, dass das Wahlvolk ihre Politik schon richtig verstanden hat, nur damit nicht einverstanden ist, liegt ihr natürlich völlig fern.

So erklärt nun Merkel ihren quengeligen Wählern ihre Politik nochmals, nach dem Motto: „Ich sage euch das jetzt zum letzten Male, es bleibt alles so, wie es ist! Und nun macht das Kreuz bei den nächsten Wahlen wieder an der ‚richtigen‘ Stelle. Wenn nicht, dann stelle ich euch in die Ecke, natürlich in die ‚rechte‘, und rede nicht mehr mit euch. Dort bleibt ihr dann stehen, bis ihr ‚braun‘ werdet.“ Diesen „Führungsstil“ hat sie noch zu DDR-Zeiten gelernt: „Die Partei, die Partei, die hat immer recht.“ **Lothar Liedtke, Lima, Peru**



In die Falle gelaufen: Knapp fünf Jahre nach ihrer Indienststellung versank die „Scharnhorst“ im Zweiten Weltkrieg beim Kampf gegen einen listigen britischen Marineverband unter Führung der „Duke of York“ nördlich des Nordkaps Bild: CF

Fast entkommen

Zu: Erstes Schlachtschiff (Nr. 38)

Die „Scharnhorst“-Klasse war entwicklungstechnisch von Bedeutung, weil in dieser die bisher getrennt laufenden Entwicklungen von Schlachtschiff und Schlachtkreuzer zum Typ des „Schnellen Schlachtschiffes“ verschmolzen. Es waren aber keine vollwertigen Schlachtschiffe. Dazu waren sie mit ihren 28-Zentimeter-Geschützen viel zu schwach bewaffnet. Vergleichsweise waren die britischen Schlachtschiffe der „King George V.“-Klasse etwa gleich groß, aber mit zehn bis 35,6-Zentimeter-Geschützen wesentlich stärker bewaffnet. Dafür waren sie mit nur 28 Knoten langsamer.

Adolf Hitler musste beim Stapellauf der „Scharnhorst“ nicht erst zeigen, dass der Versailler Vertrag mit der Beschränkung der Tonnage keinerlei Bedeutung mehr hatte. Bereits am 18. Juni 1935 hatten Großbritannien und Deutschland ein Flottenabkommen geschlossen, mit dem der maritime Teil des Versailler Vertrages aufgehoben worden war. Mit diesem Abkommen galt auch für Deutschland der Flottenvertrag von Washington 1922, der eine Obergrenze für Schlachtschiffe von 35000 Tonnen vorsah (Höchstverdrängung nach dem Versailler Vertrag für Deutschland war 10000 Tonnen).

Die „Scharnhorst“ ist am 26. Dezember 1943 nach einem Nachtgefecht mit dem britischen Schlachtschiff „Duke of York“ gesunken und nicht im Kampf gegen drei Kreuzer, derer sie sich leicht hätte erwehren können. Da die „Scharnhorst“ mit 31,5 Knoten schneller war als die „Duke of York“ mit 28 Knoten wäre die „Scharnhorst“ fast entkommen, hätte sie nicht einen schweren Treffer in die Maschine erhalten. Es gab nur 36 Überlebende, darunter keinen Offizier. **Rolf Bürgel, Darmstadt**

EU-Spuk beenden

Zu: Blind und wehrlos (Nr. 39)

Schon seit 2005 existiert ein Rahmenplan der EU, nach dem eine ständig steigende Zuwanderung in die EU, angeblich wegen der zu niedrigen Geburtenraten, als „alternativlos“ ausgegeben wird. Wer die überwältigende Faktensammlung zu dieser „geheimen Migrationsagenda“ kennt, die Friederike Beck kürzlich mit ihrem ebenso genannten Buch dazu vorgelegt hat, weiß, dass diese Gründe ebenso wie die sorgfältig verstetigte Schuldzuweisung an die Deutschen nur vorgeschoben sind.

In Wahrheit geht es bei diesem letzten Mittel um die Auflösung der alten Nationen, um die EU in einen zentralistischen Multikulti-Bundesstaat zu transformieren, von dem man sich eine effizientere „Verwertung“ der Menschen als grenzenlos verschiebbares Humankapital erwartet. Scheitert dieser Plan, ist der EU-Spuk vorbei. **Dietmar Fürste, Rattiszell**

Sprachliche Unkultur mindert den Zusammenhalt einer Nation

Zu: Von Briefköpfinnen und Staubsaugerinnen (Nr. 39)

Aufmerksame Menschen beobachten seit Langem, dass wir in einem Zeitalter der Zerstörung der guten Sitten und der überlieferten Kultur leben. Eine Minderheit von Menschen, denen es am guten Willen mangelt, treibt die Zerstörung unter Nutzung der Massenmedien voran.

Die Zerstörung betrifft alle Lebensbereiche, angefangen von der Familie über das Zusammenleben der Menschen, über die Kunst bis hin zur Sprache, ohne die eine Verständigung der Menschen unmöglich ist. Nicht nur das Genderdeutsch zerstört die deutsche Sprache, sondern auch der bewusst vorangetriebene Ersatz des deutschen Wortschatzes durch Fremdwörter. Die Fachbegriffe in den Wissenschaften, zu meiner Studienzeit vor 50 Jahren noch selbstverständlich überwiegend deutsch, sind inzwischen durch Fremdwörter ersetzt, so dass der Patient zum Beispiel einen Arztbericht über seinen Gesundheitszustand nicht mehr versteht, denn die medizinischen Fremdwörter sind in der Regel nicht mehr Bestandteil der gehobenen deutschen Sprache.

Das Deutsche kennt im Gegensatz zu vielen Sprachen drei grammatische Geschlechter (männlich, weiblich, sächlich) beziehungsweise Geschlechtswörter, das Englische nur ein einziges und das Ungarische gar keines. Der Streit, ob es nur „die Leser“ oder richtiger „die Leser und Leserinnen“ heißen muss, ist deshalb ausgesprochen dumm, denn ob ein Hauptwort/Substantiv männlich oder weiblich ist, ist im Deutschen ziemlich willkürlich festgelegt. Es gibt nur lückenhafte Regeln, etwa dass die Wörter auf -ung, -heit und -keit weiblich sind, die Wörter auf -e in der Regel männlich.

Bis zur Zerstörungstätigkeit der 68er verwendete man die männliche Form wie „liebe Hörer“, als Anrede für Männer und Frauen, denn die Ergänzung der weiblichen Form nach der männlichen stellt alles andere als eine elegante Sprache dar. Noch schlimmer sind die Schreibweisen mit Binnen-I wie „HörerIn“, deren Aussprache nur die weibliche Form berücksichtigt.

Leider sind die zerstörerischen Kräfte so gut wie immer intolerant und sehr häufig politisch links stehend. Ihnen ist jeder Blödsinn gut genug, sie hassen die Überlieferung einer hochstehenden Kultur, streben eine Welt-Einheits-Unkultur an und versuchen immer wieder, die Naturgesetze zu überwinden. Letzteres Bestreben wird, wenn es weiter verfolgt wird, in einem schlimmen Chaos enden, denn die Natur kennt nur eherne Regeln, mögen sie nach menschlichem Ermessen gut oder schlecht sein. Mit der Beachtung von Naturgesetzen ist man deshalb immer gut beraten. Linkes Scheuklappendenken dient letztlich nur den Superreichen.

Durch die grundgesetzwidrige Zuwanderung von Menschen aus fremden Kulturkreisen wird die deutsche Identität zerstört. Offenbar wünschen die treibenden Kräfte in der UN, in der EU und in anderen internationalen Organisationen die Vernichtung der in Jahrtausenden gewachsenen Gliederung und Ordnung der Menschheit in Völker. Nur der Zusammenhalt eines Volkes gleicher Sprache und zumindest fast gleicher religiöser Vorstellungen schafft die Voraussetzungen für die Leistungsfähigkeit und das Überleben des Volkes in Notlagen.

Zuwandernde „Handaufhalter“ leben stets auf Kosten des Mittelstandes, der irgendwann die Hoffnung verliert und sich nicht mehr fortpflanzt. Als unausweichliche Folge des Versagens oder des fehlenden Verantwortungsbewusstseins der Führungskräfte wird Chaos entstehen. Haben wir in der heutigen Zeit mit dem Erstarken des Islam nicht Wichtigeres zu tun, als jeden Blödsinn mitzumachen, den lautstarke Minderheiten vorgeben? **Wolfgang Hendlmeier, München**

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 41 – 14. Oktober 2016

MELDUNGEN

Neue Brücke für Lötzen

Lötzen – In Lötzen ist eine neue Brücke über den Kanalist geplant. Bei ihrem Bau soll das Militär helfen. Das ist eine für den städtischen Verkehr wichtige Investition. In der Sommersaison, wenn die Drehbrücke für den Verkehr geschlossen ist, führt nur ein Weg über den Kanal auf die andere Seite, und in der Stadt entsteht ein Stau. Die neue Brücke entsteht in Höhe der früheren Becker-Straße (also nördlich der Drehbrücke). Es wird eine Holzbrücke mit zwei Fahrstreifen werden, ausgelegt für Fahrzeuge bis 3,5 Tonnen. Der Bau beginnt 2018. Das Militär unterstützt die Maßnahme, weil es auf beiden Seiten des Kanals Objekte hat. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomłyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Elbing – Jazowa, Baustelle; Liebemühl [Miłomłyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Osterode – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie] – Mörlen [Morliny], Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode – Alt Jablonken [Stare Jabłonki], Baustelle; Sorquitten [Sorkwity] – Mertinsdorf [Marcinkowo], Baustelle; Nikolaiken [Mikołajki], Baustelle; Wyssocken [Wysokie] – Dluggen [Długie], Baustelle; Kallinowen [Kalinowo], Baustelle. Straße Nr. 16c: Allenstein [Olsztyn] – Fittigsdorf [Wójtowo], Baustelle. *E.G.*

Spiegel der Fürstenmacht

Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen führte internationale Fachtagung in Heilsberg durch

Anfang September lud die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen zu einer Internationalen Fachtagung zu den spätmittelalterlichen Residenzbauten Ostmitteleuropas in Heilsberg/Ermland ein. Auf dem Programm stand nicht zuletzt die restaurierte Burganlage selbst.

Neue Erkenntnisse zur Entwicklung und Funktion der Residenzbauten in Ostmitteleuropa vorzustellen war Absicht der internationalen Fachtagung, welche die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonn, gemeinsam mit dem Deutsch-Polnischen Forschungsinstitut am Collegium Polonicum (Dammvorstadt be-ziehungsweise Gartenstadt [Słubi-ce]) sowie dem Museum für Ermland und Masuren von Allenstein in der Bischofsburg zu Heilsberg [Lidzbark Warminski] durchführte. Die erst jüngst wohlrestaurierte Heilsberger Burg, bis heute Sitz des Bischofs von Ermland, bot den perfekten Rahmen für die Zusammenkunft, kann sie doch als vielleicht besterhaltenes Exemplar einer spätmittelalterlichen geistlichen Fürstenresidenz des Raumes gelten.

Das Symposium fungierte als Begleitveranstaltung zu der zeitgleich an diesem Ort in ihrer polnischsprachigen Fassung präsentierten, neuen Perspektiven der Forschung zur Backsteinarchitektur im Ostseeraum gewidmeten Ausstellung der Kulturstiftung. In der Tat ergänzten einander Ausstellung und Tagung in ihrer Thematik aufs Trefflichste, handelt es sich bei der Heilsberger Burg doch um eine auch in der Ausstellung thematisierte Backsteinanlage.

Auf dem Programm stand daher nicht zuletzt die Burg selbst. Die



Beispiel erfolgreicher Restaurierung: Die Burg in Heilsberg *Bild: privat*

Restaurierung der Anlage hatte es ermöglicht, die mittelalterlichen Gemälde an den Wänden des doppelgeschossigen Kreuzgangs der Anlage freizulegen und zu untersuchen, hierbei nur in Resten Erkennbares digital zu rekonstruieren. Über den so wiedergewonnenen Gemäldezyklus aus dem späten 14. und 15. Jahrhundert mit christologischer und mariologischer Thematik informierte sein Restaurator Ryszard Zankowski aus Thorn.

Gleichzeitige bauhistorische Untersuchungen hatten vertiefte Erkenntnisse zur Chronologie der gesamten Anlage, zu deren funktionellen und formalen Umwandlungen erbracht, die Wojciech Wółkowski (Warschau) den Tagungsteilnehmern präsentierte. Dass er hierbei manch bislang als gesichert geltende Auffassung infrage stellte, war Gegenstand einer fruchtbaren fachlichen Diskussion.

Der Wawel, die Residenz der polnischen Könige zu Krakau, war Thema zweier weiterer Beiträge von Tomasz Ratajczak (Posen) und

Gemeinsamkeiten im Mittelpunkt

Tomasz Torbus (Danzig) – Breslau. Wie der Wawel entwickelte sich auch die Residenz des böhmischen Königs und römisch-deutschen Kaisers Karl IV. auf der Prager Burg – was im Referat des Architekten Petr Chotebor (Prag) deutlich wurde – von bescheidenen Anfängen zu einer repräsentativen, weltliche und sakrale Aspekte der Königsherrschaft repräsentierenden Anlage.

Weitere Residenzen Karls IV. hierfür stellte Richard Nemec (Bern) vor und machte dabei die diese innewohnende Strategie der Sichtbarmachung königlicher beziehungsweise fürstlicher Macht deutlich. Es führte dies zur Diskussion darüber, was überhaupt unter dem Begriff der „Residenz“ zu verstehen sei, ob es hierbei mehr auf die tatsächlich ausgeübten landesherrlichen Funktionen oder auf die architektonische Vergegenwärtigung des Herrschers auch bei dessen Abwesenheit ankomme – eine Frage, die sich in gleicher Weise bei den im Anschluss von István Feld (Budapest) mit zahlreichen Beispielen vorgeführten Residenzen des Königreiches Ungarn, ebenfalls des 14. Jahrhunderts, stellte.

Hilfreich war in diesem Zusammenhang, dass Gottfried Kerscher (Trier) den Blick auf die wohl prominenteste spätmittelalterliche Herrscherresidenz Westeuropas lenkte: den Papstpalast von Avi-gnon. Die dortige Erfindung des Appartements, also einer dem höfischen Zeremoniell korrespondierenden Raumfolge, hat die weitere europäische Palastarchitektur wesentlich geprägt.

Auf die Marienburg, den Sitz des Hochmeisters des Deutschen Ordens an der Nogat, der hinsichtlich Größe und architektonischem Rang dem Papstpalast vergleichbar ist, bezogen sich die beiden letzten Referate der Tagung. Christofer Herrmann ergründete anhand von baulichen Befunden und schriftlicher Überlieferung die funktionale Struktur des dortigen Hochmeisterpalastes. Kazimierz Poszpieszny wies auf Beziehungen von der Architektur diese und anderer Teile der Marienburg zur westeuropäischen Palastarchitektur hin, etwa auf die Schlosskirche als ein der Sainte-Chapelle in Paris vergleichbares Gehäuse für einen exzeptionellen, das Selbstverständnis ihrer Erbauer versinnbildlichenden Reliquienschatz. Den Abschluss der Tagung bildete eine Exkursion nach Allenstein mit Besuch der dortigen von der Ordensarchitektur beeinflussten Burg.

Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen organisiert seit 1990 in der Bundesrepublik Deutschland und in der Republik Polen Fachtagungen, auf denen Kunsthistoriker und Bauforscher aus diesen und weiteren Ländern ihre Forschungsergebnisse vorstellen. Es gilt, verstärkt ins Bewusstsein zu heben, dass es sich beim östlichen Mitteleuropa um eine reiche und vielgestaltige, über lange Jahrhunderte in gegenseitigem Nehmen und Geben der hier lebenden Menschen gewachsene und große Gemeinsamkeiten aufweisende Kulturlandschaft handelt, eine Landschaft, die erst durch die willkürlichen nationalen Grenzen der Neuzeit zerschnitten wurde, Grenzen, die es im europäischen Geist zu überwinden gilt.

Ernst Gierlich/PAZ

Der Tilsiter ist zurück

In Ragnit hat eine neue Käsemanufaktur eröffnet

Der Tilsiter Käse ist nun wieder an seinen Ursprungsort, in die Region am Memelstrom, zurückgekehrt. Am 1. Oktober wurde in Ragnit unter großer Anteilnahme der Bevölkerung eine Käsemanufaktur feierlich eröffnet.

Der Privatunternehmer Iwan Artjuch hat in einem rekonstruierten Vorkriegsgebäude eine Fertigungsstätte auf der Grundlage handwerklicher Tradition eingerichtet. Die Herstellung erfolgt ausdrücklich ohne Zusatzstoffe und Beschleuniger, wie sie sonst bei einer maschinellen Produktion Verwendung finden. Der Technologin Irina Muchajewa ist es nach gründlicher Vorbereitung gelungen, die Rezeptur des ursprünglichen „Tilsiter“ so umzusetzen, dass der besondere Käsegeschmack von den auf den Memelwiesen grasenden Milchkühen zur Geltung kommt. Pro Monat können bis zu viereinhalb Tonnen in Handarbeit hergestellt werden. Die Vermarktung wird über das Internet vorgenommen. Bei kurzfristigen Bestellungen erfolgt sogar eine Haustürbelieferung.



In der neuen Käserei: In handwerklicher Tradition stellen die Russen wieder originalen „Tilsiter“ her *Bild: Jakow Rosenblum*

Eine Besonderheit besteht darin, dass Besucher den Herstellungs- und Reifeprozess hinter einer Glasscheibe beobachten können. Bereits die ersten Tage ließen erkennen, dass das Konzept einer Schaukäserei viele Interessenten anlockt und große Chancen hat, sich zu einer Touristenattraktion zu entwickeln.

Mit der Ragniter Käsemanufaktur wurde ein Vorhaben verwirklicht, welches bereits vor einigen Jahren in Tilsit geplant war, wenn es nun auch etliche Nummern kleiner ausgefallen ist.

Für eine repräsentative Schaukäserei in Tilsit war im Jahre 2012 sogar schon die Grundsteinlegung anberaumt, als sich die Schweizer Investoren unvermittelt aus dem Projekt zurückzogen. Nun wurde in Ragnit gezeigt, wozu private Initiative und unternehmerischer Fleiß imstande ist. *Hans Dzieran*

Per Schiff nach Königsberg

»Roald Amundsen« im Rahmen eines Jugendaustauschs am Pregel

Zum ersten Mal hat ein bundesdeutsches Segelschiff Königsberg besucht. Die „Roald Amundsen“ hat vor ein paar Wochen in der Gebietshauptstadt geankert. Die Brigg kam aus Kiel und fand einen Liegeplatz am rechten Pregelufer im Königsberger Hafen. Während das Schiff dort lag, konnten Interessierte es besichtigen. Die Mannschaft führte die Gäste durchs Schiff und verteilte Postkarten mit dem Bild des Seglers. Am letzten Tag ihres Aufenthalts kam ein neues Team auf das Schiff, Teilnehmer des internationalen Jugendaustausch-Programms „Wind und Wellen“. Die Überfahrt von Kiel nach Pillau und Königsberg hatte eine Mannschaft absolviert, und von Königsberg nach Stock-holm lenkte das Schiff eine andere Mannschaft. 28 junge Leute aus Deutschland und Russland im Alter von 16 bis 26 Jahren erhielten die Möglichkeit, ein Praktikum auf der „Roald Amundsen“ zu absolvieren. Dabei war es für viele von ihnen die erste Erfahrung einer längeren Fahrt mit einem Segelschiff. Alle Aktivitäten während der Fahrt auf hoher See standen



Am Pregel festgemacht: „Roald Amundsen“ *Bild: J.T.*

unter der Leitung von erfahrenen Seeleuten aus Deutschland. Die jungen Matrosen hatten viel zu tun. Den 30 Meter hohen Mast zu besteigen war dabei nur eine der Herausforderungen. Für ihre Bemühungen während der Seefahrt hatten die Auszubildenden ein Stipendium erhalten. Die „Roald Amundsen“ ist ein Schulschiff, ähnlich der berühmten „Krusenstern“, nur kleiner. Das deutsche Segelschiff hat keine elektrischen Winden, um die Segel zu bewegen. Sie müssen von Hand gehisst werden. Bei Weitem nicht alle Teilnehmer des Praktikums wussten Bescheid darüber, welche Geräte welche Dienste an Bord verrichten. Die Kommunikation zwischen Besatzung und Praktikanten erfolgte auf Deutsch mit allen notwendigen Fachbegriffen.

Das Segelschiff „Roald Amundsen“ wurde 1952 gebaut. Es ist mit 18 Segeln ausgestattet, hat eine Länge von 50 und eine Breite von 7,50 Metern. Ihr Heimathafen ist Eckernförde. 48 Mannschaftsmitglieder finden Platz auf ihr, 31 sind Auszubildende. Die Seeüberfahrten dauern zwischen vier und 20 Tagen. Im Sommer befährt das Schiff das Mittelmeer und die Ostsee, und im Winter wird es in Richtung Kanarische Inseln und Azoren geschickt. Ebenso hat die „Roald Amundsen“ schon mehrfach Überfahrten über den Atlantik zu den Küsten Brasiliens, der USA und Kanadas erfolgreich absolviert. *J. Tschernyschew*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

wer auf Spurensuche geht, muss mit Stolpersteinen in der Wegfindung rechnen, vor allem, wenn sich diese auf altem ostpreußischem Boden vollzieht. Es sind nicht nur die oft und reichlich geänderten Ortsnamen, die zumeist große Schwierigkeiten bei der Suche bereiten, sondern auch deren mehrfaches Vorkommen in den unterschiedlichsten Kreisen der Provinz Ostpreußen. Wohl dem, der da einen versierten Spurenfinder zur Seite hat, der die Suchenden vor Irrwegen bewahrt – so auch unsere Ostpreußische Familie, wie wir gerade feststellen können. Denn bezüglich der Suchfrage von Frau **Angela Schulze** nach ehemaligen Bewohnern von Kobbelbude, die wir in Folge 39 veröffentlichten, hat ihr einer unserer verlässlichsten Helfer den Weg gewiesen und wird sie auch weiterhin kenntnisreich begleiten: Unser Landsmann **Dieter Wrage**, Kirchspielvertreter von Pobethen. Der versierte Samlandkenner hat so schnell reagiert, dass Frau Schulze schon wenige Tage nach der Veröffentlichung wusste, wo sie auf einer geplanten Reise in das Heimatland ihres Vaters zu suchen hat: Es handelt sich nicht um das bekannte Kobbelbude südlich von Königsberg, sondern eine gleichnamige Oberförsterei, die zu der Gemeinde Bludau im westlichen Samland gehörte. Eine Verwechslung mit dem in Folge 39 aufgeführten Kobbelbude sowie mit einer weiteren gleichnamigen Försterei ist ausgeschlossen, denn Herr Wrage kann einen Listenauszug aus dem Ortsplan vorlegen, der die von Frau Schulze aufgeführten Namen ihrer Großeltern, ihres Vaters und dessen fünf Geschwister enthält.

Also müssen wir zurückrudern und uns auf den nun durch Herrn Wrage ausgemachten Heimatort ihres Vaters **Erwin Herrmann** fokussieren, der unter dem Namen Kobbelbude als Forsthaus existierte, zu dem wohl auch das einfache, von der Familie Herrmann bewohnte Waldarbeiterhaus gehörte. Denn da lagen wir in unserer Suche richtig: **Adam** Herrmann, der Großvater von Angela Schulte, ist im Ortsplan der Gemeinde Bludau als Waldarbeiter registriert. Er stammte wie auch seine Frau **Regina** geborene **Meyer** aus dem benachbarten Heydekrug. Es ist möglich, dass es Verwandte aus diesem am nördlichen Ufer des Frischen Haffes gelegenen Ort gibt, die Frau Schulze etwas über die Familie Herrmann berichten könnten. Sie ist an jedem Hinweis interessiert, denn ihr Vater hatte nur wenig von seiner Kindheit erzählt. Aus dem direkten Umfeld der Familie dürften sich wegen der geringen Bevölkerungszahl wohl kaum noch Zeitzeugen finden, vielleicht erinnern sich aber ehemalige Mitschüler der Schule Bludau an den 1927 geborenen Erwin Herrmann oder seine Geschwister **Rudi**, **Christa**, **Werner**, **Lothar** und **Horst**. Es kämen auch Mitkonfirmanden in Frage, falls Erwin Herrmann in der Kirche von Fischhausen eingesegnet wurde, denn zu diesem Kirchspiel gehörte das Forstamt Kobbelbude. Soviel für heute – wir dürften bald mehr über diese Spurensuche erfahren, denn Herr Wrage wird Frau Schulze mit weiteren Informationen versorgen. Und wir danken ihm für die schnelle Findung des besuchten Ortes, durch die unsere Suchaktion nun in die richtige Spur gekommen ist. (Angela Schulze, Dorfstraße 29 in 14931 Jüterbog.)



Als ABC-Schütze: Gerda Schulz Bild: privat

Dass selbst in schwierigen Suchfällen, die sich auf wenige bruchstückhafte Angaben über kleine Orte beziehen, doch heute noch Erfolge möglich sind, konnte ich aus einem Telefongespräch mit unserer Leserin **Christine L.** aus München erfahren, die uns die Suchfragen von Frau **Rita Pumm** aus Grafing übermittelt hatte. Die Nachfahrin einer masurischen Familie wusste so gut wie nichts über die Familie **Order** aus dem kleinen Dorf Materschobensee, Kreis Ortelsburg, aus der ihre Großmutter **Karoline Kerstan** stammte. Wir hatten eine erste Suchfrage in Folge 28 gestartet, die keine Resonanz erbrachte, fassten dann in Folge 34 noch einmal nach, da Frau Pumm, deren jahrzehntelange Suche vergeblich war, so sehr auf unsere Ostpreußische Familie gesetzt hatte. Und nun hat es gefunkt, und anscheinend so erfolgreich, dass Frau Pumm vollkommen überrascht von den Anrufen und Zuschriften ist und diese zuerst einmal ordnen muss, ehe sie darüber berichten kann. Es haben sich sogar Leser gemeldet, die ihre Großeltern gut gekannt haben. Soviel also diese erste Erfolgsmeldung, die uns Frau Christine L. übermittelte, wir werden bald mehr über diese Suchaktion erfahren.

Auch von Herrn **Björn Sobota** aus Weißwasser bekamen wir eine erneute Zuschrift, die sich auf seine Suche nach Angehörigen seiner aus Königsberg stammenden Großmutter **Gerda Waltraud Reimnitz** bezieht, von der wir in Folge 36 berichteten. Leider hatte Herr Sobota diese *PAZ*-Ausgabe noch nicht in den Händen, als er mit seiner Familie den 82. Geburtstag seiner Oma feierte, so konnte er sie auch nicht mit der Veröffentlichung überraschen. Das tat dann ein Anrufer aus unserem Leserkreis, der sich bei ihm meldete und sich auf die Veröffentlichung bezog – allerdings konnte er zu einer Familienfindung nichts beitragen. Aber die Geburtstagsgespräche führten somit zwangsläufig in die Vergangenheit, und dabei fielen der 82-Jährigen auf einmal Namen aus ihrer Kindheit ein, die sie bisher nicht genannt hatte. Wie schon so oft: Es genügt ein kleiner „Rubbacks“, und plötzlich ist die Erinnerung da. Mit den Namen hatte es in dieser Angelegenheit bisher gehapert, die Schreibweise des Namens ihrer leiblichen Mutter kann Frau Reimnitz nur mit Fragezeichen angeben: „**Bertha Schug**?“, Die Eltern hatten Gerda und ihre beiden Schwestern zur Adoption frei gegeben – aus welchen Gründen ist unbekannt, finanzielle dürften nicht mitgespielt haben, denn der Vater soll als Inhaber einer Kohlenhandlung recht vermögend gewesen sein. Das ist alles, was Frau Reimnitz von ihrer Familie weiß, denn das Königsberger Ehepaar **Emil** und **Elsbeth Schulz**, das die kleine Gerda adoptierte, schirmte das Kind vollkommen ab und schwieg über dessen Herkunft bis zu seinem Tod lange nach der Flucht in Görlitz. So hat Frau Reimnitz auch nie etwas über das Schicksal ihrer drei Schwestern erfahren, die für sie namenlos blieben.

Dieses Rätsel wird sich wohl nicht mehr lösen lassen, aber etwas Licht könnten wir doch in ihre Kindheit bringen, denn da liegen nun einige konkrete Angaben vor, die Frau Reimitz an ihrem Geburtstag machen konnte. Die Familie von **Emil Adolf Schulz**, der bei den Königsberger Gaswerken tätig war, wohnte in der Kleinen Sandgasse Nr. 14 auf dem Oberhaberberg. In diesem Haus wohnten auch ihre Freundin **Inge Biedermann** und deren Bruder **Max**. Ein weiteres Nachbarkind aus dem Haus Nr. 13 war **Helga Mischke**. Von diesen Kindheitsgespielinnen hat Gerda seit der Flucht nie etwas gehört. Da sie etwa gleichaltrig mit ihr waren, dürften sie auch zur selben Zeit eingeschult worden sein wie Gerda Schulz – sollten sie das Foto sehen, das wir heute bringen, könnte es auch bei ihnen Erinnerungen wecken. Die Aufnahme muss in einem Königsberger Fotoatelier um Ostern 1940 gemacht worden sein. Die riesige Schultüte dürfte ein Requisit des Fotografen sein, denn selbst wenn der Adoptivvater eine leitende Stellung innehatte, wäre sie kaum zu füllen gewesen. Aber sie wirkt sehr dekorativ wie auch die Schiefertafel mit der Kreideschrift „Mein erster Schultag“ – in deutscher Schrift natürlich. Und Gerda im neuen Matrosenanzug mit Frühstückskapsel und Schulranzen – ein Bild, das sicherlich in unserer Leserschaft heitere Erinnerungen auslöst. Wir danken Herrn Sobota für die Übersendung dieses reizenden Fotos und hoffen, dass sich jetzt vielleicht ehemalige Haberberger melden, die etwas über die Familie von Emil Schulz und deren ehemaliges Umfeld sagen können. (Björn Sobota, Gartenstraße 24 in 02943 Weißwasser, E-Mail: bjoern.sobota@t-online.de)

Da schließt sich nahtlos der Suchwunsch von Frau **Heidrun Horst** aus Osnabrück an, denn auch in ihrem Fall handelt es sich um eine Adoptionsfrage, die nach Königsberg führt, und auch hier haben die Adoptiveltern die wahre Herkunft des Kindes verschwiegen und ihr Wissen darüber mit ins Grab genommen. Heidrun Horst sucht für ihre nun 88-jährige Mutter Helga nach Informationen über deren leibliche Mutter, über die leider nur wenig bekannt ist, sodass die Nachforschungen schwierig sein werden, denn nicht einmal der Geburtsname ihrer Mutter ist bekannt. Diese wurde am 4. April 1928 in Königsberg geboren und von der Mutter, der Stenotypistin **Annemarie Hoppe**, wohl noch in jenem Jahr zur Adoption frei gegeben. Die Adoptiveltern, **Erna** und **Richard Henning**, ließen das Mädchen auf den Namen **Helga Rotraut Henning** taufen und brachen wahrscheinlich jeden Kontakt zu der leiblichen Mutter ab, die im Januar 1943 verstarb. Helga soll noch eine Schwester gehabt haben, doch diese verstarb bereits im Kindesalter. Über den leiblichen Vater ist nichts bekannt, es wird ein Name genannt, aber dieser ist mit einem Fragezeichen versehen. Es handelt sich also lediglich um eine Vermutung. Deshalb können wir den Namen nicht veröffentlichen. Nur so viel, dass es sich um den Vertreter eines großen Autowerkes handeln könnte. Was aber bei der Findung weiter helfen könnte, sind die Angaben über Helgas Großvater, der Schlossermeister und Eisenwarenhändler in der Vorderen Vorstadt war. Er dürfte also einem größeren Kundenkreis bekannt gewesen sein. Vielleicht gibt es auch noch ehemalige Freundinnen oder Kolleginnen, die Annemarie Hoppe kannten und sich an sie erinnern, sodass sie einige Angaben machen können. Das ehemalige Adoptivkind, heute im hohen Seniorenalter, würde sich über jeden Hinweis freuen, den ihre Tochter unter der folgenden Adresse erhält: Heidrun Horst, Amselweg 45 in 49088 Osnabrück, Telefon 0541/37670.

Das war heute ein geballtes Paket von Schicksalsfragen, die fast ein Dreivierteljahrhundert nach Flucht und Vertreibung gelöst werden wollen. Dass es möglich ist, hat unsere Ostpreußische Familie in der letzten Zeit in verschiedenen Fällen bewiesen. Und so bleibt auch diesmal für die Suchenden und die Ostpreußische Familie als Übermittler die berechtigte Hoffnung, dass auf die heutigen Fragen hinweisende oder klärende Antworten aus unserem Leserkreis kommen. Und auch auf die nächsten, die bereits auf Warteposition sind.

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Östlich von Oder und Neisse

Wenn Böhmen zu Tschechen werden

Der Kulturpreis Schlesien wurde zum 40. Mal vergeben – diesmal in Breslau

Zum 40. Mal wurde der Kulturpreis Schlesien des Landes Niedersachsen vergeben. Dieses Jahr bildete die Breslauer Oper die Kulisse für die Preisverleihung. Die Auszeichnung wurde 1977 als Symbol der Verbundenheit Niedersachsens mit den Vertriebenen gestiftet, denn dort fanden besonders viele Schlesier ein neues Zuhause und halfen, das Land wiederaufzubauen. Mitbegründet hat den Kulturpreis der 2006 verstorbene, langjährige Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Herbert Hupka. „Die Idee von Dr. Hupka und dem damaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht war, einen Preis für Künstler zu schaffen, die durch die Vertreibung in der Bundesrepublik leben und wirkten. Das war 1977, damals gab es den Eisernen Vorhang noch und eine Mauer. Es gab kaum Gelegenheiten des Austausches. Herbert Hupka war derjenige, der damals weitsichtig war. Ich pflege einen Satz von ihm zu sagen: Die Zeit der Monologe ist vorbei, jetzt kommt die Zeit des Dialoges“, erinnert sich Michael Pietsch von der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, Jurymitglied des Kulturpreises und schlesischer Herkunft.

Die Zeit des Dialoges, die Herbert Hupka durch sein Engagement förderte, fruchtet unter anderem in einer Partnerschaft des Landes Niedersachsen mit der Landsmannschaft der Schlesier, deren Deutschlandtreffen nicht immer, aber immer öfter in Hannover stattfinden. So findet auch das nächste kommenden Juni in der niedersächsischen Hauptstadt statt. Darüber hinaus pflegt das Land Niedersachsen seit 20 Jahren Partnerschaften mit den Woiwodschaften Niederschlesien und Großpolen. Es unterstützt deutsch-polnische Projekte an Hochschulen, die Justizpartnerschaft zwischen den Landgerichten Braunschweig und Breslau sowie deutsche Fußballschulen in Oberschlesien. „Der Kulturpreis ist ein besonderer Leuchtturm, weil diese Verleihung in dieser Form in Deutschland einzigartig ist“, so Boris Pistorius, niedersächsischer Minister für Inneres und Sport, dessen Großmutter aus Breslau stammt.

Am 24. September wurden in der Europäischen Kulturhauptstadt Breslau die Direktorin des Gerhart-Hauptmann-Hauses in Hirschberg-Agnetendorf [Jelenia Góra-Jagniatków], Julita Izabela Zaprucka, sowie der Schriftsteller und Filmemacher Hans-Dieter Rutsch, der für zahlreiche Filme und Publikationen über die Region bekannt ist, ausgezeichnet. Den Sonderpreis bekamen das Papiermuseum in Bad Reinerz [Duszniki Zdrój] und die Deutsche Sozial-Kulturelle Gesellschaft in Breslau, die seit fast 60 Jahren besteht und lange Zeit die einzige Organisation der deutschen Volksgruppe in der Republik Polen war.

Dass die Deutsche Gesellschaft in Breslau einen Sonderpreis erhielt, ist dem Jurymitglied Horst Milde zuzuschreiben. „Für mich als geborenen Breslauer, der die Stadt vor der Zerstörung und danach kennt, war es wichtig, meine Landsleute zu würdigen, damit sie nicht in Vergessenheit geraten. Wir haben die Breslauer Gesellschaft stellvertretend für alle Deutschen Freundschaftskreise polenweit ausgezeichnet“, so Niedersachsens ehemaliger Landtagspräsident, der seit zwei Jahren Ehrenbürger der Stadt Breslau ist.

Für Preisträger Hans-Dieter Rutsch steht Schlesien ebenfalls stellvertretend für die Oder-Neiße-Gebiete. In der DDR aufgewachsen, war die Erinnerung an diese Terra Incognita ein Tabuthema, doch durch die Erinnerung seiner Eltern entkam er „einer historisch-kulturellen Deprivation, wie man sie in Polen den Bewohnern der ehemals deutschen Gebiete anzuerziehen bemüht war“, sagte Laudator Marek Zybura von der Breslauer Universität. Über den innendeutschen Diskurs sagte Rutsch: „Im Übereifer, aus den deutschen Raubzügen und Verbrechen der Jahre 1939 bis 1945 etwas zu lernen, wurde Schlesien – hier stellvertretend für den gesamten deutschen Osten – fast ganz aus der Erinnerung gestrichen. Den Nachgeborenen blieb das vage Gefühl, Schlesien beziehungsweise der deutsche Osten an sich sei nichts weiter als jene Landschaft gewesen, in der den Deutschen ihre Lust auf Eroberung überkam.“ Und ausgerechnet diesem Denkklischee fiel Bernd Busemann, der Präsident des niedersächsischen Landtages, zum Opfer. „Schlesien ist ein Land, in dem sich seit Jahrhunderten polnische, deutsche, österreichische und tschechische Einflüsse verbinden. Diese Einflüsse haben zwar immer wieder auch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, zu schwerem Unrecht geführt. Aber vielleicht sollten wir stärker darauf schauen, wie viel Gutes und Wertvolles aus der Begegnung der Völker und Sprachen erwachsen ist“, sagte Busemann, der anscheinend den Unterschied von tschechisch und böhmisch ebenso wenig spürt wie den Umstand, dass eine historische Unterscheidung von deutsch und österreichisch unsinnig ist.

Und etwas anderes ist auffällig. Herbert Hupka, der lange Zeit östlich von Oder und Neiße als „Polenfresser“ verschrien war und später faktisch Ehrenbürger von Ratibor wurde, ist als Wegbereiter des Preises scheinbar vergessen. Am Rednerpult wurde sein Namen bereits die letzten Jahre schon nicht mehr genannt. *Chris W. Wagner*



ZUM 104. GEBURTSTAG

Czwikla, Erika, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Naß, Elfriede, geb. **Kraska**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 18. Oktober

ZUM 103. GEBURTSTAG

Buxa, Gertrud, geb. **Sdunkowski**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 18. Oktober

ZUM 101. GEBURTSTAG

Herrmann, Erika, geb. **Budzinski**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 14. Oktober

ZUM 100. GEBURTSTAG

Wiskandt, Helene, geb. **Rade**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 15. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Fiedler, Walther, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 19. Oktober
Göbel, Betty, geb. **Lagies**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 18. Oktober
Schwarzin, Hildegard, aus Lyck, am 20. Oktober
Wrobel, Helmut, aus Wehlau, am 20. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Neumann, Horst, aus Gnottau, OT Paplacken, Kreis Insterburg, am 15. Oktober
Schweins, Gertraud, geb. **Bürgel**, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Wietoska, Otto, aus Lyck, am 17. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Boehl, Charlotte, geb. **Samusch**, aus Lötzen, am 15. Oktober
Friz, Lieselotte, geb. **Schwabe**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 20. Oktober
Gollub, Waltraut, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 20. Oktober
Kühne, Hedwig, geb. **Stannehl**, aus Groß Keylau, Kreis Wehlau, am 19. Oktober
Metzdorf, Gerda, geb. **Borbe**, aus Guhsen, Kreis Treuburg, am 16. Oktober
Pawelzik, Hildegard, geb. **Brzoska**, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 19. Oktober
Roos, Hildegard, geb. **Birth**, aus Hohenfürst, Kreis Heiligenbeil, am 19. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Graner, Gretel, geb. **Steinke**, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 16. Oktober
Meinert, Hildegard, aus Lyck, Bismarckstraße 47, am 14. Oktober
Niederstrasser, Otto, aus Kasruben, Kreis Ebenrode, am 14. Oktober
Riekers, Herta, geb. **Fröhlich**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 20. Oktober
Rutkowski, Erna, geb. **Hoffmann**, aus Quehnen, Kreis Preußisch Eylau, am 15. Oktober
Schuster, Meta, geb. **Porschel**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 16. Oktober
Schwemer, Herta, geb. **Buczilowski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Stilla, Elisabeth, geb. **Lindenberg**, aus Pillau, Kreis Samland, am 16. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bargmann, Gertrud, geb. **Lundschien**, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 15. Oktober
Barth, Helene, geb. **Dombrowski**, aus Dorschen, Kreis Lyck, am 19. Oktober
Braun, Renate, geb. **Borchert**, aus Neidenburg, am 18. Oktober
Göttfert, Gena, geb. **Wasilewski**, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, am 15. Oktober
Krüger, Eva, geb. **Schakat**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 17. Oktober
Mey, Bernhard, aus Lochstädt, Kreis Samland, am 19. Oktober
Neufeind, Eva, geb. **Karwonski**, aus Lyck, Blücherstraße 18, am 14. Oktober
Petz, Gertrud, geb. **Seemund**, aus Wilken, Kreis Ebenrode, am 19. Oktober
Schmalfeldt, Helene, geb. **Schulz**, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 20. Oktober
Schmiedel, Liesbeth, geb. **Stanzick**, aus Antonswiese, Kreis Elchniederung, am 18. Oktober
Specht, Adeline, geb. **Lewohn**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Wedler, Betty, geb. **Rosenwald**, aus Perkuhnen, Kreis Elchniederung, am 15. Oktober
Welsch, Bruno, aus Altginnendorf, Kreis Elchniederung, am 20. Oktober
Zels, Erwin, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 17. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Ahrens, Günther, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 20. Oktober
Böjm, Margarete, geb. **Dziersk**, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 19. Oktober
Brückner, Anna, geb. **Tschuja**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 17. Oktober
Gasper, Irmgard, geb. **Dreier** aus Tilsit, am 18. Oktober
Gemballa, Walter, aus Adlersdorf, Kreis Lötzen, am 17. Oktober
Ketterkat, Kurt, aus Jägerhöh, Kreis Elchniederung, am 14. Oktober
Kunst, Gertrud, geb. **Braczko**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 14. Oktober
Lühr, Gerda, geb. **Makowski**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 19. Oktober
Malinka, Helmut, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 20. Oktober
Menger, Frieda, geb. **Krause**, aus Osterode, am 15. Oktober
Steffan, Ursula, aus Lyck, am 19. Oktober
Sturm, Charlotte, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, am 20. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Dibowski, Walter, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 16. Oktober
Floßdorf, Herta, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 14. Oktober
Grabosch, Liebgard, aus Ortelsburg, am 14. Oktober
Gux, Erika, geb. **Guttmann**, aus Deeden, Kreis Ebenrode, am 16. Oktober
Herbers, Erika, aus Herrnbach, Kreis Lyck, am 20. Oktober
Maserowski, Elfriede, aus Millau, Kreis Lyck, am 17. Oktober
Müller, Jutta, geb. **Beroleit**, aus Deeden, Kreis Ebenrode, am 14. Oktober
Rödel, Edith, geb. **Padubrien**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 16. Oktober
Sambraus, Lieselotte, geb. **Neumann**, aus Köllmisch Damerau, Kreis Wehlau, am 16. Oktober
Thiel, Liselotte, geb. **Noll**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. Oktober
Wieden, Ruth, geb. **Fidorra**, aus Neu Werder, Kreis Ortelsburg, am 19. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Behr, Brunhilde, geb. **Noah**, aus Tilsit, am 16. Oktober
Krause, Ilse, aus Lyck, am 16. Oktober
Krüger, Hildegard, geb. **Koß**, aus Treuburg, am 20. Oktober
Lehmann, Elli, geb. **Demurath**, aus Neidenburg, am 17. Oktober
Lehrer, Lucie, geb. **Semmling**, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 16. Oktober
Lichtleitner, Hedwig, geb. **Weidemann**, aus Ortelsburg, am 15. Oktober
Müller, Harry, aus Genslack, Kreis Wehlau, am 16. Oktober
Schacht, Grete, geb. **Kutzborski**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Schmid, Liselotte, geb. **Bahr**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 19. Oktober
Skortzki, Gertrut, geb. **Neumann**, aus Goldap, am 18. Oktober
Wethje, Hildegard, geb. **Holz**, aus Uggehnen, Kreis Samland, am 17. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bittrich, Karl aus Waldheide, Kreis Tilsit-Ragnit, am 20. Oktober
Blättermann, Gertrud, geb. **Lunk**, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 18. Oktober
Frehe, Margarete, geb. **Riemann**, aus Fuchsberg, Kreis Samland, am 20. Oktober
Gora, Ruth, geb. **Klask**, aus Alt Werder, Kreis Ortelsburg, am 17. Oktober
Gronau, Leo, aus Legehnen, Kreis Samland, am 20. Oktober
Jerosch, Hildegard, geb. **Purz**, aus Lehmanen, Kreis Ortelsburg, am 20. Oktober
Jopp, Werner, aus Guhsen, Kreis Treuburg, am 20. Oktober
Krepulat, Thea, geb. **Kock**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. Oktober
Kuhlmann, Waltraud, geb. **Kowalzik**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 18. Oktober
Liedtke, Manfred, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 15. Oktober
Reinhardt, Gerhard, aus Wehlau, am 20. Oktober
Ziegler, Ursula, geb. **Staschik**, aus Lötzen, am 20. Oktober



ZUM 80. GEBURTSTAG

Bilitza, Elly, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 15. Oktober
Bischof, Martha, geb. **Teschner**, aus Ebenrode, am 16. Oktober
Bosse, Christel, geb. **Helbig**, aus Groß Gottswalde, Kreis Mohrungen, am 19. Oktober
Fakundiny, Margarete, geb. **Jäger**, aus Medenau, Kreis Samland, am 18. Oktober
Gieder, Siegfried, aus Sandau, Kreis Ebenrode, am 14. Oktober
Hellrich, Gilli, geb. **Graßat**, aus Schenkenhagen, Kreis Ebenrode, am 18. Oktober
Hess, Fritz, aus Sonnenmoor, Kreis Ebenrode, am 16. Oktober
Kalina, Ursula, geb. **Deim**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 19. Oktober
Karrasch, Helga, geb. **Bartnik**, aus Ortelsburg, am 16. Oktober
Kolpatzik, Reinhold, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 16. Oktober
Krohm, Ursula, geb. **Hanke**, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Makulla, Günter, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 19. Oktober
Maurer, Lieselotte, geb. **Müller-Heinemann**, aus Lyck, am 14. Oktober
Ossa, Griseldis, geb. **Wilke**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 20. Oktober
Rammoser, Dr. Dieter, aus Schwarzenberge, Kreis Schloßberg, am 19. Oktober
Schäffler, Irma, geb. **Schlicht**, aus Königsdorf, Dösenbruch, Kreis Heiligenbeil, am 15. Oktober
Voigt, Hans-Werner, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 15. Oktober
Trude, Gisela, aus Ebenrode, am 20. Oktober
Uschkoreit, Eckehard, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 19. Oktober
Wazel, Gisela, geb. **Wohler**, aus Lyck, am 19. Oktober
Wischnat, Hermann, aus Heiligenlinde, Kreis Rastenburg, am 14. Oktober
Wodka, Reinhold, aus Kalkofen, Kreis Lyck, am 14. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Hölzner, Elke, geb. **Lüdtke**, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 19. Oktober
Juckel, Klaus, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, am 14. Oktober
Krooß, Joachim, aus Ebenrode, am 18. Oktober
Lehnert, Gertrud, geb. **Rohmann**, aus Großalbrechtsort, Kreis Ortelsburg, am 18. Oktober
Marski, Ernst, aus Neu Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 18. Oktober
Müller, Gundula, geb. **Taddey**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 20. Oktober
Plenio, Hans-Ulrich, aus Treuburg, am 16. Oktober
Priebe, Karin, geb. **Hinrichsen**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 17. Oktober
Scheidereiter, Giesela, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 17. Oktober
Schimanski, Reiner, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 18. Oktober
Schumann, Dietrich, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 14. Oktober
Titt, Werner, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, am 17. Oktober

TERMINE DER LO

2016
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 8. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit" in Berlin (geschlossener Teilnehmerkreis)
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
5. bis 6. November: OLV in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
11. bis 14. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt

2017
1. bis 2. April: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Seminar für Frauen

Spannende Vortragsthemen in Helmstedt

Zum Kulturhistorischen Seminar für Frauen lädt die Landsmannschaft Ostpreußen vom 11. bis 14. November in die Politische Bildungsstätte Helmstedt. Zum Thema „Deutschland und seine Nachbarn – Ein Streifzug durch Geschichte und Gegenwart" werden insgesamt acht spannende Vorträge zu hören und zu diskutieren sein. Es geht um die Geschichte des Königsberger Gebietes nach dem Zweiten Weltkrieg und um seine aktuellen Zukunftsperspektiven. Lettland und die Europäische Union werden ebenso thematisiert wie die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen zwischen den beiden Weltkriegen oder die Deutsche Volksgruppe in Dänemark.

Von Königsberg bis Dänemark

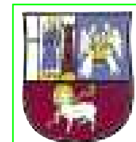
Die Übernachtung im Zweibettzimmer mit Dusche und WC und Vollverpflegung kostet 150 Euro. Einzelzimmer sind gegen Zuschlag von acht Euro pro Nacht erhältlich. Die Anmeldeunterlagen sind erhältlich bei: Landsmannschaft Ostpreußen, Hanna Frahm, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826; Fax: (040) 41400819, frahm@Ostpreussen.de. *We*

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 15. Oktober, 12.10 Uhr, ZDFneo: Die Deutschen (11): Karl der Große und die Sachsen.
Sonnabend, 15. Oktober, 12.55 Uhr, ZDFneo: Die Deutschen (12): Friedrich II. und der Kreuzzug.
Sonnabend, 15. Oktober, 16.30 Uhr, Phoenix: Der Mais-Wahn – Wie eine Pflanze Profit und Hunger schafft. Dokumentation, D 2014.
Sonntag, 16. Oktober, 13.40 Uhr, ZDFneo: Die Deutschen (13): Hildegard von Bingen und die Macht der Frauen.
Sonntag, 16. Oktober, 14.20 Uhr, ZDFneo: Die Deutschen (14): Karl IV. und der Schwarze Tod.
Sonntag, 16. Oktober, 20.15 Uhr, WDR 5: Wunderschön! (172): Sehnsucht nach Litauen.
Mittwoch, 19. Oktober, 23.50 Uhr, Kabel eins: Children of Glory. Historiendrama über das Blutspiel von Melbourne, H/GB 2006.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; (02131) 902700 (dienstl.), Telefax (02131) 902430 (dienstl.) Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. www.allenstein-landkreis.de

Jomendorf-Treff

Sonnabend, 15. Oktober, 11 Uhr, Stadthalle Meinerzhagen, An der Stadthalle 1, 58540 Meinerzhagen: Kirchspieltreffen Groß Bertung. Das Programm:
11 Uhr: Gottesdienst
13 Uhr: Mittagessen
15 Uhr: Kaffeetrinken
17 Uhr: Eröffnung des Tanzabends
Weitere Informationen bei: Ewa Schmidt-Bünger, Telefon (02372) 2786 oder 015785758666, Internet: www.kirchspiel-bertung.de



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Gerhard Morchel neuer Kreisältester



Angerburger Tage in Rotenburg/Wümme: Für seine Heimattreue zeichnete Kurt-Werner Sadowski den heute in den USA lebenden Angerburger Hans Sadlack aus Bild: Heinz Wolfgang Malessa

Eingeleitet wurden die 62. Angerburger Tage in Rotenburg (Wümme) mit einem Gedenken am Patenschaftsstein im Amtshofpark des Rotenburger Kreishauses. Vor etlichen Teilnehmern und bei Nieselregen gedachte Kreisvertreter Kurt-Werner Sadowski der vielen Opfer bei Flucht und Vertreibung, Deportationen sowie aller Kriegstoten und erwähnte, dass 12 298 Personen aus dem Kreis Angerburg in Ostpreußen den Zweiten Weltkrieg nicht überlebt haben.

Um 9.30 Uhr eröffnete der Kreisvertreter die 67. Kreistagssitzung als Delegiertenversammlung und begrüßte besonders Landrat Hermann Luttmann vom Landkreis Rotenburg (Wümme) sowie die erschienenen Mitglieder der Angerburger Kreisvertretung. Der Landrat überbrachte die Grüße des Rotenburger Kreistages und sicherte den Angerburgern auch für die Zukunft die Unterstützung des Patenschaftsträgers zu. Weiter berichtete der Landrat über das Ergebnis der Kreistagswahl im Landkreis Rotenburg (Wümme) vom 11. September 2016. Mit unverändert 23 Sitzen bleibt die CDU die stärkste Fraktion, die SPD erhält 16 Sitze, die Grünen 5 Sitze, die WFB 3 Sitze, die AfD 3 Sitze, die FDP 2 Sitze, die Linke 1 Sitz und die Freien Wähler 1 Sitz im Rotenburger Kreistag. Heinz Günther Bargfrede von der CDU-Fraktion und Hartmut Vollmer vom Heimatverein der Börde Sittensen sprachen Grußworte.

In seinem Arbeitsbericht erwähnte der Kreisvertreter, dass er in den letzten zwölf Monaten an 39 Tagen mittwochs von 8.45 Uhr bis 12.45 Uhr in der Rotenburger Geschäftsstelle für Rückfragen zur Verfügung stand, und die Kreisgemeinschaft außerdem an 26 Tagen vertreten hat. Darunter neun Tage mit der CDU/FDP Fraktion in Stuhm und Angerburg. Abschließend dankte der Kreisvertreter allen, die durch Spenden oder aktive Mitarbeit die Heimatarbeit der Kreisgemeinschaft unterstützt haben.

Brigitte Junker erläuterte den allen Kreistagsmitgliedern zugegangenen Kassenbericht für das Geschäftsjahr 2015. Leider lagen die Ausgaben deutlich über den Einnahmen. Nicht nur die Anzahl der Bezieher des Angerburger Heimatbriefes ist erheblich zurückgegangen, sondern damit auch das Spendenaufkommen.

Zur Finanzierung der satzungsgemäßen Aufgaben, unter anderem die Durchführung von Heimatkreistreffen, die Herausgabe des Angerburger Heimatbriefes, die Unterstützung deutscher Bewohner im Kreis Angerburg, ist die Kreisgemeinschaft dringend auf Spenden angewiesen. Jeder Euro zählt und jeder Euro kommt gut an.

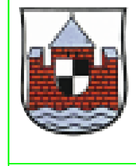
In diesem Zusammenhang wird angemerkt, dass alle Vorstandsmitglieder ehrenamtlich tätig sind und auch keine Aufwandsentschädigung erhalten. Es werden auch keine Honorare für Berichte im Angerburger Heimatbrief gezahlt. Brigitte Junker dankte ebenfalls allen Spendern und bedankte sich bei Frauke Rosin, Ursula Grisar und Günther Kuhn für die reibungslose Zusammenarbeit. Susanne Hagen und dem Redaktionsteam dankte sie für die gelungenen Heimatbriefe. Nach den Berichten bescheinigte Kassenprüfer Günter Büttner der Schatzmeisterin eine vorbildliche Kassenführung und beantragte, der Schatzmeisterin und den übrigen Vorstandsmitgliedern Entlastung zu erteilen, die einstimmig erfolgte. Für den verstorbenen Kassenprüfer Hans-Georg Malz wurde Rolf Liebeneiner gewählt.

Im Mittelpunkt der 67. Sitzung des Angerburger Kreistages standen jedoch Ehrungen auf der Tagesordnung. Auf Vorschlag des Vorstandes wurde der Pfarrer im Ruhestand Gerhard Morchel wegen seines großen Engagements für Angerburg und Ostpreußen einstimmig das Amt eines Kreisältesten verliehen. Auch an dieser Stelle herzlichen Glückwunsch zu dieser ehrenvollen Auszeichnung. Leider konnte Gerhard Morchel die Urkunde aus gesundheitlichen Gründen nicht persönlich entgegennehmen.

Für seine Heimattreue wurde der 1931 in Angerburg geborene Hans Sadlack – er wohnt in Burnsville MN, USA – mit dem Ehrenteller der Kreisgemeinschaft ausgezeichnet. Er gehört seit 1985 der Angerburger Kreisvertretung an und hat sich durch seine Berichte im AHB sowie durch seine sachlichen Beiträge im Angerburger Kreistag verdient gemacht. Früher besuchte Hans Sadlack die Angerburger Tage jährlich, inzwischen alle zwei Jahre. Begleitet wurde Hans Sadlack von seiner Ehefrau, die einen Blumenstrauß erhielt.

Zum Schluss überreichte der Rotenburger Landrat Hermann Luttmann allen Kreistagsmitgliedern zur Erinnerung an die Mitgliedschaft im Angerburger Kreistag ein Buchgeschenk. Mit einem Empfang des Landkreises Rotenburg (Wümme) endete die 67. Sitzung der Angerburger Kreisvertretung.

Kurt-Werner Sadowski



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Kreistag in Köln

15. Oktober, Köln: Kreistag im Kolpinghaus Messehotel, Theodor-Hürth-Straße 2–4, 50679 Köln-Deutz.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Treffen der Heimatgruppen

Heimatgruppe Kiel – Treffen in jedem Monat am zweiten Donnerstag im Café Rebecca in der Matthias-Claudius-Kirche in Kiel-Suchsdorf. Informationen: Hellmut Jucknat, Telefon (0431) 311972.

Insterburger Teutonen – Sonnabend, 22. Oktober, 14, Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumehaller Weg 43, Osnabrück: Gemütliches Beisammensein. Gäste sind herzlich willkommen.

Heimatgruppe Köln – Mittwoch, 26. Oktober, Restaurant Em Kappeseng, Aachener Straße 1332, Köln-Weiden: Gemeinsames Treffen. Informationen: Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.



Königsberg-Land: Die Mitglieder des Kreisausschusses vor dem Patenschaftsstein in Minden Bild: privat



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Ausschusssitzung und Lesung

Unsere Kreisausschusssitzung fand am 9. September in Minden im Hotel Holiday Inn statt, weil wir für den Nachmittag zu einer Lesung von Tatjana Gräfin Dönhoff aus ihrem Buch „Die Gustloff" eingeladen hatten. Unser Geschäftsführer, Herr Mückenberger, berichtete über die Arbeitsweise in der neuen Geschäftsstelle in Frille, in der Nähe von Minden. Es bedeutet schon eine Umstellung. aus einem großzügigen Büro nebst anschließendem Samland-Museum im Preußen-Museum in einen etwa 16 Quadratmeter großen Raum umzuziehen und dort die Arbeiten auszuführen, die bisher in Minden geleistet wurden.

Nichtsdestotrotz: Die Kreisgemeinschaft bleibt in Minden, der Kreisstadt unseres Patenkreises. In unserem neuen Büro in Frille werden alle Arbeiten ausgeführt, die unseren Heimatkreis betreffen (Mühlenbauhof NRW, Schwarzer Weg 2, 32469 Petershagen-Frille, Telefon 05702/8517210). Sie erreichen uns aber auch weiterhin über die Telefonnummer (0571) 46297. Wichtig ist zum Beispiel immer noch das Scannen der Fotos unserer Kirchspiele, die noch nicht bearbeitet werden konnten. Wir gehen davon aus, dass dies bis zum Ende des Jahres erledigt sein wird. Zwei DVD konnten bereits Herrn Schirmacher zur Beschriftung übergeben werden.

Ein weiterer Punkt unserer Tagesordnung galt dem Ostpreußenkalender für das Jahr 2017. Wie bereits im letzten Jahr in Wort und Bild dargestellt, zeigt der Kalender Majolikaerzeugnisse aus der Zeit der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Sie gehören heute zum größten Teil der Stiftung Königsberg oder auch dem Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg, wobei zwischenzeitlich erstere auch nach Lüneburg verbracht wurden.

Vor unserer Ausschusssitzung stellte Tatjana Gräfin Dönhoff ihr Buch „Die Gustloff" vor. Im schönen Wintergarten des Hotels fesselte die Autorin die Zuhörer mit ihrer dramatischen Darstellung des größten Schiffsunglücks, das es je gegeben hat. Niemand blieb unbeeindruckt von der Schilderung des Chaos an Bord, nachdem drei Torpedos des sowjetischen U-Boots S-13 die Bordwand des Schiffes durchschlagen hatten. Für 9000 Menschen gab es keine Rettung. Sie starben im eiskalten Wasser der Ostsee. Erschüttert von dem Vortrag hatten die Zuhörer viele Fragen an die Autorin. Geduldig und ausgiebig gab sie, soweit möglich, Antwort. Die gelungene Lesung ermuntert zu einer weiteren heimatlichen Veranstaltung.

Gisela Broschei, Kreisvertreterin



LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562. info@strammverlag.de, Internet: www.labiau.de.

Erlebnisreiches Wochenende

Wir Labiauer und unsere Gäste können auf ein schönes, interessantes Wochenende vom 9. bis 11. September anlässlich des Kreistreffens zurückblicken. Start war bereits am Freitag mit dem Begrüßungsabend in der festlich geschmückten Stadthalle in Otterndorf. Der Hallenschmuck war dieses Mal dem Hauptthema: „Leben im Moor – einst und jetzt", gewidmet. So fand der Besucher Torfsoden und auch traditionelles Arbeitsgerät vor. Bei selbstgebackenen Kuchen, die nach ostpreußischen Rezepten gebacken wurden und anderem mehr machten wir uns einen gemütlichen Abend. Über die Überraschungsgäste aus Otterndorf, den Stellvertretenden Samtgemeindebürgermeister Maik Schwanemann, der auch Mitglied im Goldaper Kreistag ist, und Ursula Holthausen, Stellvertretende Bürgermeisterin von Otterndorf, haben wir uns sehr gefreut.

Das Hauptkreistreffen am Sonnabend begann mit einer Feier am Labiauer Gedenkstein, dieses Mal zum Gedenken an unsere am 19. Mai verstorbene langjährige Kartei- und Geschäftsführerin Hildegard Knutti. Die Kreis-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17





Oben: Eine Fahrt mit der Moorbahn stand am Sonntag beim Labiauer-Treffen auf dem Programm Links: Brigitte Stramm (m.) bei der Feier am Gedenkstein Bilder: privat

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

vertreterin würdigte die außerordentlichen Verdienste einer Frau, die ihr ganzes Leben in den Dienst der Kreisgemeinschaft gestellt hat. Aus ihrem Kirchspiel Kaimen fand ihre Schicksalsgefährtin und Kirchspielvertreterin Ilse Hunger warme Worte des Gedenkens. Mit dem Ostpreußenlied und dem Ausstreuen von Heimaterde verabschiedeten wir Labiauer uns von ihr.

Zum Treffen hatten sich zirka 130 Labiauer aus Stadt und Kreis in Otterndorf eingefunden. Bei der Feierstunde anwesend waren der Samtgemeindebürgermeister Harald Zahrte, sein Stellvertreter Hans-Volker Feldmann, Bürgermeister Claus Johannsen und die Stellvertretende Bürgermeisterin Ursula Holthausen sowie der Ehrenbürgermeister Hermann Gehrken, der uns mehr als 40 Jahr in seiner Eigenschaft als Bürgermeister, aber auch als lieber Freund begleitet hat.

Vom Torhausteam war der Gumbinner Reiner Langwaldt gekommen. Es war schön, auch einen aus Kalifornien angereisten Landsmann dabei zu haben: Siegfried Kross, der aus Jorksdorf stammt. Der Festredner Karl-Heinz Schacht aus Ahlen-Falkenberg hielt einen interessanten bebilderten Vortrag über das „Moor im Wandel der Zeit“.

Die Kreisvertreterin Brigitte Stramm moderierte die Veranstaltung und schilderte, dass Moorgebiete den Landkreis Cuxhaven genau so prägen, wie den Kreis Labiau. Bei der Auswahl der Patenkreise in Westdeutschland war das im übrigen auch der Grund, gerade eine Patenschaft mit dem damaligen Kreis Land Hadeln einzugehen, beziehungsweise auch umgekehrt. Die Strukturen ähnelten sich auf jedem Gebiet. So fanden die Menschen, die ihre Heimat verloren hatten, einen Ankerplatz, der sie an Zuhause erinnerte und Geborgenheit vermittelten konnte. Dafür sind wir immer wieder sehr dankbar.

Brigitte Stramm führte auch die Besonderheiten des Großen Moosbruchs auf, schilderte das Leben und Arbeiten im Moor. Während der Feierstunde war Herr Grewe von der „Niederelbezeitung“ anwesend, der für die Montagsausgabe der Zeitung einen ausführlichen Bericht über die Veranstaltung schrieb. Ein dickes Dankeschön geht an die Elbemusikanten, die unsere Veranstaltung musikalisch auf wunderbare Weise begleiteten. Die Feierstunde wurde, wie üblich, mit der Kette zur Heimat und dem Ostpreußenlied beendet.

Am Nachmittag traten dann zu unserer Freude Ballettgruppen des TSV Otterndorf auf. Die Jüngsten waren gerade drei Jahre alt. Sie tanzten Schmetterlinge und Blumen. Dann gab es noch nach Tschaikowski klassisches Ballett und wieder moderner „I'm singing in the rain“, schwungvoll und gekonnt. Mit Beifall wurde nicht gegeizt.

Während dieses Tages wurde auch unsere große Bilderausstellung gezeigt, Manfred Zink präsentierte seine Labiauer Firmengeschichten und Horst Warthun war an seinem Familienforschungsterminal stets umlagert. Das Torhaus mit der Sammlung Labiau/Ostpreußen wurde auch eifrig besucht. Die Bildershow zeigte Bilder aus dem Heimatkreis einst und jetzt. Der Abend klang aus bei Life-Musik eines Akkordeon-Duos, die mit ihrem schwungvollen Liedermix zum Tanz aufriefen.

Für den Sonntag war eine Fahrt mit der Moorbahn im Ahlen-Falkenberger Moor vorgesehen. Zirka 50 Personen waren dabei, damit war auch die Kapazität der Bahn erschöpft. Eine sehr interessante Fahrt mit Herrn Schacht als Lokomotivfahrer und Führer erwartete uns. Es war spannend, weil wir natürlich Vergleiche zu „unserem“ Moor zogen und es wurden fleißig Fragen gestellt. Die umfassende Information war sehr interessant und ist absolut empfehlenswert. Den Abschluss bildete ein gemeinsames Essen in einem Gasthof in Wanna.

Alle waren sich einig, die Tage im Patenkreis waren harmonisch und herzerwärmend, wie ein großes Familientreffen. Im Winter-Tohus-Heft wird ein bebilderter ausführlicher Bericht erscheinen. Auf ein gesundes Wiedersehen in 2017.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Vortrag über die Vogelwarte Rossiten

Sonnabend, 15. Oktober, 15.30 Uhr, Lötzener Heimatmuseum in der Patenstadt Neumünster, Sudetenlandstraße 18 H (Böcklersiedlung): „Johannes Thienemann und die Vogelwarte Rossitten auf der Kurischen Nehrung“ – Vortrag von Dr. Christoph Hinkelmann, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. – Ab 10 Uhr ist an diesem Tag Gelegenheit, die Sonderausstellung „Burgen des Deutschen Ordens – Gemälde von Reinhard Bergmann“ zu besuchen. Der Eintritt ist – wie immer – frei.



MOHRUNGEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Stellv. Kreisvertreterin; Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Stellv. Kreisvertreterin Monika Buddych, Op de Dümmer 32, 45772 Marl/Westf., Telefon (02365) 691690. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Ein harmonisches, gelungenes Treffen

Die Kreisvertreterin Ingrid Tkacz berichtet über das diesjährige Heimatkreistreffen am 17. und 18. September in Bad Nenndorf:

Liebe Kreis Mohrunger, liebe Heimatfreunde,

für Ihr Kommen zu unserem diesjährigen Heimatkreistreffen, welches unter dem Motto „Erntefest in Ostpreußen“ stattfand, möchte ich Ihnen ganz herzlich danken. Es war sehr erfreulich festzustellen, dass zu den Teilnehmern auch die „Mittlere Generation“ gehörte. Bereits am Freitag sind die ersten Teilnehmer angereist. In die Anwesenheitslisten haben sich sechzig Personen eingetragen. Große Freude herrschte unter anderem auch darüber, dass viele Enkel mit ihren Großeltern teilnahmen. Das ist unser Ziel: Das Interesse und die Geschichte unserer Heimat auch den Nachkommen näher zu bringen.

Am Samstag, 17. September, ab 10 Uhr war Einlass in die Veranstaltungsräume. Eine Bilderausstellung mit Aquarellen aus dem Kreis Mohrungen ließ sich dort besichtigen. Unser Kreistagsmitglied Erwin Kornitzki hatte sie hervorragend vorbereitet und zusammengestellt. Auch Büchern und ostpreußische Spezialitäten wurden angeboten.



Mohrungen: Beim Heimatkreistreffen in Bad Nenndorf berichtete Bodo Richter von seiner abenteuerlichen Fahrt mit einem Oldtimer-Trecker nach Ostpreußen. Unten: der Lanz-Bulldog vor dem Rathaus von Mohrungen Bild oben: privat



Foto: Bodo Richter

Um 12.30 Uhr begann die vierte Sitzung des achten Kreistages im Sitzungsraum im Grandhotel Esplanade. Die Sitzung war öffentlich. Nach der Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit wurden weitere Tagesordnungspunkte behandelt. So wurde das Jahresergebnis 2015, die Stellungnahme der Kassenprüfer sowie der Haushaltsplan 2017 vorgestellt und erläutert. Erfreulicherweise konnte der Schatzmeister, Frank Panke, den Anwesenden von einer schwarzen Zahl berichten. Der Schatzmeister und der Vorstand wurden für das Geschäftsjahr 2015 einstimmig entlastet.

Unter anderem wurde über die Archiv-Situation in unserer Patenstadt Gießen diskutiert. Wegen der Satzungsänderung wurden Anträge aus 2015/2016 behandelt mit folgender Abstimmung, dass bei Neuwahlen statt 15 Mitglieder, nur noch elf Mitglieder gewählt werden. Der Verlauf der Sitzung war einvernehmlich und mit guten Ergebnissen.

Nach der Sitzung wurden Filme gezeigt. „Land, Leute und ihre Verhältnisse von 1913 bis 1945 in Ostpreußen“ von Hermann Pölking war zu sehen. Desweiteren liefen Filme von W. Lansdorf: „Eine Reise durch Ostpreußen“, „Oberlandkanal“ und „Es war ein Land“. Die Anwesenden waren von den gezeigten Aufnahmen sehr begeistert. Am Abend begann der gemütliche Teil mit einer stimmungsvollen Musik.

Am Sonntag, 18. September, fand dann das eigentliche Heimatkreistreffen statt. Am Agnes-Miegel-Denkmal legten wir Blumen nieder und besichtigten des Hauses der Dichterin. Danach folgte die Feierstunde mit dem gemeinsamen Gesang von „Land der dunklen Wälder“. Nach der Begrüßung der Teilnehmer durch die Kreisvertreterin traten die Ehrengäste nacheinander für ihre Grußworte an das Rednerpult. Dazu zählten der Stellvertretende Samtgemeindebürgermeister Herr Varwig für die Stadt Bad Nenndorf, Ortsbürgermeister von Morungen im Harz Hartmut Reinicke und der mit einigen Vereinsmitgliedern angereiste Stellvertretende Vorsitzende, Waldemar Manka vom Verein der Deutschen Bevölkerung „Herder“ aus Mohrungen. Ganz besonders freuten wir uns über die übersandten Grußworte des Sprechers der Landsmannschaft, Stephan Grigat. Sie wurden von unserem Geschäftsführer Herrn Sommerfeld vorgelesen.

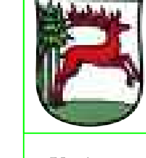
Wie immer, beeindruckte auch unsere Redakteurin und Lyrikerin Elisabeth Krahn mit ihrer Totenehrung. Auch unser Schatzmeister, Frank Panke, brachte viele mit seinen Gedanken über das Thema „Unser täglich Brot“ zum Nachdenken. Im Anschluss hielt unsere Kulturreferentin, Gisela Harder die Festrede zum Thema „Erntefest in Ostpreußen“.

Ein spontan ins Leben gerufener Chor intonierte das alte Bauernlied: „Wir pflügen und wir streuen“. Bodo Richter berichtete von seiner Reise im Jahr 2014 mit einem „Lanz-Bulldog-Traktor“ nach Mohrungen. Die Anwesenden waren über seine Erlebnisse sehr erstaunt und erfreut .

Ganz besonderer Dank geht an unseren Heimatmaler, Gerhard Hahn aus Güldenboden, jetzt Hannover, für seine der Kreisgemeinschaft Mohrungen gespendeten drei Ölgemälde mit Heimatmotiven. Leider konnte er aus persönlichen Gründen nicht zum Heimatkreistreffen kommen. Aber mit seinen guten Gedanken ist er uns immer heimatlich verbunden. Er hat uns damit eine sehr große Freude bereitet.

Nach den Dankesworten der Kreisvertreterin wurde gemeinsam die dritte Strophe des Deutschlandliedes gesungen. Es war ein sehr harmonisches und gelungenes Treffen. Unser Ziel ist es die Geschichte zu bewahren und die Gegenwart für unsere gemeinsame Heimat zu gestalten! In der Hoffnung auf ein gesundes und fröhliches Wiedersehen beim nächsten Heimatkreistreffen, am 16. und 17. September 2017 wieder in Bad Nenndorf, grüße ich Sie in heimatlicher Verbundenheit.

Ingrid Tkacz, Kreisvertreterin



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. Geschäftsführer: Hans Napierski, Heinrichstraße 52, 45701 Herten, Telefon (0209) 357931, Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Gelungenes Jahrestreffen

Erfreulich groß war die Anzahl der Besucherinnen und Besucher beim diesjährigen Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Ortelsburg im Kulturzentrum der Patenstadt Herne, die der Ehrenvorsitzende Edelfried Baginski begrüßen durfte. Etwa 500 Menschen hatten sich zu einem informativen und unterhaltsamen Treffen eingefunden, das nachdenklich mit der von Hans Napierski sensibel vorgetragenen Totenehrung begann. Die Anwesenheit von Vertretern fast aller Ratsfraktionen sowie die Grußworte von Staatssekretärin Ingrid Fischbach wurden mit besonderem Applaus bedacht. Ebenso die Grußbotschaft der verhinderten Bürgermeisterin von Szczytno Danuta Górska. Der Verein der Deutschen Minderheit in Ortelsburg war mit zehn Gästen vertreten. In seinen Grußworten betonte der stellvertretende Vorsitzende Pawel Samsel, wie wichtig ihm die Zusammenarbeit zwischen beiden Vereinen sei – auch für die Zukunft.

Andrea Oehler, Bürgermeisterin der Stadt Herne, wies in ihrer Rede auf die enormen Integrationsleistungen der Menschen aus Ostpreußen nach 1945 hin, die durch eigene Anstrengungen zu anerkannten Mitgliedern in ihrer neuen Heimat wurden. Diesen Gedanken nahm auch Dieter Chilla als Vorsitzender der Kreisgemeinschaft Ortelsburg auf: „Es gab 1945 keinen ausländischen Staat, der Flüchtlinge aus Ostdeutschland aufgenommen hätte. Eine Willkommenskultur existierte nicht. Die sogenannten Ostflüchtlinge integrierten sich weitgehend aus eigener Kraft, sie verstanden Integration als Bringschuld. Daraus wurde das, was man heute als Erfolgsgeschichte bezeichnet.“ Die im kommenden Frühjahr aus dem Amt scheidenden bisherigen Mitglieder des Kreisausschusses wurden mit der Ehrenmitgliedschaft der Kreisgemeinschaft Ortelsburg ausgezeichnet: Wolfgang Kempka, Ursula Greschkowitz, Willi Makowka, Brigitte und Hans Napierski, Irene Pichottka und Willi Bekker. Für ihren erkrankten Mann Dieter nahm Christel Sender Urkunde und Nadel entgegen.

Fröhliches, gemütliches Plachandern, aber auch nachdenklicher Gedankenaustausch erstreckten sich bis in den späten Nachmittag.



Jahrestreffen der Ortelsburger in Herne: Dieter Chilla verleiht Anstecknadeln und Urkunden an Kreistagsmitglieder, die demnächst aus dem Gremium scheiden Bild: privat



PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an Evelyn v. Borries, Telefon: (02103) 64759 oder Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net

Kreistreffen in Verden, Teil I

Liebe Kreis-Preußisch-Eylauer! Unser Kreistreffen in Verden liegt nun schon wieder hinter uns. Rückblickend können wir sagen, dass es gelungen war. Mit 132 gemeldeten Teilnehmern war es so gut besucht wie das vorjährige.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 17

Einschließlich der Verdener Gäste und der polnischen Delegation – eine russische war wegen gleichzeitiger Wahlen nicht gekommen – war der große Saal des „Niedersachsenhofs“, obgleich vorsorglich erweitert, bis auf den letzten Platz gefüllt. Mit dem Treffen haben wir wieder ein deutliches Bekenntnis zu unserer ostpreußischen Heimat abgelegt – die Verdener Presse berichtete positiv.

Über den eigentlichen Ablauf des Kreistreffens wird in der nächsten Ausgabe der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* mehr zu lesen sein. Hier folgen nun Eindrücke von der Begegnung mit der polnischen Delegation, die, mit Fahrern, aus zehn Personen bestand:

Die Delegationen der Partnerkommunen aus unserem Kreisgebiet sind nun schon seit 20 Jahren bei uns zu Gast, aber bei diesem Treffen herrschte doch, deutlich fühlbar, eine andere Atmosphäre. Man war sich näher gekommen. Schon früher war in Ansprachen öfters geäußert worden, dass die gemeinsame Heimat ein starkes Bindeglied sei. Jetzt war zu spüren, wie den Vertretern aus Bartenstein und Landsberg Stadt und Land diese Zusammengehörigkeit bewusst geworden war. Und sie brachten dies zum Ausdruck.



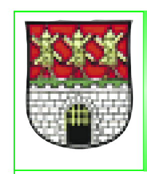
Preußisch Eylau: 132 Teilnehmer waren zum Kreistreffen nach Verden gekommen. Der Saal des Niedersachsenhofes war bis auf den letzten Platz gefüllt Bild: Birth

Beim Empfang des Verdener Landrats im Kreishaus überbrachte der Landrat von Bartenstein (Landsberg gehört heute zum Kreis Bartenstein) als Gastgeschenk Laibe von Brot, „gebacken aus Getreide, das in der Heimaterde gereift“ war.

Sicherlich sind sich Polen und Deutsche auch wegen der neuerlichen Spannungen zwischen Russland und der EU näher gekommen. Für die Vorsitzende, Evylin von Borries, und die Verdener Verantwortlichen hatte das Treffen schon am Donnerstagabend mit der Begrüßung der polnischen Delegation begonnen, die nach einer elfstündigen Busfahrt angekommen war. Eines der Gesprächsthemen war hier sogleich die Situation im russisch-polnischen Grenzgebiet und die Frage, warum der „Kleine Grenzverkehr“ nicht wieder eingeführt wird. Der Landsberger Bürgermeister Kostka wies auf die offizielle Erklärung hin, wonach dem polnischen Fiskus durch den Benzin- und Zigarettenschmuggel hohe Einnahmen entgingen. Andererseits ist jedoch unbestritten, dass der Kleine Grenzverkehr von großem Vorteil für beide Seiten war und dass seine Aufhebung der ohnehin wirtschaftsschwachen Region zusätzlich schadet.

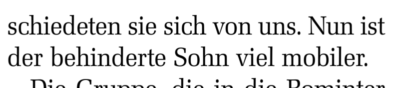
Bei der Besichtigung des Preußisch-Eylau-Museums zeigte sich, wie sehr die polnischen Besucher an der Geschichte des Landes, in dem sie jetzt leben, interessiert sind. Dies sollte uns ein Wink sein, an die gemeinsame Einrichtung eines historischen Museums im südlichen Teil unseres Heimatkreises zu denken. In der Stadt Preußisch Eylau existiert bereits ein solches, mit zahlreichen von der Kreisgemeinschaft gestifteten Exponaten. Die polnischen Gäste folgten sehr gerne auch unserer Einladung zu der gemeinsamen Kaffeetafel am Sonnabendnachmittag.

Einen nachhaltigen Eindruck hinterließ die Ansprache der Bürgermeisterin von Landsberg-Land, Bozena Olszewska-Switaj, in der Gedenkstunde am Sonntag. Sie sagte, die Gedanken zu dieser Rede seien ihr bei der Lektüre der kürzlich von Gerd Birth verfassten Chronik von Canditten gekommen. Sie sei tief berührt von dem Schicksal der Einwohner des Dorfs Canditten in den Jahren 1944 und 1945, gestehe andererseits aber ein, dass sich bei ihr die Gefühle von Scham und Schuld mit solchen von Vorwürfen über selbst erlittenes Unrecht vermischten, denn auch ihre Familie sei ein Opfer geworden, und zwar der Nationalsozialisten, die 1942 ihren Großvater erschossen hätten. Daraus habe sich ihr die Frage gestellt, wie dieses Nebeneinander der Gefühle eigener Schuld und der Beschuldigung anderer aufgelöst werden könne. Ihre Antwort sei die Aufforderung an den Einzelnen, Unrecht und Leid, das oft von Völkern und Staaten ausgehe, nicht mit neuem Unrecht an Unschuldigen zu vergelten. „Der Einzelne kann den Krieg nicht aufhalten, ein ungerechtes System nicht ändern, aber jeder von uns muss die moralische Messlatte hoch ansetzen, um in jeder Situation Mensch zu bleiben.“



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).



Hilfstransport und Folklorefestival

Der diesjährige Hilfstransport der Kreisgemeinschaft Schloßberg in den Heimatkreis fand vom 20. bis 27. September statt. Mit dabei war auch die Volkstanzgruppe Hemmoor, die zum zeitgleich stattfindenden Internationalen Folklorefest eingeladen war. Wir fuhren mit zwei Sprintern, die uns vom DRK/Katastophenschutz zur Verfügung gestellt wurden. Gestartet sind wir mit insgesamt 14 Personen Richtung Osten. Wir hatten einige materielle Spenden an Bord. Hinzu kam gesammeltes Geld, mit dem wir vor Ort Wünsche von unseren Partnern erfüllen konnten. Unser Weg führte über Hamburg, Lübeck, Stettin, Köslin bis zur ersten Übernachtung in Elbing.

Am nächsten Tag ging es weiter über Preußisch Holland, Heilsberg, Rastenburg zum Grenzübergang Goldap. Leider hatten wir nicht viel Zeit, uns die Sehenswürdigkeiten unterwegs anzusehen. Die Grenzabfertigung verlief ohne Probleme. Am Rande der Rominter Heide ging es weiter über Gumbinnen, Schloßberg nach Lasdehnen. Dort wurden wir an unserem Zielort im Kulturhaus von Mitgliedern der Folkloregruppe Tschebatucha und Vertretern der Kulturabteilung des Kreises sehr herzlich begrüßt. Abends wurde noch getanzt und etwas Kräftiges gegessen bevor es zur Pension in Hagenfließ ging.

Am nächsten Tag teilten wir uns in zwei Gruppen. Die eine fuhr in die Rominter Heide, die andere nach Tilsit, Schloßberg und Schillfelde. Mit den Leiterinnen der Kindergärten in Schillfelde und Schloßberg fuhren wir nach Tilsit. Dort kauften wir von den gesammelte Spenden für beide Kindergärten ein. Sie hatten sich große Papptafeln, Bügeleisen, Drucker und Druckerpapier ausgesucht Natürlich war die Freude groß, als wir sie übergaben. Auf Empfehlung hatten wir auch einen Rollstuhl mitgebracht. Er war für eine Familie in Schloßberg gedacht. Wir haben sie sehr überrascht. Mit großer Dankbarkeit und unter Tränen verabschiedeten sie sich von uns. Nun ist der behinderte Sohn viel mobiler.

Die Gruppe, die in die Rominter Heide gefahren war, konnte ebenfalls Gutes tun: Ein Mitglied der Kreisgemeinschaft Goldap hatte den Auftrag an Rußlanddeutsche Spenden zu verteilen. Interessante Gespräche ergaben sich ebenfalls zum Beispiel mit einem jungen russland-deutschen Gemüsebauern, der seine Produkte in Königsberg vermarktet.

Am Freitag fuhren alle gemeinsam per Bus mit einem Fahrer der Kreisverwaltung nach Königsberg. In der Hauptstadt schauten wir uns das Fischdorf, den Dom und das Bernsteinmuseum an. Anschließend ging es weiter an die Samlandküste nach Rauschen. Mit der Seilbahn fuhren wir zum Strand hinunter. Einige Teilnehmer nutzten die Möglichkeit sich das Wahrzeichen von Rauschen, den Wasserturm, anzusehen. Nach Mitternacht waren wir schließlich zurück in unserer Unterkunft in Hagenfließ.

Am Sonnabendvormittag teilten wir uns wieder in zwei Gruppen. Die eine besuchte ein Kloster in der Gegend von Tilsit. Die andere besichtigte das neu eingerichtete geschichtliche Museum in Lasdehnen. Dort waren auch die im Mai von der Kreisgemeinschaft Schloßberg übergebenen Bilder zu sehen. In der neu renovierten alten Schule wird nun alles viel übersichtlicher und nach Themen geordnet präsentiert. Nachmittags und Abends fanden erste Proben für das Folklorefestival am kommenden Tag statt. Gruppen aus Polen, Litauen, Königsberg und St. Petersburg, die Gastgeber Tschebatucha und natürlich unsere Gruppe aus Hemmoor waren dabei. Gerne nutzten alle die Gelegenheit sich kennenzulernen. Das Festival selbst begann mit einem gemeinsamen Marsch zum Festplatz in Lasdehnen. Dort konnten sich alle Gruppen auf der Bühne vorstellen. Anschließend begannen die Vorführungen.

Die Volkstanzgruppe aus Hemmoor bekam viel Beifall und hinterließ einen hervorragenden Eindruck bei ihren Darbietungen. Das gesamte Programm dauerte etwa vier Stunden. Auf dem Festplatz gab es auch Verkaufsstände mit Gebasteltem und russischen Leckereien. Alle Besucher und Teilnehmer wurden nachmittags kostenlos mit Suppe versorgt. Am Abend trafen sich die Folkloregruppen zu einem gemeinsamen Abschiedsessen in einem Restaurant in Lasdehnen. Die Stimmung war Dank der St.-Petersburger-Gruppe sehr gut. Sie hatten einen Akkordeonspieler in ihren Reihen, der immer wieder zum Singen und Tanzen aufforderte. Schließlich nahte der Abschied: Durch die Rominter Heide, über die Grenze bei Goldap, fuhren wir bis Danzig. Nach einem Rundgang durch die Altstadt ging es über Pommern und Mecklenburg zurück ins Hadelner Land.

Es war wieder eine schöne und interessante Reise. Unsere Gastgeber gestalteten uns einen angenehmen Aufenthalt. Wir lernten viele neue Leute und Gruppen kennen. Deutlich wurde aber auch, dass weitere Hilfe nötig ist. Danken möchte wir für die Unterstützung durch die Weser-Elbe Sparkasse, die Samtgemeinde Land Hadeln, die Kirchengemeinde Wanna, das DRK Wanna und Hemmoor, den Kindergarten Ihlienworth sowie weitere private Spender.

Norbert Schattauer



Schloßberg: Beim diesjährigen Hilfstransport in die Heimat konnte auch ein Rollstuhl übergeben werden Bild: privat



Tilsit-Stadt: Jubilar Manfred Urbschat (r.) nimmt die Glückwünsche von Hans Dzieran entgegen Bild: privat



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Manfred Urbschat wurde 80

Manfred Urbschat konnte in Cottbus seinen 80.Geburtstag feiern. 1936 in Tilsit geboren musste er im Alter von acht Jahren seine Heimatstadt verlassen. Die Familie wurde von der Roten Armee überrollt und 1947 nach Mecklenburg vertrieben. Er besuchte die Oberschule in Bad Doberan, machte das Abitur und schlug die Offizierslaufbahn ein. 30 Jahre diente er als technischer Offizier für Flugsicherungstechnik und erwarb die Abschlüsse als Diplom-Ingenieur für Hochfrequenztechnik und als Fachingenieur für Mikroprozessortechnik. Seit dem Eintritt in den Ruhestand besuchte er mit der Stadtgemeinschaft Tilsit seine Heimatstadt und trat der Landsmannschaft Ostpreußen bei. Bei Heimattreffen und Ausstellungen übernahm er zahlreiche technisch-organisatorische Aufgaben und wurde in die Stadtvertretung gewählt. In seiner Wahlfunktion richtete er die Homepage „Tilsit-Stadt“ ein. Mit organisatorischem Geschick klassifizierte er das Tilsiter Archiv und machte es nutzerfreundlich. Darüber hinaus digitalisierte er sämtliche bisher erschienenen Tilsiter Rundbriefe auf CD und ermöglichte ihre Zugriffsbereitschaft und deren Erhalt für die Zukunft. 2009 wurde Manfred Urbschat zum Mitglied des Vorstands der Stadtgemeinschaft Tilsit gewählt und übt seitdem die Funktion des Geschäftsführers aus.

Anlässlich seines 80. Geburtstages besuchten ihn Mitglieder des Vorstands, überbrachten die Gratulation der Stadtgemeinschaft

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



Bund Junges Ostpreussen

Vorsitzender: Marius Jungk, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Donnerstag, 24., bis Sonntag, 27. November: Adventstreffen im ostpreußischen Osterode. Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html

Donnerstag, 29. Dezember, bis Dienstag, 3. Januar: Silvesterfahrt nach Ostpreußen: Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html



Baden-Württemberg

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

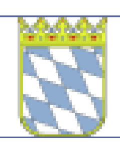
Landesgruppe – Mittwoch, 19. Oktober, 18 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Schloßstraße 92, Stuttgart: Beamervortrag zum Thema „Nur Störche kennen keine Grenzen – das alte Königsberger Gebiet und das postsowjetische Kaliningrad". Die Referentin Luise Wolfram aus Hannover wurde in Königsberg geboren. Sie ist Gymnasiallehrerin und Reiseleiterin. Sie begleitete ihren Mann, der über die EKD ab 1999 als Probst zum Aufbau der evangelischen Gemeinden von Rußlanddeutschen in Königsberg berufen wurde.

Das Ehepaar Wolfram hat Ende Mai die zwölfte große Gruppenreise ins nördliche Ostpreußen beendet und viele neue Informationen mitgebracht. Besucher erwartet ein interessanter Vortrag, zu dem auch alle Freunde und Bekannten herzlich eingeladen sind. Der Eintritt ist frei.

– Zum Vormerken –

Mittwoch, 26. Oktober, 19 Uhr Parkhotel Pforzheim, 140. Preußische Tafelrunde mit dem Schauspieler, Regisseur, Autor und Literatur-Performer Gerhard Friese und seiner abwechslungsreichen und interessanten Lesung über Günter Grass.

Ludwigsburg – Dienstag, 18. Oktober, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Stammtisch.



Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Sonnabend, 29. Oktober, 9.30 – 17 Uhr: Landeskulturtagung der Landsmannschaft im Kulturzentrum Ostpreußen, Schloss Ellingen.

Ansbach – Sonnabend, 15. Oktober, 15 Uhr, Orangerie: Bericht von Ute Bach über den Westpreußen-Kongress im Frühjahr. – Sonnabend, 29. Oktober: Landeskulturtagung im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen.

Bamberg – Mittwoch, 19. Oktober, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Erntedankfeier.

Kitzingen – Freitag, 14. Oktober, 15 Uhr, Hotel Würzburger Hof: Erntedankfeier mit Vorträgen von Mitgliedern.

Landshut – Dienstag, 18. Oktober, 14 Uhr, Gasthof „Zur Insel", Badstraße 16: Gemeinsame Zusammenkunft mit einem Vortrag über Immanuel Kant.

– Zum Vormerken–

Mittwoch, 2. November: Gedenken an die verstorbenen Landsleute. Der Zeitplan:

11.45 Uhr: Achdorfer Friedhof
12.30 Uhr: Nordfriedhof
13.30 Uhr: Hauptfriedhof (Eingang Marschallstraße). Anschließend Kaffeetrinken.

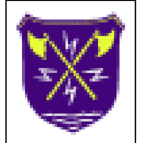
München – Freitag, 14. Oktober, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Zusammenkunft der Frauengruppe. – Sonnabend, 22. Oktober, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München; Gemeinsame Kaffeetafel. Anschließend Erntedank mit kleinen Geschichten und Singen.

Nürnberg – Dienstag, 25. Oktober, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnberg-Langwasser: Erntedankfest. Gegenüber des Hauses der Heimat liegt die Endhaltestelle der U1.

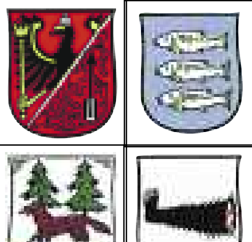


Berlin

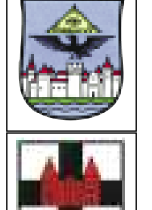
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Anfragen zu gemeinsamen Treffen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 18. Oktober, 13 Uhr, Restaurant Muna, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Erntedankfest mit Essen. Anfragen Gumbinnen: Joseph Lirche, Telefon (030) 403 26 81, Johannisburg und Sensburg, Andreas Maziul (030) 5429917, Lötzen: Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633



Tilsit-Ragnit, Tilsit-Stadt – Sonnabend, 22, Oktober, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Gemeinsames Treffen. Anfragen bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881.



BjO-Herbstseminar

Die Wechselbeziehungen zwischen Preußen und Österreich in Geschichte und Kultur sowie der Themenkomplex Flucht und Vertreibung in Österreich standen im Mittelpunkt des diesjährigen BJO-Herbstseminars, das Anfang Oktober in Bad Honnef bei Bonn stattfand. Rund 30 Teilnehmer beteiligten sich an der von Gesa Bierwerth und Jochen Zauner organisierten viertägigen Veranstaltung. Einen ausführlicheren Bericht wird die *PAZ* in einer der nächsten Ausgaben veröffentlichen.



Um Preußen und Österreich ging es unter anderem beim viertägigen BjO-Seminar Bild: Göllner



Brandenburg

Vorsitzender: Hans-Jörg Froese, Phoebener Chausseestraße 10, 14542 Werder, Telefon: (03327) 741603, E-Mail: lo.lg.brandenburg@googlemail.com

Landesgruppe – Sonnabend, 29. Oktober, 10 Uhr, Veranstaltungsraum I. Etage, Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Am Neuen Markt 9, 14467 Potsdam: Der Vorstand der Landesgruppe lädt alle Ostpreußen und an Ostpreußen Interessierten zu einer Gemeinschaftsveranstaltung mit der Prussia-Gesellschaft (Duisburg) und der Preußen-Stiftung Tolkemita (Potsdam) ein. Die Teilnahme ist kostenfrei, Gäste sind willkommen. Der Hauptbahnhof ist fußläufig erreichbar, Parkplätze und Tiefgarage vorhanden. Das Programm:

10 Uhr: Begrüßung

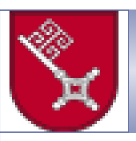
10:15 Uhr: Vortrag von Reinhard Grunenberg, Berlin, über das „prußische Gold", den Bernstein. Schwerpunkt: Handelswege nach Griechenland, Rom, Ägypten.

12 bis 14 Uhr: Mittagspause mit Gelegenheit zum Gedankenaustausch oder zur Besichtigung der Museums-Galerie „Die Ersten Preußen" oder der Ausstellungen im Haus der brandenburgisch-preußischen Geschichte (HBPG)".

14 Uhr Professor Ingo Sommer, Kleinmachnow, referiert zum Thema „Friedrich Wilhelm IV. – er wollte das schönere Preussen". Zahlreiche Bilder veranschaulichen seine Ausführungen. Sommer geht unter anderem auf das Wirken von Karl Friedrich Schinkel und Friedrich August Stuler in Ost- und Westpreußen ein. Im Anschluss besteht die Möglichkeit zur Diskussion.

16 Uhr: Gunter Dehnert, Greifswald, beleuchtet in seinem Vortrag die Frage „Die ‚Gesamterhebung' – ein zu Unrecht vergessenes Großforschungsprojekt der Bundesrepublik?" Eingangs wird das Pommersche Landesmuseum in Greifswald vorgestellt.

Die Veranstaltung endet gegen 17:30 Uhr.



Bremen

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Donnerstag, 20. Oktober, 15 Uhr, Großer Salon, Hotels zur Post, Bahnhofsplatz 11: Vorstellung von „Ostpreußisches Wortschatzkästchen", dem neuen Buch unseres Mitgliedes Klaus Papies. Der Autor hält einen bio-

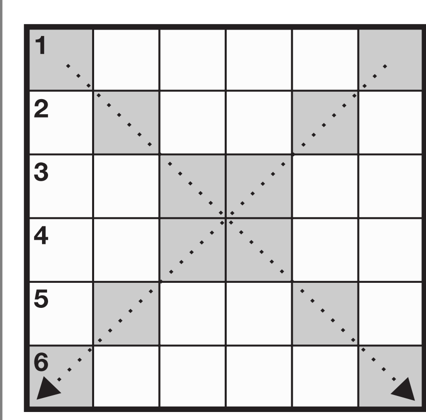
Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20

Sudoku

8			9		4			7
		3				2		
	2		6		7		5	
2			8	4	3			5
		5				8		
7			1	9	5			3
	3		7		2		8	
		7				6		
5			4		9			1

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



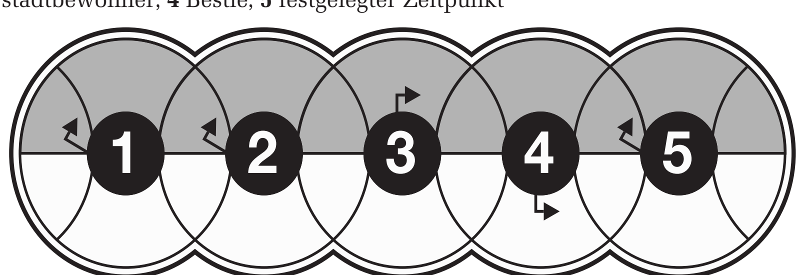
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Werkzeuge.

1 höherer Schulabschluss
2 arabisches Fürstentum
3 Erquickung, Erfrischung
4 Einfuhr
5 Weizenbier (volkstümlich)
6 Versehen, Irrtum (lateinisch)

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Wort für Betriebsangehöriger, Angestellter.

1 Durchschnittswert, 2 Hafenstadt in Südostitalien, 3 schweizerischer Hauptstadtbewohner, 4 Bestie, 5 festgelegter Zeitpunkt



PAZ16_41

Schöne Stunden

Das 21. Landestreffen der Ostpreußen

Erschöpft, aber sehr zufrieden zeigte sich Manfred Schukat, Organisator des 21. Landestreffen der Ostpreußen von Mecklenburg-Vorpommern, am Tag nach dem großen Ereignis. 1500 Teilnehmer waren am Sonnabend, den 8. Oktober nach Neubrandenburg gekommen. Aus allen Heimatkreisen, aus allen Bundesländern sowie aus den polnischen, russischen und litauischen Teilen der Heimat waren die Ostpreußen und die Freunde Ostpreußens angereißt, um gemeinsam schöne Stunden im Jahn-Sport-Forum zu erleben. Zu den Ehrengästen zählten die Buchautorin und ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin Freya Klier, die Passagen aus ihrem Buch „Wir letzten Kinder Ostpreußens“ vortrug, sowie Philip Kiril Prinz von Preußen, der als Pfarrer eine bewegende Andacht hielt (ein ausführlicher Bericht über das Treffen folgt in der nächsten *PAZ*).



Fahneneinzug im Jahn-Sport-Forum Bild: Günter Muskat

Lesung in Lüneburg

Deutsche Geschichte in 100 Objekten“, heißt das kurzweilige Buch vonHermann Schäfer, einer der führenden Vertreter der deutschen Museumsszene. Am Mittwoch, 19. Oktober, stellt er es im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg vor. Die Veranstaltung beginnt um 18.30 Uhr. Eintritt: fünf Euro. Weiter Informationen: Ostpreußisches Landesmuseum, Telefon (04131) 759950, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

»Herbsttraum«

Schleswig: Geschenkideen aus der Heimat

Am 15. und 16. Oktober präsentiert die Arbeitsgemeinschaft „Hilfe für Euch“ im Kloster St. Johannis, Am St. Johanniskloster 4, in schleswig-holsteinischen Schleswig ihre wertvollen Handarbeiten aus Ostpreußen. „Herbsttraum“ heißt die Ausstellung. Das käufliche Angebot der Ausstellung wurde von Frauen gefertigt, die damit ein Zubrot für ihre Familien verdienen. Zum Kauf angeboten werden Accessoires für Wohnzimmer, Küche und Bad, die beliebten handgestrickten Socken und qualitätvolle Röcke und Zweiteiler sowie viele schöne Geschenkartikel. Dazu zählen Honig und Bernstein aus Ostpreußen, Kochbüchlein, Karten und handgefertigtes Konfekt. Der Erlös kommt einerseits den Näherinnen und anderen Handwerkerinnen zugute sowie andererseits etwa 300 bedürftigen Familien, die von der Arbeitsgemeinschaft ehrenamtlich betreut werden.

Es gibt Kaffee und selbstgebakkenen Kuchen. Die Ausstellung ist am Sonnabend und Sonntag, 16. Oktober jeweils von 11 bis 17 Uhr geöffnet.

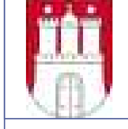


Socken, Röcke, Honig und mehr: Handgefertigtes aus Ostpreußen bietet die Ausstellung Herbsttraum Bild: privat

graphischen Vortrag über die fast zehnjährige Entstehungsgeschichte seines Wortschatzkästchens, die mit seiner Wiederannäherung an Ostpreußen verbunden ist.

Bei dem Buch handelt es sich um die schriftliche Überlieferung einer Schatztruhe origineller ostpreußischer Ausdrücke, Begriffe und Kommentare. Das kleine „Lexikon“ enthält den Gebrauchswortschatz einer ostpreußischen Familie, wie ihn der Autor als Angehöriger der zweiten Generation über mehr als 60 Jahre mit abnehmender Intensität erlebt hatte und in hartnäckiger Erinnerungsarbeit gerade noch rekonstruieren konnte. Die stärksten Impulse gab es noch in den Endvierziger und fünfziger Jahren, weil die Familie in diesem Zeitraum noch beisammen war. Im Laufe der weiteren Jahrzehnte aber nahm die Fülle des aktiven ostpreußischen Wortschatzes erheblich ab, bis sie sich auf wenige, immer wieder benutzte Lieblingswörter verengte. Es waren tiefschürfende archäologische Grabungsarbeiten im eigenen sowie im Gedächtnis der Familienmitglieder vonnöten, um so manchen, längst versunkenen Wort-Schatz wieder zu heben.

Diese für alle Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft offene Veranstaltung ist zugleich die Monatszusammenkunft unserer Frauengruppe.

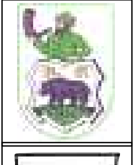


HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Landesgruppe – Donnerstag, 17. November, 14 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8, (unweit der S-Bahnstation Stadthausbrücke, U-Bahnstation Rödingsmarkt oder Haltestelle der Buslinien 6 und 37): Treffen der Gruppenleiter und Kulturreferenten im. Das Treffen am 20.Oktober entfällt.

KREISGRUPPEN



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat zum Singen und einem kulturellen Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Osterode – Sonnabend, 15. Oktober, 14 Uhr, Magnolienzimmer, Restaurant Ribling, Fuhlsbüttler Straße 755, 22337 Hamburg-Ohlsdorf; Herbstfest und gemütlicher Nachmittag mit Liedern und Erzählungen vom Herbstanfang. Wir beginnen mit einer gemeinsamen Kaffeetafel. Das Lokal liegt direkt am U/S-Bahnhof Ohlsdorf, Ausgang Fuhlsbüttler Straße.

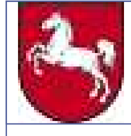


HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 15. Oktober, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus, Grundweg 10. Darmstadt-Kranichstein: Erntedankfest im festlich geschmückten Rahmen unter Mitwirkung der Musik und Gesangsgruppe Biebesheim-Dornheim. Wir freuen uns auf einen gelungenen Nachmittag und ein fröhliches Beisammensein bei Kaffee und Kuchen, der von Ursula Marquardt anlässlich ihres 90. Geburtstages spendiert wird. Alle, die gerne Mitsingen werden an diesem Nachmittag nicht enttäuscht. Gäste werden von uns immer herzlich willkommen geheißen.

Kassel – Donnerstag, 3. November, 14.30 Uhr, AWO-Heim, Am Wehrturm 3: Bildvortrag von Peter Lorenz über den „Bergpark Wilhelmshöhe – Natur und Kunst in Vollendung.“



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Osnabrück – Dienstag, 18. Okto-ber, 16.30 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln. – Freitag, 21. Oktober, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Donnerstag, 27. Oktober, 14 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Sonnabend, 29. Oktober, 10 Uhr, Haus Union, Schenkendorfstraße, Oberhausen: Landes-Kultur- und –Frauentagung. Diese Vorträge stehen auf dem Programm:

10.45 Uhr: „Die Deutschen und ihr Nationalgefühl“, P. Börner

11.45 Uhr: „Zum 140. Geburtstag von E. T. A. Hoffmann“, Bärbel Beutner

13.15 Uhr: „Zwangsarbeiterentschädigung“, W. Kreuner

14 Uhr: „Kriegsfolgen: Traumatisierungen, Töchter ohne Väter, Gewalterfahrungen“, Bärbel Beutner

Das Schlusswort gegen 15 Uhr hält Jürgen Zauner. Das Haus Union ist mit der Straßenbahn zu erreichen. Von der Station „Feuerwache“ aus sind es noch zwei Minuten Fußweg. Die Tagungsgebühren betragen 15 Euro und sind vor Ort zu entrichten.

Bonn – Dienstag, 25. Oktober, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg: Treffen des Frauenkreises.

Dortmund – Montag, 17. Oktober, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenschule (Eingang Märkische Straße): Gemeinsames Treffen.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorffsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. – Sonnabend, 22. Oktober, 10 Uhr, GHH: „Geschichte Danzigs im Überblick“ – Vortrag von Professor Winfried Halder. – Freitag. 28. Oktober, 19 Uhr, GHH: „Schluck und Jau“ – Komödie von Gerhart Hauptmann. – Sonnabend, 29. Oktober, 15 Uhr, Eichendorff-Saal, GHH: Ostdeutsches Erntedankfest. Eintrittspreis für die Veranstaltung mit Programm: sechs Euro. Einlass ist ab 14 Uhr.

Gütersloh – Der Ostpreußische Singkreis trifft sich in unregelmäßigen Abständen montags von 15 bis 17 Uhr in der Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13. Neue „Drosseln“ sind immer willkommen. Kontakt: Renate Thamm, Telefon (05241) 40422.

Köln – Dienstag, 18. Oktober, 14.30 Uhr, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41 – 43: Treffen der Ostpreußenrunde. Es sind immer schöne Momente der Besinnung, wenn Mitglieder der Runde selbsterlebte Geschichten zu Gehör bringen. Haben Sie, die Sie als Ostpreußin oder Ostpreuße vielleicht noch nicht oder nur selten bei uns waren, auch welche im Gedächtnis? Kommen Sie doch mal wieder vorbei! Es lohnt sich auf jeden Fall.

Neuss – Donnerstag, 20. Oktober, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: „Tag der offenen Tür“ mit Kaffee und Kuchen.

Osnabrück – Zum Erntedanknachmittag konnte der stellvertretende Vorsitzende Dietmar Kutz zahlreiche Mitglieder und Gäste begrüßen. Mitglieder der Heimatgruppe hatten einen reichen Erntetisch gestaltet, von dem zum Schluss der Veranstaltung die Erntegaben mitgenommen werden konnten. Zum Auftakt des Erntedanknachmittags wurde gemeinsam das Westpreußenlied gesungen. Ein Sänger, begleitet von einem Zupforchester, erfreute mit musikalischen Einlagen. Wie zu jedem Erntedanknachmittag sprach Pastor Hans-Jürgen Kuhlmann auch in diesem Jahr über das Erntedankfest. Das Thema war „Herbstgold und Erntedank“. Er führte unter anderem aus, dass Erntedank begehen, auch bedeute, die kleinen Gaben, als das zu erkennen, was sie seien, ein Hinweis auf Gottes größere Gabe, die er für uns bereitet habe. Dieser Tag mit dem Danken für das, was uns in diesem Jahr geschenkt wurde, solle uns daran erinnern, dass Danken schön sei und dass es unser Leben reicher mache.

Der Chor, der sich um einige Sänger vergrößert hat, brachte unter Leitung von Else Tober Lieder wie „Gruß an die Heimat“ und „Die Heimat“ zu Gehör. Gemeinsam wurden in Begleitung des Zupforchesters „Bunt sind schon die Wälder“, „Es dunkelt schon in der Heide“ und weitere Lieder gesungen. Die Lesung „Tohus ist Tohus“ fand viel Beifall. In seinem Schlusswort bedankte sich Dietmar Kutz bei allen, die zum Gelingen des Erntedanknachmittags beigetragen hatten. Die Veranstaltung endete mit dem gemeinsamen Gesang des Ostpreußenliedes. *Barbara Kleine*

Witten – Montag, 17. Oktober, 15 Uhr, Versammlungsraum, Evangelisch-Lutherische Kreisgemeinde, Lutherstraße 6–10: Fragen und Wissen zu Ostpreußischen Kulturgütern.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

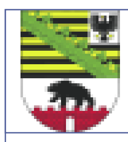
Hoyerswerda – Zum Tag der Heimat 2016 trafen die Landsleute aus den verschiedenen Vertreibungsgebieten und viele Prominente als Ehrengäste in der wunderbaren Lausitzhalle ein, um gemeinsam diesen Tag zu feiern, Es war ein warmer herrlicher Spätsommertag und unsere weite Fahrt war schon ein wunderbares Erlebnis. Der Saal der Lausitzhalle war bis auf den letzten Platz gefüllt.

Zur Eröffnung des Festtages spielten die Philharmoniker unter der Leitung von Torsten Vogel. Nach diesem fröhlichen Auftakt begrüßte uns die Vorsitzende der Gruppe, Gisela Lossack. Vertreter vieler Organisationen aus Hoyerswerda waren der Einladung gerne gefolgt. So konnten zum Beispiel folgende Ehrengäste begrüßt werden: Friedhart Vogel, Superintendent im Ruhestand, die Bundestagsabgeordnete Maria Michalk, und Generalsuperintendent Herr Herche. Die Totenehrung sprach Friedhard Vogel. Er gedachte aller Opfer des Krieges sowie der danach von uns gegangenen Landsleuten. Auch erinnerte er an die vielen Menschen, die heute noch vertrieben werden. Die Festrede hielt Udo Witschas aus Bautzen, der Stellvertreter des dortigen Landrates.

Der Chor der Volkssolidarität von Hoyerswerda erfreute mit einem bunten Strauß von Melodien und lud zum mitsingen ein. Herr Wagenknecht von Schlesien trug in seiner Mundart ein lustiges Gedicht vor. Danach hörten wir mit großer Freude die Philharmoniker unter der Leitung von Torsten Vogel. Gemeinsam und unter musikalischer Begleitung der Philharmoniker wurden dann die Hymnen aus den Vertreibungsgebieten angestimmt.

Das Schlusswort sprach Gisela Lossack und sie bedankte sich ganz herzlich für das zahlreiche Erscheinen. Anschließend folgte eine erholsame Pause mit Kaffee und Kuchen. Es wurden viele gemeinsame Gespräche geführt.

Dieser herrliche gut organisierte Nachmittag wurde nur möglich durch die finanzielle Unterstützung des Sächsischen Innenministeriums. Wir sagen herzlichen Dank dafür. Der wunderbare Tag wird noch lange in guter Erinnerung bleiben. *Hannelore Kedzierski*

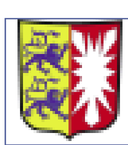


SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 21. Oktober, 12 Uhr, Gaststätte Wiesen-eck, Breiteiche: Erntedankfest.

Magdeburg– Freitag, 28. Oktober, 16 Uhr, TuS Zielitzer Straße: Singekreis. – Dienstag, 1. November, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Schwartau – 20. Oktober, 14.30 Uhr, AWO-Begegnungsstätte, Auguststraße 34a, 23611 Bad Schwartau: Monatstreffen mit dem Pastor im Ruhestand Axel Simanowski.

Mölln – Mittwoch, 26. Oktober, 15 Uhr, Quellenhof: H. J. Kämpfert hält einen Vortrag über „der Lachs“, die älteste Likörfa-brik in Deutschland und das Getränk Danziger Goldwasser.

Pinneberg – Sonntag, 16. Oktober, 12 Uhr: Preußische Tafelrunde mit gemeinsamem Essen und einem Vortrag von Edmund Ferner zum Thema „E.T.A. Hoffmann, das Universalgenie aus Königsberg“. Anmeldung: (04010) 62667.

Uetersen – Freitag, 14. Oktober, 15 Uhr, Haus Ueterst End, Kirchenstraße 7: Preußische Tafelrunde.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Das Essen aus der Box

Firmen beliefern Haushalte mit via Internet bestellten Lebensmitteln und Rezepten – Nur Kochen muss man noch selbst

Mit Service kann man in Deutschland punkten. Für gute Dienstleistungen sind hierzulande einige Menschen bereit, Geld auszugeben. Sogar viel Geld. Diese Nische haben vor einigen Jahren auch Lieferfirmen entdeckt, die sogenannte Kochboxen anbieten.

Der Markt boomt. Inzwischen gibt es etliche Anbieter in dem Liefersegment, wie Marley Spoon, Kochzauber, Kochhaus, Hello Fresh, Kommt Essen und Unsere Schlemmertüte. Enthalten sind in einer Kochbox je nach Anbieter und Box-Wahl drei bis fünf Rezepte für zwei, vier oder sechs Personen und alle dafür notwendigen Zutaten. Oder besser gesagt: so gut wie alle. Basiszutaten wie Salz und Pfeffer werden nicht mitgeschickt. Geliefert wird direkt an die Haustür. Einmal in der Woche. Denn das System funktioniert mit einem Abonnement. Wer pausieren will, weil er in einer Woche keine Zeit zum Kochen findet oder bei Freunden zum Essen eingeladen ist, muss sich mindestens eine Woche vorher online von seiner Kochbox beurlauben.

Doch wie gut ist dieser Service wirklich? Der Praxis-Test zeigt, dass die Zutaten, die exakt für die Rezepte abgemessen geliefert werden, einen enormen Berg an Verpackungsmüll verursachen. Dafür gibt es ganz klar Minuspunkte. Wir produzieren bereits ohne Kochboxen rund 600 Kilogramm Müll pro Kopf und Jahr in Deutschland (Zahl von 2014 laut de.statista.com).

In dem überdimensional großen Karton liegen kleinere Tüten aus Papier, die wiederum kleine Papiertütchen mit Gewürzen, Sojasauce in Plastikhülle und eine Chilischote enthalten. Schade ist, dass die zusätzliche Verpackungsmenge den Inhalt nicht so gut schützt, wie der Anbieter es geplant hat. In einem anderen Papierbehälter finden sich Nudeln, zumindest der größte Teil davon. Einige sind aus dem beschädigten Papier herausgerutscht und bewegen sich im freien Fall durch den Karton. Fleisch wird in üppigen Kühlelementen eingewickelt. Gemüse purzelt lose durch den großen Karton, frische Gewürze wie Basilikum sehen aus, als hätten sie die beste Zeit bereits hinter sich und die Tomatensauce aus dem Tetrapack ist ausgelaufen. Deshalb ist der Karton auch am Boden etwas durchgeweicht. Macht nichts, die Küche musste ohnehin wieder gewischt werden. Zeitersparnis sieht aber anders aus.

Der auf den Schaden hingewiesene Anbieter bedauert das tragische Einzelschicksal des verunglückten Pakets und besänftigt mit den Worten: Wir arbeiten ohnehin gerade an einer Umstellung auf eine optimierte Verpackung. Aha. Vielen Dank für das indirekte Eingeständnis. Das Problem ist also doch schon öfter aufgetreten.



Bild: pa

Für den Single-Haushalt reicht es: Kochbox mit allen Zutaten und Rezepten für eine Woche kulinarischen Glücks

Der Kochtest zeigt, dass die Rezepte durchaus lecker und interessant zusammengestellt sind. Wer meint, das Konzept der Kochbox sei für ihn ideal, sollte zunächst einmal verschiedene Anbieter testen, um das passende Angebot mit der persönlich favorisierten Geschmacksnote zu finden. Bei der Zubereitung nach Rezepten läuft es ähnlich. Einige sind sehr einfach, trotzdem ist die angegebene Zeit leider nicht ausreichend, um das Essen zuzubereiten. Egal. Wir haben ja den Weg zum Supermarkt gespart, oder?

Nachdem drei Tage lang gekocht wurde, sind alle Lebensmittel aufgebraucht. Im Kühlschrank herrscht gähnende Leere. Endlich also doch ein Vorteil: Es gibt keine Reste. Das ist schon mal gut, denn in Deutschland werden pro Kopf jährlich rund 82 Kilogramm an Lebensmitteln in den Müll befördert.

Aber benötigen wir tatsächlich jemanden, der uns Zutaten an die Tür liefert? Jemanden, der uns sagt, was wir kochen, und uns einen Speiseplan zusammenstellt? Es gibt Personengruppen, die den Lieferservice der Kochboxen sehr zu schätzen wissen. Zum einen sind es diejenigen, die lange arbeiten und deshalb gerne auf den sehr späten Besuch beim Supermarkt verzichten, vor allem, wenn der noch mit einem Umweg verbunden ist. In diese Kategorie fallen viele Single- und Zwei-Personen-Haushalte.

In diesen Fällen bringt die Kochbox den Vorteil, dass die Zutaten exakt für die gelieferten Rezepte bemessen sind und es keine Reste gibt. Ja, das Argument hatten wir schon. Offensichtlich haben immer weniger Menschen noch Kapazitäten und Energie, darüber nachzudenken, was mit einer halben Zucchini, zwei Tomaten und einem kleinen Stück Käse gekocht werden kann. Gewürze, die speziell für ein Gericht gekauft werden, stellen in der Regel ein geringeres Problem dar – schließlich sind sie länger haltbar.

Ebenfalls begeistert zeigen sich berufstätige Frauen, die sich neben der Lohnarbeit noch um den Haushalt und die Kinder kümmern. Sie sind froh, bei ihrem engen Terminkalender den Weg zum Supermarkt einsparen zu können. Nachhause kommen, Box vor der Tür finden und sofort loskochen, bringt der Kochbox in diesem Fall durch die Zeitersparnis einen großen Pluspunkt ein.

Die lästige Frage „Was koche ich heute?“ wird hier ebenfalls vom Kochbox-Team übernommen. Schließlich gibt es für jede Woche ein Rezeptangebot, aus dem man wählen kann. Vorlieben wie „ohne Fleisch“, „ohne Fisch“, „Bio-Lebensmittel“ oder „vegetarisch“ lassen sich inzwischen bei den meisten Anbietern ohnehin auswählen. Damit hängt in dieser Zielgruppe der Erfolg der Kochbox nur noch vom – oft unberechenbaren – Geschmacksnerv der lieben Kleinen ab. Wenn der Nachwuchs das Essen aus der Box nicht „cool“, „schmatz-schmatz“ oder einfach nicht lecker findet und den Teller wegschiebt, dann kann man einfach den Anbieter wechseln und testen, ob die Kinder die Rezepte der Konkurrenz lieber mögen.

Sollte das Essen wiederholt verschmäht werden, sind Zeit und Geld für den Kochbox-Einsatz jedoch vergeudet. Und dafür ist die Kochbox dann bei aller Liebe doch wieder zu teuer. Immerhin kostet das Vergnügen wöchentlich rund 40 bis 50 Euro. Aber Zeit ist Geld, und Zeit haben wir bekanntlich nie. Also her mit der Kochbox! *Stephanie Sieckmann*

Holz in der Hütte

Hotel im österreichischen Leogang bietet architektonische Sensation

Die pure Belebung der Sinne auf dem sonnigsten Hügel der Leoganger Bergwelt und ein einzigartiges Erholungsresort in Alleinlage, eben ein „Puradies“ mit vier Sternen, verspricht der Hotelier Michael Madreiter seinen Gästen. Bis Ende des Jahres wird im Salzburger Land eines der interessantesten Hotelneubauprojekte Österreichs realisiert. Schon jetzt bieten der „Embachhof“ und die Chalets des „Steinalmdorfs“ am Fuße des Asitz den Gästen Ruhe und Entspannung. Das neue „Puradies“ ist mehr als eine bloße Erweiterung der bestehenden Anlage, wartet es doch mit einigen Superlativen und exklusiven Höhepunkten auf.

Viel Holz gibt es im „Puradies“ nicht nur vor, sondern auch in der Hütte. Die zweistöckige, 500 Quadratmeter große Bar und Lounge „Freiraum“, ein wohl in ganz Europa einzigartiges innenarchitektonisches und handwerkliches Meisterstück, setzt international Maßstäbe. Aus 16 000 Eichenholzwürfeln entsteht hier ein durchgehendes Sitzmöbel, in dem Lounge, Bar, Wendeltreppe und Kunstobjekt ineinander verschmelzen. Die Idee zu dieser außergewöhnlichen Gestaltung kam Madreiter bei einem Barbesuch in Asien. Das aufsehenerregende Objekt ist 40 Meter lang und 4,5 Meter hoch. Gekrönt wird es von einem 3,5 Tonnen schweren Baldachin, der von der Decke abgehängt ist. Vor der Realisierung des Design-Höhepunkte stand die wohl größte Einzelbestellung von Eichenholz in Österreich. Auch kann nicht jeder Handwerker diese anspruchsvollen Holzarbeiten bewerkstelligen. Deshalb dauerte es lange, bis endlich der geeignete Profi für die schwierigen Fräsarbeiten gefunden war. Ein zweistöckiger Neubau mit viel Glas garantiert ein luftig-leichtes, Ambiente mit freiem Blick auf die Berge.

Einmaliges Meisterstück: Bar & Lounge „Freiraum“ Bild: Puradies

Zu der alpinen Urlaubsoase gehören 60 neue Suiten und Familiensuiten mit großen Terrassen, mehrere Restaurants, eine Pralinenmanufaktur, ein Streichelzoo, ein Naturbadesee, ein Wildgehege mit Hochsitz, ein Kinderspielraum und die Geißlerei mit Erzeugnissen des familieneigenen Biobauernhofs. Das Herzstück des Wohlfühl-Bereichs „Heaven SPA“ ist das Badhaus „Innere Mitte“ mit einem 360-Grad-Blick auf das Bergpanorama. Hier laden vier Saunen, Ruheräume auf zwei Ebenen, Erlebnisduschen, ein Fitness- und Yogaraum sowie eine Meditationsplattform zur Entspannung ein.

Auf weiteren 400 Quadratmetern gibt es Anwendungsräumlichkeiten aus Holz für Kosmetik, Massagen und Salzbehandlungen. Puren und ungestörten Luxus bieten die zwei 80 Quadratmeter großen „Private SPA-Suiten“ mit Champagner- und Teebar, Schwimmbad, Sauna, Infrarotkabine, Massageliege und Erlebnisdusche.

Wen es trotz dieser vielen Annehmlichkeiten nach draußen auf die Bretter zieht, dem hat Österreichs größtes Skigebiet Saalbach-Hinterglemm-Leogang-Fieberbrunn viel zu bieten. Direkt vor der Haustür warten 270 Kilometer Piste auf ihn. Und wenn kein Schnee liegt, lädt Österreichs größter Bikerpark zur Erkundung ein. *J.H.*

Telefon 0043(0)6583-20888, Internet: www.puradies.com

Bis sich die Balken biegen

Aus alt mach neu – Wer »chic« sein will, besitzt Möbel aus Altholz

Schlichte, derbe Möbel aus altem Holz sind noch ein Nischenprodukt der Möbelbranche, aber die Nachfrage nach dieser neuen Variante der rustikalen Sparte steigt. Tische und Sitzbänke, Kommoden, Betten und Regale aus bereits genutztem, wieder verwendetem Holz werden von den Herstellern als Luxusmöbel mit eigenem Charme beworben, als „Upcycling“ vom Feinsten mit viel Flair. Es ist genau das Richtige für Kunden, die etwas Besonderes wollen und bereit sind, dafür auch tiefer in die Tasche zu greifen.

Auch Gastronomiebetriebe haben entdeckt, dass die Gäste diesen Stil schätzen. Das beliebteste und teuerste Holz ist jahrhundertealte, dunkle Eiche. Günstiger zu haben sind Möbel aus Altholz von Tanne und Fichte, Holzarten, die in Osteuropa traditionell für den Hausbau und den Bau von Scheunen und Ställen verwendet wurden. Die Möbel werden entweder nach Muster oder persönlichen Wünschen angefertigt. Stark verwitterte oder sonnenverbrannte Oberflächen mit Rissen und Furchen stehen hoch im Kurs. Wahlweise wird die Oberfläche in Handarbeit gebürstet, Struktur gehobelt, geschliffenen, oder man belässt sie im Originalzustand.

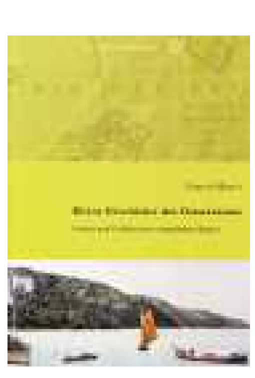
Kenner sprechen ihren Altholzmöbeln eine Urwüchsigkeit zu, die sie im Alltagsleben vermissen, dies umso mehr, wenn bekannt ist, wofür das Holz früher verwendet wurde. Aus gutem Grund bewerben die Hersteller, meist junge, engagierte Kleinunternehmer, aber auch altgediente Schreinereibetriebe, ihre Ideen und Produkte daher mit Angaben zur Herkunft und ursprünglichen Verwendung des Altholzes.

Einige Schreiner beschaffen sich das Holz aus der Region, andere überwiegend aus Osteuropa. Die Herkunftsangaben verweisen auf „ehemalige Scheunen und Fabrikgebäude“, „abgerissene, jahrhundertealte Bootsstege“, „historische Mühlen“, „historische Bandweberei“ oder auch „alte Holzpaletten vom Stückgutumschlag im Hamburger Hafen“.

Altholzstühle dienen eher als Dekoration Bild: Colourbox

Einige größere Unternehmen haben sich auf geschnittene alte Eiche für massive Tischplatten, Möbelteile, Stiegenbretter und Wandverkleidungen spezialisiert. Ihren Angaben zufolge stammt das Altholz durchweg von „rückgebauten Fachwerkhäusern“ in Osteuropa. Um sich ausreichend mit Rohmaterial zu bevorraten, haben diese Firmen ein europaweites Lieferantennetzwerk aufgebaut, das von Süddeutschland über Polen und die Tschechische Republik bis nach Ungarn und Rumänien reicht. Vor Ort werden die historischen Holzhäuser zerlegt. Anschließend müssen sämtliche Metallteile aus den Balken, Bohlen und Brettern entfernt werden. Alles finde in irgendeiner Form eine Wiederverwendung, und sei es als Restholz für Wärmekraftwerke, erklärt ein deutscher Anbieter von „nachhaltigen Altholzdielen“. Will wohl heißen, dass der umweltbewusste Kunde kein schlechtes Gewissen haben muss.

Das Gros der Nachfrage kommt aus Österreich und der Schweiz, dicht gefolgt von Deutschland. Da die Ressource Altholz begrenzt ist, stellt sich die Frage, ob auch alles mit rechten Dingen zugeht, wenn Firmen und ihre Lieferanten darum bemüht sind, laufend Bestellungen in großem Stil nachzukommen. Derzeit steht die Frage nicht im Raum, noch nicht. Dies könnte sich nämlich ändern, sobald Nachrichten über illegale Zerstörungen von Kulturgütern in den ost- und südosteuropäischen Ländern in die Schlagzeilen geraten. *D. Jestrzemski*



Geliebte Ostsee

Hommage an eine Region

Ulrich March, geboren 1936 im pommerschen Köslin, als dieses noch nicht das polnische Koszalin war, ist Norddeutschland durch seine Herkunft verbunden, auch dank seiner Vorbildung (Er promovierte in holsteinischer Geschichte), durch seinen Beruf als Gymnasial- und Hochschullehrer und durch seine Publikationen. Die vorliegende zum Ostseeraum imponiert: Auf knapp 100 Seiten so viele Fakten unterzubringen, sie mit Illustrationen anzureichern und leserfreundlich zu präsentieren, verrät Könnerschaft.

March liebt das Binnenmeer Ostsee, durch drei „schmale Wasserstraßen“ mit dem Weltmeer verbunden und umsäumt von einer „reich gegliederten geografischen Einheit“, die sich erst um 1000 nach Christus auch ethnisch differenzierte: Germanen im Westen, Finno-Ugrier im Norden, Balten im Osten und Slawen im Süden. Aus Großgruppen gingen Einzelvölker hervor, deren Koexistenz sich nur zweimal grundlegend änderte: im Spätmittelalter durch die deutsche Ostsiedlung und nach dem Zweiten Weltkrieg durch die brutale Vertreibung der Deutschen.

So tief diese Wandlungen ethnisch und territorial auch greifen mögen, charakterlich dominiert Gemeinsames, sagt March: „Den Menschen der Ostseeküste ist ein ruhig-gelassenes Wesen zu eigen (...) Bezeichnend ist ihr Realitätssinn. (...) Charakter und Lebensart haben sich an der Ostsee immer wieder zugunsten des politischen Konservatismus ausgewirkt.“ Als Kronzeugen ruft March Otto von Bismarck, der beim Weltuntergang nach Meck-lenburg gehen wollte, „denn dort ereigne sich alles fünfzig Jahre später als anderswo“.

Liebevoll strichelt March den deutschen Einfluss auf über einem Jahrtausend Ostseehistorie aus: in Politik (Deutscher Ritterorden), Architektur (Backsteingotik), Wirtschaft (Hanse), städtebaulich („Lübeck war im 14. Jahrhundert zweitgrößte Stadt Deutschlands“) und anderes mehr.

Deutsches Erbe nahmen andere auf, etwa die Polen, die Pommern seinen Namen gaben („po morje“ – am Meer) oder die Niederlande. Die blieb unter jeder Führung erfolgreich und „nicht zimperlich“ im Umgang mit Konkurrenz oder aufmüpfigen Mitgliedern. Die verfielen „im Unterschied zur Europäischen Union“ sofort der „Verhansung“, dem Hinauswurf.

Je näher man der Gegenwart kam, desto gefährdeter war die „Ruhe des Nordens“. „Nationalismus, Liberalismus, Sozialismus“ bewirkten Kriege, Revolutionen, Annexionen.

Gemeinsamkeiten der Bewohner überwiegen

Die Folgen schmerzen bis heute, da zum Beispiel Finnland, Deutschland und andere auf ihre früheren Ostgebiete verzichten müssen. Auf der Habenseite stehen alte (die „traditionelle Neutralitätspolitik“ Finnlands und Schwedens) und neue Gewinne (die Nato-Mitgliedschaft), und insgesamt erlebt der Ostseeraum eine „Renaissance seiner historischen Grundstruktur“: ethnische Vielfalt bei „gemeinsamer Grundüberzeugung“, begründet vormals durch Christianisierung, Hansezeit, Aufklärung und heute fortgesetzt in „nordi-scher Konsensdemokratie“ bei „wirtschaftlicher Verflechtung der Ostseestaaten“.

Das gilt natürlich auch für die nördlichen „Ossis“ (alias „Fischköpp“) in Mecklenburg-Vorpommern. 1989/90 hielten ihnen Sachsen, Berliner und andere vor, sie hätten sich zu wenig an der „Revolution“ beteiligt. Dabei bereiteten sie, die sich als „Süd-Schweden“ sahen, diese mental vor – in Tuchfühlung mit skandinavischen Fährschiffen, denen DDR-Touristen traurige „Sachsen-Blicke“ nachschickten. *Wolf Oschlies*

***Ulrich March: „Kleine Geschichte des Ostseeraums – Einheit und Vielfalt einer europäischen Region“**, Edition Pommern Elmenhorst 2016, broschiert, 104 Seiten, 12,90 Euro*

Nationen in Gefahr

Massenimmigrationskrise als neues Sozialexperiment

Das erste Opfer in einem Krieg ist die Wahrheit. Demnach müssten wir uns im Krieg befinden, denn die Wahrheit wird uns vorenthalten. Im Januar 2016 kamen mehr Immigranten aus der Türkei nach Griechenland als im Juni 2015. Heute hören wir, wenn überhaupt etwas zum Thema, der Flüchtlingsstrom sei zu einem Rinnsal geworden.

Hinter der scheinbaren Unmöglichkeit, die aktuelle Immigrationswelle zu stoppen, stecke in Wahrheit politischer Unwille, schreiben Václav Klaus und Jirí Weigl, die Autoren des Buches „Völkerwanderung“. Sie geben darin eine „kurze Erläuterung der aktuellen Migrationskrise“. Und die hat es in sich. Die Autoren teilen die Analyse von Thilo Sarrazin, dass wir uns in einem Sozialexperiment befänden, das dem gleiche, „das im vergangenen Jahrhundert im sowjetischen Regime stattgefunden hat“. Dieses Sozialexperiment sei aus der Ideologie der europäischen Spitzenpolitiker und der von ihnen praktizierten Politik entstanden.

Die Autoren vergleichen die Massenimmigration mit jener, die in der Antike das Römische Reich zerstört hat. Wir erlebten den Beginn der Destabilisierung Europas bereits mit. Beim Würzburg-Attentäter handelte es sich um einen angeblich „gut integrierten“ Immigranten. Das sei ein kleines Beispiel dafür, dass es das „Europa der Integration“ nur als Illusion gibt. Von den tragenden Ideen eines solchen Europas halten die Autoren den Multikulturalismus und den „Human Rightismus“ für am gefährlichsten.

„Diese Ideen stifteten Millionen von Menschen zum Verzicht auf ihr Zuhause an ... Sie wurden zu der irrigen und verabsolutierten Annahme verführt, dass Migration ein Menschenrecht sei, dass sich daraus andere Ansprüche automatisch ableiten würden – einschließlich der materiellen Versorgung der Migranten.“ Diese Sozialutopie werde Europa zerstören, denn sie sei ebenso wenig umsetzbar wie die bereits gescheiterten Sozialutopien des vergangenen Jahrhunderts.

Der Kardinalfehler aller Immigrationsbefürworter sei, dass sie die Argumente für die individuelle Migration einfach auf die Massenimmigration übertrügen. Dabei übersähen sie unbewusst oder absichtlich, dass individuelle Immigranten in ein Land kommen mit der Absicht, ein neues Leben aufzubauen und sich im Land anzupassen. Massenimmigranten kämen dagegen, um ihr gewohntes Leben mit mehr Sicherheit und materiellem Wohlstand fortzusetzen. Dabei spiele auch die Legende, dass in Europa die Regierungen Geld verteilen, wofür man nichts leisten muss, eine große Rolle. „Vom Neuen wird nur das übernommen, was vorteilhaft ist.“

Der zweite Fehler, wenn es sich dabei nicht um eine bewusste Irreführung der Öffentlichkeit handelt, sei, alle Immigranten als Asylsuchende zu behandeln. „Asyl bedeutet, einem Menschen eine vorübergehende Zuflucht zu gewähren, der vor politischer Verfolgung bzw. akuter Lebensgefahr flieht.“ Asylsuchende sind also nicht dazu da, unsere Renten und unseren Wohlstand zu sichern, oder unsere demografische Lücke zu schließen, wie man immer wieder von Politikern hört.

Politisch-mediales Kartell Europas will globale Macht

Was die geschichtlichen Hintergründe angeht, sind die Autoren der Meinung, dass nach dem Kalten Krieg der Westen die ursprünglich kommunistische Idee von der gewaltsamen revolutionären Weltverbesserung übernommen habe und den Nahen und Mittleren Osten zum Objekt seines Großversuchs mache. Die Geschichte habe gezeigt, dass durch militärische Interventionen keine Demokratien entstehen. Die Folge der Entwicklung der letzen 25 Jahre in der arabischen Welt seien vier Millionen Flüchtlinge, die in den Lagern der Türkei, Jordaniens und des Libanon säßen. Es gebe keinerlei Anzeichen, dass die Politik auf der Suche nach einer Lösung für diese Menschen sei.

Inzwischen gehörten Unruhen in Europa zum Alltag. Die Sicherheit, die sich die Immigranten hier erhofften, werde von Tag zu Tag weniger. Die massenhafte Zuwanderung überwiegend junger Männer in alternde Gesellschaften beginne sich destabilisierend auszuwirken. Der Massenverlust an Einwohnern wirke sich aber auch negativ auf die Herkunftsländer aus. Kritik an der unkontrollierten Zuwanderung würde rigoros unterdrückt. Die Kritiker müssten sich gefallen lassen, als Nazi und Rassist, im freundlichen Fall als xenophob abgestempelt zu werden.

Es handelt sich laut Klaus und Weigl aber nicht um einen „Konflikt zwischen Altruismus und Xenophobie“. Es gehe um einen Konflikt zwischen dem politischen sowie medialen Mainstream, der Masseneinwanderung grundsätzlich wünscht, um Europa „von Grund auf zu revolutionieren“, und der Bevölkerungsmehrheit, die von Revolutionen von oben die Nase voll habe.

Das politisch-mediale Kartell Europas habe begriffen, dass Nationalstaaten und die parlamentarische Demokratie die „absoluten Bremsklötze“ für ihre Vision vom neuen Europa und ihren globalen Machtanspruch sind. Der Traum vom „neuen Menschen“, der immer wieder von europäischen Progressisten blutig durchzusetzen versucht wurde, werde nicht funktionieren, solange es die alten Nationalstaaten gibt. „Deshalb verfolgen die europäischen Eliten das Ziel, die nationalen Strukturen zu zersetzen ... und die Nationen mit jener fremden Welt zu konfrontieren, die die Migranten mitbringen.“

Natürlich werde das nicht offen gesagt. Stattdessen geben die europäischen Spitzenpolitiker vor, dass es ausgerechnet jetzt unvorstellbar für sie sei, irgendjemanden auf der Welt leiden zu sehen. Dieselben Politiker hätten „ohne mit der Wimper zu zucken Kriege geführt, Waffen geliefert, Embargos verhängt, ohne jede Anteilnahme den Schicksalen Hunderttausender zugeschaut“. Ruanda sei nur ein Beispiel von vielen.

Aber Europa braucht doch Einwanderung, wegen der Arbeitsplätze und der demografischen Lücke? Aktuell hat Europa eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit, besonders unter Jugendlichen. Es gibt um die 23 Millionen Arbeitslose, das sind zehn Prozent des gesamten Reservoirs an Arbeitskräften. Von einem Arbeitskräftebedarf kann nicht die Rede sein. Die Arbeitslosigkeit in Europa ist ein ausschließlich strukturelles Problem.

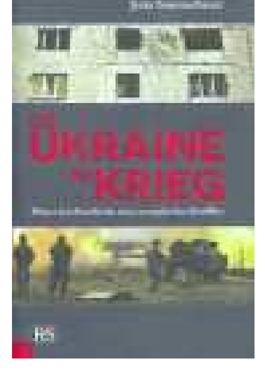
Was die Demografie betrifft, ist Europa nach wie vor der am dichtesten besiedelte Kontinent und wird es noch lange bleiben. Klaus und Weigl verweisen darauf, dass bereits im Rahmen des Barcelona-Prozesses beschlossen wurde, die europäische Bevölkerung durch „großzügige Migration aus arabischen und nordafrikanischen Ländern aufzustocken“. Ein Plan, der neokolonialistisch ist, denn er zielt darauf ab, den armen Ursprungsländern der Immigranten den wohlhabendsten und qualifiziertesten Teil ihrer jungen Bevölkerung abzuziehen, was deren Entwicklung erheblich beeinträchtigen wird.

Wenn diese Politik der europäischen Eliten nicht gestoppt wird, entsteht ein fragmentiertes Europa, dessen Parallelgesellschaften sich mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht harmonisch wechselseitig bereichern, sondern feindlich gegenüberstehen werden. „Alle Sozialexperimente der Geschichte haben sich binnen kürzester Zeit in entsetzliche Katastrophen verwandelt. Der nahöstlichen Masseneinwanderung nach Europa, organisiert von den wohlmeinenden europäischen Eliten der Gegenwart, droht dasselbe Schicksal.“

Was können wir tun? Die Autoren machen verschiedene Vorschläge, die man in der Gesamtheit im Buch nachlesen muss.

Fazit: Das Europa, das wir lieben, mit seinen offenen Grenzen und seiner Freizügigkeit ist nicht das Ergebnis des Wirkens von Politikern, sondern des Drucks, mit dem Millionen Menschen 1989/1990 in der Friedlichen Revolution das kommunistische Regime zum Einsturz gebracht haben. Es sollte möglich sein, ein Europa zu bauen, das den Vorstellungen seiner Bewohner entspricht und nicht der von Politikbürokraten mit Hang zu Sozialexperimenten. *Vera Lengsfeld*

***Václav Klaus/Jirí Weigl: „Völkerwanderung. Kurze Erläuterung der aktuellen Migrationskrise“**, Edition Sonderwege, Manuscriptum Verlagsbuchhandlung, Waltrop 2016, broschiert, 96 Seiten, 12,80 Euro*



Wie Ukrainer im Krieg überleben

Österreichische Journalistin berichtet über die Spaltung eines Landes mitten in Europa

Die österreichische Journalistin Jutta Sommerbauer hat sich auf den Weg ins Krisengebiet gemacht, um dem Konflikt in der Ostukraine vor Ort nachzugehen. Dabei sprach Sommerbauer, die hauptberuflich seit 2008 bei der „Presse“ in verschiedenen Ressorts eingesetzt war, aber auch für deutsche Zeitungen wie „Zeit online“, „Tagesspiegel“ und die „Stuttgarter Zeitung“ schreibt, sowohl mit den Menschen im Kriegsgebiet als auch in der Westukraine. Zahlreiche Reisen haben die Journalistin nach Russland, Weißrussland und nach Zentralasien geführt.

Seit dem Ausbruch der Ukrainekrise ist sie immer wieder nach Kiew, auf die Krim und in die Ostukraine gefahren, um von beiden Seiten der Front zu berichten.

Im ersten Kapitel führt Sommerbauer dem Leser vor Augen, dass der Krieg in der Ukraine eben mitten in Europa ist, keine zwei Flugstunden von Wien entfernt. Mit ihrem Buch will sie die internationale Dimension des Konflikts beleuchten und vom Alltag im Kriegsgebiet berichten. Denn was für Kriegsstrategen ein „ganz beliebiger Kampf um geopolitische Interessen“ sei, bedeute für die Bewohner des Donbass nackte Angst um ihr Leben und ihre Zukunft. Mit ihren Berichten möchte die Autorin nicht nur erklären, wie es passieren konnte, dass aus Freunden Feinde wurden, sondern es soll auch eine Suche nach den Verantwortlichen sein.

Um die Entstehung des Konflikts zu erklären, greift Sommerbauer weit zurück in die Geschichte der Ukraine und auf deren Darstellung im deutschsprachigen Raum: „Die vorrangige Orientierung am großen Nachbarn, die (falsche) Gleichsetzung Russlands mit der Sowjetunion, Schuldgefühle aufgrund der historischen Verbrechen der Nationalsozialisten (die sich ebenfalls fälschlicherweise vor allem auf Russland beziehen), wirtschaftspolitisches Kalkül – all diese Elemente tragen dazu bei, die Ukraine heute so leichtfertig für tot zu erklären.“

Dabei sei es wichtig, die Wünsche der ukrainischen Bürger insgesamt zu berücksichtigen, denn im Donbass lebten lediglich fünf von insgesamt 45 Millionen. Die Autorin spannt einen Bogen von dem beschwerlichen Weg der Ukraine in die Unabhängigkeit Anfang der 90er Jahre, von der missglückten orangen Revolution der Jahre 2004/2005, von Janukowitschs Rückkehr an die Macht und dessen Schaukelpolitik zwischen Russland und dem Westen bis hin zur Eskalation, die zum Euromajdan und zum Bruderkrieg führte.

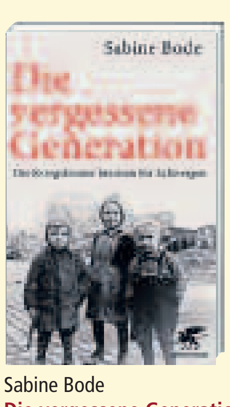
Sommerbauer setzt sich intensiv mit der Rolle Russlands nach dem Zerfall der Sowjetunion auseinander. Russland sehe mit dem Streben ehemaliger Republiken nach Westen seine eigenen Interessen im „nahen Ausland“, so der Terminus für die ehemaligen Sowjetstaaten, bedroht und arbeite mit aller Macht daran, diese zu verteidigen. Deshalb unterstütze Moskau Separatisten auf ihrem Weg in eigenständige Staatsgebilde. Die Separatisten im Donbass orientierten sich an Transnistrien in Moldau sowie Abchasien und Südossetien in Georgien. Den Separatisten bescheinigt Sommerbauer krude Methoden beim Aufbau ihres Staatsgebildes und die Missachtung der Menschenrechte. Sie nennt verschiedene Beweise für die Teilnahme russischer Soldaten am Kampf gegen die ukrainische Armee, obwohl Russland dies immer wieder bestritten hat.

Erst im letzten Kapitel lässt die Autorin Menschen zu Wort kommen, die im Donbass in halb zerstörten Wohnungen ausharren, die von ihren Ängsten und Nöten während der schlimmsten Phasen der Kämpfe erzählen. Auch diejenigen, die ihre Heimat schon verlassen haben, kommen zu Wort. Berichte wie diese zeigen, wie unterschiedlich die Menschen selbst im Separatistengebiet die Lage beurteilen. Zwar lehne die Mehrheit den Majdan und die Kiewer Regierung ab, was aber nicht heißen müsse, dass diese auch die Separatisten unterstützte.

Schade nur, dass Berichte über die Menschen in der Ukraine nur knapp die Hälfte des Buchs füllen. Statt einer politischen Betrachtung des Konflikts zu viel Raum einzuräumen – zumal sie in großen Teilen der politischen Korrektheit das Wort spricht, bei der Russland die Rolle des Schwarzen Peter zukommt –, hätte es der Publikation gut getan, noch mehr Kriegsschicksale zu Wort kommen zu lassen. *Manuela Rosenthal-Kappi*

***Jutta Sommerbauer: „Die Ukraine im Krieg. Hinter den Frontlinien eines europäischen Konflikts“**, Verlag Kremayr & Scheriau, Wien 2016, gebunden, 207 Seiten, 22 Euro*

Johanna Ellsworth
Das Wiegenlied der Wolfskinder
Historischer Roman
Winter 1944/45: Gemeinsam mit ihrer Mutter und Großmutter fliehen die Geschwister Gretel und Karlchen aus dem ostpreußischen Gerdauen vor den russischen Soldaten. Ihr Ziel ist Berlin, wo die Mutter Verwandte hat, doch erweist sich die Reise bald als Irrwanderung durch Ostpreußen, in der Zwangsarbeit, Hunger, Krankheit und Tod den Alltag bestimmen. Als die Lebensmittelrationen nach Kriegsende immer knapper werden, wird die achtjährige Gretel nach Litauen geschickt, um Gegenstände gegen Essen einzutauschen. Nach dem Tod der Mutter auf sich allein gestellt, verschlägt es die Geschwister zu einem litauischen Bauern, wo sie durch Zufall getrennt werden. Der historische Roman, basierend auf den Lebenserfahrungen von Zeitzeugen, ist Erlebnisbericht und spannungsreiche Fiktion zugleich und beleuchtet authentisch das (Über-)Leben deutscher Flüchtlingskinder nach dem Zweiten Weltkrieg, die als „Wolfskinder" in die Geschichte eingingen. 276 Seiten
Nr. P A1015 Kartoniert **14,95 €**



Sabine Bode
Die vergessene Generation
Die Kriegskinder brechen ihr Schweigen
303 Seiten
Taschenbuch
Nr. P A0578 **9,95 €**

Noch nie hat es in Deutschland eine Generation gegeben, der es so gut ging, wie den heute 60- bis 75-jährigen. Doch man weiß wenig über sie, man redet nicht über sie – eine unauffällige Generation. Jetzt beginnen sie zu reden, nach langen Jahren des Schweigens. Die Kriegskindergeneration ist im Ruhestand, die eigenen Kinder sind längst aus dem Haus. Bei vielen kommen jetzt die Erinnerungen allmählich hervor und mit ihnen auch Ängste, manchmal sogar die unverarbeiteten Kriegserlebnisse. Sie wollen nun über sich selbst nachdenken und sprechen. Mit den Holocaust-Opfern habe man sich eingehend beschäftigt, mit der Kriegskindergeneration nie.



Ingo von Münch (208 Seiten)
„Frau, komm!"
Die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45 (Gebunden)
Nr. P A0192 **19,90 €**

Zu den schlimmsten Verbrechen im Zweiten Weltkrieg gehören die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten 1944/45. Viele dieser Frauen und Mädchen wurden nicht ein Mal, sondern viele Male sexuell missbraucht. Weder Kinder noch Greisinnen blieben verschont. Verlässlichen Schätzungen zufolge wurden rund zwei Millionen Frauen und Mädchen Opfer jener Vergewaltigungen. Das ungeheure Ausmaß dieser Verbrechen und der durch sie verursachten menschlichen Leiden hat jahrzehntelang keine angemessene öffentliche Aufmerksamkeit erfahren. Erst in neuerer Zeit werden diese Ereignisse häufiger erwähnt, allerdings fast immer nur als Teil einer Schilderung von Flucht, Vertreibung und Zwangsarbeit.



Heide Scherer (Hrsg.)
Wer Beine hat, der laufe
Geschichten von deutscher Flucht und Vertreibung
Ein Zeitzeugenbuch: Flucht mit dem Mut der Verzweiflung! Am Ende des Zweiten Weltkriegs kamen 14 Millionen Menschen aus dem Osten des damaligen Deutschen Reiches nach Westdeutschland. Wie war die Flucht 1945 durch zerbombte Städte, Kraterlandschaften und Trümmerwüsten bei minus 20 Grad? Wie war sie als Kind, als Mutter mit kleinen Kindern? Lange Jahre wurden diese existentiellen Erschütterungen, die Gewalterfahrungen, die eine Flucht bedeutet, in unserem Land zugedeckt. Höchste Zeit, diejenigen erzählen zu lassen, die noch erzählen können. Heide Scherer hat Kriegsmütter und Kriegskinder nach ihren Fluchterlebnissen aus dem Winter 1945 befragt. Aus ihren bewegenden Interviews mit Kriegsmüttern und Kriegskindern über ihre Erlebnisse im Winter 1945 entstand ihr Buch. Ihr geht es um die Hochachtung gegenüber den geflüchteten Frauen und Kindern und die transgenerationale Verantwortung, diese Erlebnisse zu verarbeiten und nicht unbewusst weiterzutransportieren. 184 Seiten
Nr. P A0990 Gebunden **18,99 €**

Als die Deutschen weg waren

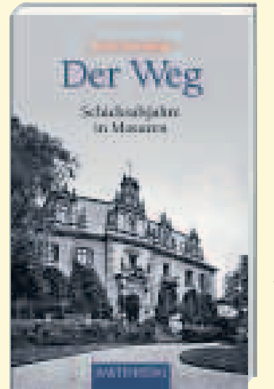
Als die Deutschen weg waren
Was nach der Vertreibung geschah: Ostpreußen, Schlesien, Sudetenland Taschenbuch
Nr. P 9736 **9,90 €**

Ein bewegendes Kapitel der Nachkriegsgeschichte. Die Geschichte der Vertreibung der Deutschen nach 1945 wurde schon oft erzählt – doch ein bestimmtes Kapitel bleibt tabu: Was geschah eigentlich, als die Deutschen weg waren? Was genau passierte, als sie in Ostpreußen, in Schlesien, im Sudetenland ihre Häuser und ihre Heimat verlassen hatten? Anhand zahlreicher Fotos, persönlicher Zeugnisse und unveröffentlichter Quellen widmet sich dieses Buch dem hochemotionalen Thema. Das Autorenteam um Adrian von Arburg hat viel Material aus den unterschiedlichsten Quellen zusammengetragen, um dieses wichtige Kapitel der Zeitgeschichte zu beleuchten. 320 Seiten.



Heinz Nawratil
Die deutschen Nachkriegsverluste – Vertreibung, Zwangsarbeit, Kriegsgefangenschaft, Hunger, Stalins deutsche KZs
Gebunden, 144 Seiten
Nr. P 9918 **14,95 €**

Gestützt auf amtliche Dokumentationen und internationale Studien belegt der Verfasser die kaum bekannte Tatsache, dass die sogenannte Befreiung in den Jahren 1945–1948 mehr Deutsche das Leben gekostet hat als Diktatur und Krieg in den Jahren 1933–1945. Nawratils kleines, übersichtlich gestaltetes Buch trägt durch seine sachliche, jede Anklage vermeidende Art dazu bei, dass diese Opfer nicht einfach aus dem Bewusstsein verdrängt werden ... Auch der Leser, dem Ereignisse, Umstände und Zahlen durch jahrzehntelange Beschäftigung mit diesem Geschehen vertraut sind und der hier und da Bedenken methodischer Art vorbringen muss, kann das schmale Bändchen nicht ohne Erschütterung aus der Hand legen.



Bodo Steinberg
Der Weg
Schicksalsjahre in Masuren
Gebunden mit Schutzumschlag.
320 Seiten
Nr. P 533160 **16,95 €**

August 1944: Die Ereignisse des 2. Weltkriegs haben das abgelegene masurische Gut der Familie von Thumeck am Haschner See noch nicht erreicht. Polnische Erntehelfer, ein im See notgelandeter britischer Pilot, die Familie des Gutsbesitzers und die zum Gut gehörenden Angestellten feiern nach der eingebrachten Ernte ein letztes Mal zusammen. Olaf von Thumeck, der jüngste Sohn des Grafen, muss nach seinem Genesungsurlaub wieder an die Front. Während der Feier gibt er die überraschende Verlobung mit Nadja Jablonski, einer jungen polnischen Erntehelferin bekannt. Doch der Krieg holt die Familie schneller ein als erwartet. Olaf und Nadja müssen sich trennen, russische Verbände dringen über die Grenze, besetzen das Gut und Olafs Eltern werden Opfer russischer Soldaten.



Michael Prinz von Preußen (Herausgeber)
Friedrich der Große
Aufgeklärter Monarch, Feldherr und Philosoph zugleich – Friedrich II. steht wie kein anderer für die Faszination des Hauses Preußen. Berühmt sind die illustren Tafelrunden in Sanssouci ebenso wie das „Mirakel des Hauses Brandenburg" und der damit verbundene Aufstieg Preußens zu einer Großmacht. In Sanssouci, im Neuen Palais und den königlichen Gärten in Potsdam kann man noch heute den Spuren Friedrichs des Großen folgen. Michael Prinz von Preußen gewährt Einblicke in Kindheit und Jugend Friedrich II., der unter der strengen Erziehung seines Vaters litt, und schildert das Leben am Hofe und das dortige literarische, philosophische und künstlerische Treiben. Den Widersprüchen seines Königtums – getrieben vom Idealismus einer gerechten Politik und Preußens Erfolg in der europäischen Machtpolitik – geht der Herausgeber in besonderer Weise nach. Ein differenziertes Porträt einer großen Persönlichkeit. „Seine Pflicht erkennen und tun, das ist die Hauptsache." Großformat-Band 24 x 30 cm. 128 Seiten
Nr. P A0927 Gebunden mit Schutzumschlag **7,99 €**



Carl von Clausewitz
Vom Kriege
368 Seiten/Gebunden
Nr. P A0988 **6,95 €**

Der Krieg als „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" – als Carl von Clausewitz an seiner monumentalen Abhandlung „Vom Kriege" (1832–1834) arbeitete, konnte er nicht ahnen, dass dieser Satz einmal zum geflügelten Wort werden würde. Doch wer wie sein Autor gute Gründe hat, den Krieg als ein Instrument zu begreifen, das in der Hauptsache politischen Zwecken dient, kommt nicht umhin, seine Folgerichtigkeit nüchtern anzuerkennen. Die vorliegende Auswahlausgabe konzentriert sich auf die zentralen Kapitel dieses philosophischen Klassikers über das Wesen des Krieges.



Ludwig Reiners (1.136 Seiten)
Der ewige Brunnen
Ein Hausbuch Deutscher Dichtung
Der ewige Brunnen ist die berühmteste Sammlung deutscher Gedichte. Auf über 1.100 Seiten sind mehr als 1.600 Gedichte aus acht Jahrhunderten zusammengestellt. Die Ausgabe wurde von Albert von Schirnding überarbeitet und durch Gedichte aus den letzten fünfzig Jahren erweitert. So ist dieses „Hausbuch deutscher Dichtung" jetzt aktualisiert und auf den neuesten Stand gebracht. Mit seiner Gedichtsammlung „Der ewige Brunnen" – Ein Hausbuch deutscher Dichtung hat Ludwig Reiners vor über fünfzig Jahren ein Werk zusammengestellt, das inzwischen selbst zum Klassiker geworden ist. Für Millionen Leserinnen und Leser wurde dieses Buch zum Ort der Begegnung mit der deutschen Dichtkunst. Es ist ein schier unerschöpfliches Lesebuch und für viele ein Erbauungsbuch. Für jeden Geschmack, für alle Altersstufen ist etwas darin vorhanden. Es finden sich die zum literarischen Kanon zählenden Gedichte ebenso wie unbekanntere und heute fast vergessene. In den Gedichten spiegeln sich die Lebenserfahrungen aus acht Jahrhunderten.
Nr. P A0950 Gebunden **19,90 €**

Reinhard Schmoeckel
Pommersches Schicksal
Das Leben des Musketiers Johann Christian Schmoeckel aus Rügenwalde
Kartoniert/252 Seiten
Nr. P A0777 **24,80 €**

Was für ereignisreiche, ja umwälzende Jahrzehnte sind an diesem einfachen Mann aus Pommern vorüber gezogen? Der Siebenjährige Krieg, der sogenannte „Bayerische Erbfolgekrieg", der Tod des Preußenkönigs Friedrich des Großen, die Kämpfe Preußens gegen das revolutionäre Frankreich, die schmähliche Niederlage Preußens gegen Napoleon 1806/07, der Russlandfeldzug Napoleons 1812, die Kämpfe der europäischen Mächte gegen Napoleon 1813/15 (der sogenannte „Befreiungskrieg") und die innere Umgestaltung Preußens – all das fiel in seine Lebenszeit und berührte ihn vielfach ganz persönlich. Das Buch erzählt Geschichte, so anschaulich, dass man sich gut vorstellen kann, wie die Menschen damals lebten.



Heinz Ohff
Preussens Könige
Ein Leben zwischen Hoffnung und Revolution
Der erste von Preußens Königen erklärte sich selbst zum König – zum Gelächter Europas. Der letzte versuchte sich nach seiner Abdankung als Holzhacker. Um kaum eine Dynastie ranken sich so viele Geschichten wie um die Hohenzollern, die über 200 Jahre lang die Krone Preußens trugen. Anschaulich, kenntnisreich und unterhaltsam porträtiert Heinz Ohff alle preußischen Könige von 1701 bis 1918. Er schildert nicht nur das Leben der Herrscher von Friedrich I. bis Wilhelm II. an ihren Königshöfen, sondern auch ihr privates Umfeld. Damit macht er einen wesentlichen Teil der deutschen Geschichte lebendig und verständlich. Heinz Ohff beschreibt mit der flotten Feder des gelernten Journalisten nicht nur die staatsmännischen Leistungen und Schwächen der Friedrichs, Wilhelms und Friedrich Wilhelms, er stellt auch die Ehefrauen und Hofkreise vor, erzählt Anekdoten, gibt Bonmots wieder und erwähnt skurrile Begebenheiten. 400 Seiten
Nr. P A1020 Taschenbuch **12,00 €**

Lothar Graf zu Dohna
Die Dohnas und ihre Häuser
Profil einer eurpäischen Adelsfamilie – in 2 Bänden
Eine illustrative (kunst-)historische Dokumentation des 850-jährigen Wirkens der Adelsfamilie Dohna im preußischen und europäischen Raum. Die Geschichte eines adligen Geschlechts ist auch immer die Geschichte seiner Häuser. Das weitverzweigte Adelsgeschlecht der Dohnas, in der Mitte des 12. Jahrhunderts von der Burggrafschaft Dohna (bei Dresden) ausgehend, wirkte in der Periode der Burgen und Schlösser insbesondere in Böhmen und Preußen. Diese Einzelstudie zur Sozial- und Kulturgeschichte des Adels eröffnet neue Perspektiven auf die allgemeine Geschichte Preußens und Ostpreußens. In zahlreichen Abbildungen stellt diese (kunst-)historische Dokumentation die annähernd 30 Schlösser und Herrenhäuser der Adelsfamilie Dohna mit einem umfangreichen, bisher meist unveröffentlichten gewachsenen Bestand an historischen Kunstwerken vor. 992 Seiten
Nr. P A0691 Gebunden mit Schutzumschlag **89,00 €**

5 DVDs in einer DVD-Box

Hermann Pöking
Ostpreußen
Panorama einer Provinz erzählt aus alten Filmen – 1913 bis 1948
Ostpreußen ist bis heute ein Mythos. Hermann Pölking, Filmproduzent und Autor des erfolgreichen Buches „Ostpreußen – Biographie einer Provinz" macht die Geschichte dieses Landstrichs jetzt in einer umfassenden DVD-Edition erlebbar und verständlich. Grundlage ist ein großer Fundus an bislang völlig unbekannten Filmaufnahmen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, darunter zahlreiche Farbfilme von Amateurfilmern. Die Edition legt den Fokus auf das historische Bewegtbild, das in eine anschauliche Erzählung eingebettet ist. Die DVD-Box enthält 5 DVDs mit jeweils 60 Minuten Länge und zusätzlich den Bonus-Film „Memelland".
Nr. P A0769 DVD-Box mit 5 DVDs **39,95 €**

In einer rasant erzählten, ebenso komischen wie furchtlosen Familiensaga verleiht Irene Dische ihrer Großmutter eine ganz eigene Stimme. Die gute Katholikin Elisabeth Rother kennt kein Tabu, ganz egal, ob es sich um ihr Ehebett, um die Juden, um den lieben Gott oder um die Gestapo handelt. Allerdings gibt es keine Katastrophe, nicht einmal die Flucht nach Amerika oder der Zweite Weltkrieg, die sie so sehr beschäftigt wie ihr weitverzweigter Clan. Irene Dische löst auf virtuose Weise ein ewiges Problem der Literatur: das der Autobiographie. Bekanntlich verstrickt sich jeder in ein Lügenknäuel, der sein eigenes Leben beschreiben will. Aus diesem Dilemma befreit sich die Autorin, indem sie sich dem gnadenlosen Blick ihrer überlebensgroßen Großmama aussetzt.

Irene Dische/Reinhard Kaiser
Großmama packt aus
Gebunden/496 Seiten
Nr. P A0930 **14,00 €**

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Handschlag wird durchgesetzt

Basel – Nachdem einige moslemische Schüler in der Vergangenheit geweigert hatten, ihren Lehrerinnen zur Begrüßung die Hand zu reichen, und dafür recht milde bestraft wurden, sorgt der Kanton Basel-Landschaft nun für klare Verhältnisse: Dessen Bildungsdirektorin Monica Gschwind stellte klar, dass diese Sitte ein fester Bestandteil der Schweizer Kultur sei und daher in das kantonale Bildungsgesetz übernommen werde: „Der Handschlag wird durchgesetzt – ohne Wenn und Aber!“ *T.W.W.*

Tafeln knapp wegen Asylanten

Berlin – In Deutschland nutzen heute 1,5 Millionen Menschen regelmäßig die sogenannten Tafeln, um kostenlos Lebensmittel zu bekommen. Das sind doppelt so viele wie vor zehn Jahren. Der Grund ist, dass immer mehr Asylsucher sich hier bedienen, obwohl sie in ihren Unterkünften voll verpflegt werden. In der Folge reichen die Lebensmittel nicht mehr für alle, was bei den tatsächlich Bedürftigen und Spendern für Unmut sorgt. *J.H.*

ZUR PERSON

Nobelpreis für Unschuldslamm

Helmut Kohl und Angela Merkel müssen weiter warten. Beide galten wiederholt als heiße Anwärter auf den Friedensnobelpreis, doch in diesem Jahr geht er an einen anderen politisch Gescheiterten: Kolumbiens Präsidenten **Juan Manuel Santos**. Er hatte ein Friedensabkommen mit der Rebellenorganisation Farc erreicht, das aber vom Volk abgelehnt wurde, weil den Killern, die in 50 Jahren Terror hunderttausende Menschen töteten, Straffreiheit zugesagt wurde.

Der Nobelpreis, dessen Preisgeld Santos in nobler Manier den Farc-Opfern spenden will, soll dem seit 2010 amtierenden Präsidenten den Rücken stärken. Mangels echter Friedens-Alternativen in der Welt wird es langsam zur Tradition, dass man eher die Bemühung als das Ergebnis würdigt. Barack Obama ist solch ein Beispiel: Sein 2009 mit dem Preis ausgezeichneter Traum von einer atomwaffenfreien Welt ist weit davon entfernt, Wirklichkeit zu werden. Oder Jassir Arafat, Shimon Peres und Jitzchak Rabin, die 1994 gemeinsam den Friedensnobelpreis erhielten – bis heute wird im Nahen Osten gemordet.



Zu Friedensverhandlungen gehören in der Regel zwei Parteien. Wenn schon mit Arafat ein Terrorchef ausgezeichnet wurde, stellt sich die Frage, warum aktuell Farc-Chef Timoleón Jiménez alias Timoschenko den Preis nicht mit Santos teilen darf. Letzterer war in seiner Zeit als Verteidigungsminister von 2006 bis 2009 alles andere als ein Unschuldslamm. In seiner Amtsperiode sahnten Soldaten Kopfprämien ab, indem sie unschuldige Zivilisten töteten und sie danach in Farc-Uniformen steckten.

Der aus wohlhabendem Haus in Bogota stammende 65-jährige Politiker, der an der US-Elite-Universität Harvard einen Abschluss in Wirtschaftswissenschaften machte, hat alles getan, um nach dem Ende seiner Amtszeit einen friedlichen Lebensabend verbringen zu dürfen. Es sei ihm gegönnt. *H. Tews*



After-Duell-Party

Sexy Donald

Trump und das wild gewordene Testosteron, wie Sexismus weggegendert werden kann, und warum nicht jeder alles sagen darf / Der Wochenrückblick mit Klaus J. Groth

Es musste ja so kommen. Der Wahlkampf in den Vereinigten Staaten von Amerika ist kein Ponyhof. Die Schlagzeile der Woche war überfällig: Trampel Trump nach der Schürzenjagd schwer getroffen! Es war nur eine Frage der Zeit, wann dieser Schuss aus dem Hinterhalt abgefeuert würde. Testosterongesteuerte Machos wie Donald Trump hinterlassen nun mal Spuren, wenn sie hinter den Röcken her sind. Und wer damit so großmäulig angibt, setzt Spuren, größer als Donald Ducks Flossentritte. Irgendwer wird die schon einsammeln und bei passender Gelegenheit mittels einer ausgesuchten Redaktion wieder ans Licht des Tages bringen. In dem Land, in dem der Sexismus der große Bruder der Politischen Korrektheit ist, tut man nicht, was Donald Trump getan hat. Nein, niemals! Das sieht man schon daran, wie die Mitglieder der eigenen Partei von der Fahne gehen, sich voller Abscheu und Ekel abwenden. Die können gar nicht so schnell laufen, wie sie Abstand gewinnen wollen. Als ob sexistische Prahlerei eine ansteckende Krankheit sei.

Keine Spur von Mitleid mit Trump. Dabei leidet der Mann nach eigenem Eingeständnis an einem fatalen Kusszwang. Beim Anblick einer schönen Frau kann er nicht anders: „Ich fange einfach an, sie zu küssen.“ Ach, der Ärmste. Das muss Ursachen haben. Vielleicht hatte der kleine Donald eine schwierige Kindheit. Vielleicht ist er wegen Liebesentzug traumatisiert. Es sind doch immer mehr Menschen traumatisiert, warum gönnen wir Donald Trump diese Ausrede nicht?

Blöd ist nur, dass die ganze Aufregung Konkurrentin Hillary Clinton möglicherweise nichts nutzt. Gatte Bill machte schließlich so ziemlich das, worüber Trump schwadronierte. Und blieb trotzdem im Weißen Haus. Warum auch nicht. Träten alle zur Seite springenden Politiker zurück, was gäbe das für riesige politische Brachflächen. Die meisten sind klug genug, sich an das Motto zu halten: Der Kavalier genießt und schweigt. Der Spruch kommt zwar aus der sexistischen Mottenkiste, ist aber immer noch ganz brauchbar. Vielleicht hätte Trump ganz bescheiden bei Klaus Wowereit in Berlin anfragen sollen, wie man Sex korrekt und erfolgreich vermarktet. Nur leider hätten dabei dann Frauen keine Rolle gespielt. Und das wäre wahrscheinlich Trumps Problem gewesen.

Es ist ja nicht so, dass wir nicht auch unsere Erfahrungen mit dem Sexismus hätten. Aber irgendwie schrumpfen die gut ausgefüllten Dirndln, die „großen süßen Mäuse“ und die „Kaninchen“ in das Format von Gummibären im Vergleich zu Trumps Verbalerotik. Wie haben uns die süßen Mäuse in wohlgefüllten Dirndln umgetrieben, wie haben wir uns entrüstet. Zu wahren zwischenmenschlichen Krisen haben sie uns getrieben. Bei jedem harmlosen Flirt haben wir uns gefragt, ob wir gerade dabei sind, eine sexistische Grenze zu überschreiten. Das war die einzige Grenzsicherung, die noch funktionierte.

> Hillary Clintons Ehemann machte so ziemlich das, worüber Trump schwadronierte

Alles hat schließlich Grenzen. Obwohl die unterschiedlich verlaufen. Im strenggläubigen Iran löste gerade eine Grenzüberschreitung einen Sexismus-Skandal aus. Dort wurden Bilder verbreitet, auf denen zu sehen ist, wie die Vizepräsidentin Massumeh Ebtekar einem Mann die Hand reicht. Das tut man nicht im Iran. Jedenfalls nicht bei fremden Männern. Bei einer Spitzenpolitikerin wäre das ein Grund zum Rücktritt. Das tat sie aber nicht. Denn die Nachrichtenagentur, welche die Bilder verbreitet hatte, beeilte sich, eine Erklärung nachzureichen: Der Mann sei gar kein Mann, sondern die Bundesumweltministerin Barbara Hendricks. Und das sei eine Frau, obwohl sie auf den Aufnahmen „wie ein Mann aussieht“. Damit hätte man sich dann wohl erfolgreich ans Ziel gegendert. So könnte man sich den ganzen Sexismus ersparen. Denn mit der Unkenntlichkeit des Geschlechts erledigt sich auch dieser peinliche Sexismus.

Lassen wir das Thema, es bringt nur Ärger. Heute wollen wir trotz allem mal recht lustig sein! Nein? Sie wüssten nicht, warum? Das ist einigermaßen verdächtig.

Wenn es zum lustig sein nicht ausreicht, dann seien wir doch wenigstens fröhlich der Zukunft zugewandt. Warum? Weil wir sicher bald wieder eine Krise bekommen. Die brauchen wir, weil wir aus jeder Krise stärker herauskommen, als wir hineingegangen sind (nur Trump vielleicht nicht). Darum ist es auch grundfalsch, die (meist politischen) Verursacher einer Krise zu beschimpfen. Sie meinen es nur gut mit uns, damit wir noch stärker werden.

Immer nur meckern, das geht doch nicht. Oder sind wir inzwischen alle Sachsen? Die pfeifen sogar festlich staatstragende Politiker aus. Mit Trillerpfeifen! Das tut man nicht. Trillerpfeifen, die sind nur bei Demonstrationen der Gewerkschaft Verdi erlaubt. Da darf die Gewerkschaft sogar ihr Logo aufdrucken und die Pfeifen dann kostenlos verteilen. Wenn Pegida 2500 Trillerpfeifen verteilt, dann ist das etwas ganz Anderes. Wenn letztendlich nur 200 Protestler darauf trillerten, dann kann das nicht gerade als Erfolg der Veranstalter gewertet werden. Trotzdem schwappten die Spätfolgen der Ruhestörung noch bis in diese Woche hinein.

Es kommt eben immer darauf an, wer etwas macht oder etwas sagt. Die sprachlichen Pirouetten, mit denen die Einstellung des Strafverfahrens gegen den Satiriker Jan Böhmermann in der Überzahl der Medien bejubelt wurde, kommen selbst unfreiwilliger Satire nahe. Das merkt nur keiner, der eine krass sexistische Beleidigung Erdogans als „Ziegenficker“ auf eine „lyrische Bosheit“ herunterschraubt. Den türkischen Präsidenten darf man lyrisch als „sackdoof, feige und verklemmt“ bedichten. Selbstverständlich im Namen der Meinungsfreiheit.

Dem Polizisten allerdings, der den Demonstranten bei der Einheitsfeier in Dresden nach der Vergatterung „einen erfolgreichen Tag“ wünschte, dem wurde gehörig der Kopf gewaschen. Weil er seiner Neutralitätspflicht nicht nachgekommen sei, hieß es. Ja, wo kämen wir denn hin, wenn jedem Pöbel „Guten Tag“ gewünscht würde.

Da ist es schon etwas anders zu bewerten, wenn der Bundessprecher der Kritischen Polizisten der Polizei in Sachsen Befangenheit und mangelnde Professionalität vorwirft. Der Mann muss es wissen. Darum darf er auch als Kronzeuge durch die Medien geistern. Der Bundesprecher heißt Thomas Wüppesahl und wenn nun jemand denkt, mit dem war doch mal was, dann liegt er genau richtig. Der Kritische Polizist Wüppesahl ist nämlich gar kein Polizist. Das war er mal. Bis sie ihn bei der Polizei rausgeschmissen haben. Nicht, weil er im Hauptberuf Querulant und nur im Nebenjob Polizist war. Das wurde geduldig ertragen. Erst als Wüppesahl 2005 wegen Vorbereitung eines Raubmordes verurteilt wurde, wurde es kritisch für die Kritischen Polizisten. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Wüppesahl plante, einen Geldboten umzubringen und auszurauben. Erst nach verweigerter Revision wurde Wüppesahl aus dem Polizeidienst entlassen. Sein späterer Versuch einer Rehabilitierung scheiterte. Darum legen wir auch so viel Wert auf die Aufarbeitung der Einheitsfeier durch die Kritischen Polizisten. Die kann man gar nicht häufig genug zitieren.

Leider passt Chemnitz so gar nicht ins Bild. Da haben sie einen anerkannten Asylanten aufgestöbert, offenbar beim Mixen einer hochexplosiven Rezeptur. Was man eben so macht, wenn man sonst nichts machen muss. Darum passt Chemnitz überhaupt nicht ins Programm der allgemeinen Beschwichtigung. Weil doch in den Osten Deutschlands kaum Flüchtlinge gesteckt wurden. Und trotzdem meckern speziell die Sachsen. Obwohl alle Asylsuchenden überprüft und handverlesen sind. Und trotzdem sind die Montagsmeckerer unverdrossen unterwegs. Unerhört!

MEINUNGEN

*Auf der „Achse des Guten“ enthüllt **Gerd Held**, was hinter der **Drohung** von Bundesregierung und Arbeitgeberverband steckt, die angebliche „Fremdenfeindlichkeit“ koste die **neuen Bundesländer** Touristen und ausländische Investoren:*

„Die Drohung mit wirtschaftlichen Verlusten in der politischen Auseinandersetzung ist prinzipiell ein übles Spiel. Sie hat etwas Herabsetzendes gegenüber den Bürgern ... Diejenigen, die in der Migrationsfrage mit wirtschaftlichen Nachteilen drohen, halten das Volk politisch für käuflich.“

***Rainer Wendt**, Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft, hat einem Redakteur der „Welt“ (6. Oktober) erklärt, wie manch günstige Entwicklung in der **Kriminalstatistik** auch erklärt werden kann:*

„Es stimmt, manche Straftaten werden weniger, doch das kann man steuern. Wenn ich als Polizeichef will, dass in meiner Stadt die Rauschgiftkriminalität sinkt, dann schicke ich die dafür zuständigen Kollegen in die Verkehrskontrolle. Dann verspreche ich Ihnen, dann sinkt die Rauschgiftkriminalität – zumindest statistisch.“

*Im „Cicero“ (6. Oktober) kommentiert **Alexander Kissler** eine Studie, wonach nur noch 57 Prozent der Deutschen glauben, man könne seine **Meinung frei äußern**, zwölf Prozentpunkte weniger als vergangenes Jahr:*

„Die Grundlagen unseres republikanischen Zusammenlebens erodieren. Öffentlicher Geist verflüchtigt sich in getuschelte Meinungen. Das Zur-Seite-Sprechen ersetzt die offene Rede, aus Argumenten werden Anklageschriften, Pro und Contra wird zu Gut oder Böse.“

*Auf seinem Blog „denken erwünscht“ (4. Oktober) gibt der Journalist **Klaus Kelle** Kanzlerin **Merkel** die Schuld am **Zerfall der CDU**:*

„Deutschland verändert sich in diesen Wochen in einer Dramatik, die ich mir noch vor wenigen Monaten nicht habe vorstellen können ... Aber die Schuld an allem trägt Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihre desaströse Politik der offenen Grenzen. Die AfD eilt von Wahlerfolg zu Wahlerfolg, die CDU zerbröselt zunehmend, und eine ganze Partei schaut zu und lässt zu, dass sich in der Berliner Wagenburg ein paar Getreue mit ihren PR-Beratern um Merkel vor ‚dem Volk‘ verbunkern. Das wird nicht funktionieren.“

***Oliver Schlicht** kritisiert in der „Magdeburger Volksstimme“ (10. Oktober) die **Absicht des Bundesrates**, von 2030 an **keine Benzin- oder Dieselfahrzeuge** mehr zuzulassen, als **realitätsfern**:*

„Es ist schon absurd, zu beobachten, wie Verlautbarungen von Politikern zur E-Mobilität und die Realität auseinanderdriften. ... Doch leider ist nicht im Ansatz erkennbar, dass emissionsfreie Fahrzeuge in naher Zukunft preiswert für den Massenmarkt zur Verfügung stehen. Ganz zu schweigen davon, dass die Herstellung einer Batterie durchaus mit Emission verbunden ist. Selbst wenn ein Auto ohne Benzin und Diesel auskommen würde, könnte man seine Ökobilanz nicht als emissionsfrei bezeichnen.“